8. Jahrgang 1960 / Postverlagsort: Stuttgart 3. Heft / Juli

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

H. G. ADLER
Widerstand in den Konzentrationslagern

WALTER STÜBBE
In memoriam Albrecht Haushofer

HANS ROOS
Pilsudski und de Gaulle

MARTIN BROSZAT
Zum Streit um den Reichstagsbrand

DOKUMENTATION

Zur innerpolitischen Lage Deutschlands 1929

Parteigründung und sowjetische Besatzungsmacht

Forschungsbericht zum Kongreß für Zeitgeschichte 1959

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von
HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG
in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluke

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

H. G. Adler . . . . . Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS . . 221

Walter Stubbe . . . . . In memoriam Albrecht Haushofer . 236

Hans Roos . . . . . Józef Piłsudski und Charles de Gaulle 257

MISZELLEN

Peter Graf Kielmansegg . . . Die militärisch-politische Tragweite der Hoßbach-Besprechung 268

Martin Broszat . . . . . Zum Streit um den Reichstagsbrand 275

DOKUMENTATION

Zur innerpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929 *(Gotthard Jasper)* 280

Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945 *(Ekkehart Krippendorff)* 290

FORSCHUNGSBERICHT

Hans Herzfeld . . . . . Internationaler Kongreß für Zeitgeschichte 310

BIBLIOGRAPHIE *105*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 4 36 51. Preis des Einzelheftes DM 7.— = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.— = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.
Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

8. Jahrgang 1960 3. Heft/Juli

H. G. ADLER

SELBSTVERWALTUNG UND WIDERSTAND IN DEN KONZENTRATIONSLAGERN DER SS

Wenn 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates von seinen Konzentrationslagern die Rede ist, sollte man nicht allbekannte Greuel in den Mittelpunkt der Darstellung rücken, sondern vor allem Erkenntnisse zu gewinnen versuchen, die politisch, soziologisch, psychologisch, geschichtlich und allgemein menschlich bedeutsam sind. Die Emphase des Abscheus, die die Beschäftigung mit dieser Einrichtung des Dritten Reiches auslöst, ist berechtigt, aber sie darf nicht von einer vorurteilslosen, nüchternen Betrachtung abhalten, denn hier haben sich, wenn auch in einer extremen und verzerrten Ausprägung, menschliche Möglichkeiten verwirklicht, die vor 1933 für die moderne Welt als unvorstellbar galten, die aber in den Untiefen der menschlichen Natur schlummern und darum, wenn je ähnliche Bedingungen wiederkehren würden – und das darf nicht als schlechthin ausgeschlossen gelten –, abermals Gestalt gewinnen können. Die Dinge zu sehen, wie sie sind, gerade auch die Abgründe, scheint darum kein müßiges Beginnen, sondern nötig, denn nur die Kenntnis des Unheimlichen vermag gegen die Gefahr seines erneuten Hervortretens zu wappnen.

Die Konzentrationslager der SS sind weder entwicklungsgeschichtlich noch soziologisch ein einheitliches Phänomen, so viele Gemeinsamkeiten sie auch überall und in allen ihren Phasen aufweisen. Ihre Hauptfunktionen indessen lassen sich generalisierend aufzählen: Sie dienten dem nationalsozialistischen Staat als Sammelstätten für Menschen, die ihm aus den verschiedensten politischen, ideologischen wie auch praktischen Gründen besonders mißliebig waren. In Lagern sollten diese gebrochen oder gefügig gemacht werden, was in der Zielsetzung wie im Ergebnis ungefähr auf dasselbe hinauslief. Es gab unter den Häftlingen absolute wie potentielle, überzeugte wie ad hoc definierte Gegner des Regimes. Da sich die Konzentrationslager schon innerhalb eines Jahres zur Domäne der SS entwickelten, deren Machtapparat in derselben Zeit mit den entscheidenden polizeilichen Einrichtungen und Aufgaben des Staates amalgamiert und dabei der Kontrolle sowohl der Legislative wie einer unabhängigen Jurisdiktion entzogen wurde, so lag es nahe, nicht nur politische Feinde, vorerst namentlich Kommunisten und die zu ideologischen Feinden gestempelten Juden, sondern auch kriminelle oder zumindest vom Nationalsozialismus als kriminell oder sonst als unerwünscht bezeichnete Individuen in Lagern zu konzentrieren. Abgesehen von anderen Gruppen, die für die Entwicklung der Lager meist weniger wichtig wurden, unterschied man nun vor allem zwischen den politischen und den verbrecherischen Häftlingen: nach dem farbigen Stoffdreieck, das sie tragen mußten, kurz „Rote" und „Grüne" genannt.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Roten" und „Grünen", neben denen noch die „Schwarzen", die sogenannten Asozialen, zu erwähnen sind, bildeten bis in den Herbst 1938 die Mehrheit der Häftlinge; sie blieben für die innere Gestaltung der Lager bis 1945 das entscheidend vorherrschende, wenn auch in den meisten Lagern nicht mehr zahlenmäßig überwiegende Element. Durch die Radikalisierung der judenfeindlichen Politik und die Besetzung zahlreicher Länder wurden die bestehenden und neu gegründeten Lager zunehmend mit nichtdeutschen Häftlingen gefüllt. Wie die deutschen Häftlinge, stammten sie aus den verschiedensten sozialen Gruppen; doch ist hierbei der Einstrom weder primär politischer noch krimineller Menschen – man darf sie Zufallsfänge nennen, oft Opfer von Razzien und Massenaktionen – viel beträchtlicher gewesen als bei den Deutschen. Dazu kamen noch zahlreiche Kriegsgefangene, besonders aus der Sowjetunion, die wegen geringfügigster Disziplinverstöße oder auch ohne jeden Grund gleichfalls in die Konzentrationslager geschafft wurden. Als sich dann 1941 die Machthaber in der Judenfrage zur „Endlösung", also zur systematischen Ausrottung des jüdischen Volkes, entschlossen, boten einige Konzentrationslager seit Anfang 1942 auch hierfür den „günstigsten" Ort. Waren Juden bisher gewöhnlich wegen eines und sei es auch noch so fadenscheinigen Grundes eingeliefert worden, so wurden sie jetzt pauschal nur ihrer Herkunft wegen konzentriert. Dabei geriet aber – oft über die Zwischenstufen von Zwangsghettos und Durchgangslagern hinweg – bloß ein Bruchteil jedes Deportationstransportes, selten mehr als 10 bis 15 Prozent, als registrierte Häftlinge in die Lager selbst. Die Mehrzahl wurde gleich bei ihrer Ankunft der Vernichtung zugeführt. Weiter haben dann die wirtschaftlichen Erfordernisse des Krieges die SS in steigendem Maße veranlaßt, ihre versklavten Häftlinge, entweder in eigener Regie oder durch Verpachtung an große Firmen, produktiv arbeiten zu lassen, wofür man den Lagern selbst Betriebe anschloß oder kleinere Lager bei bestehenden Betrieben errichtete.

Das etwa wäre in knappster Form zur äußeren Geschichte und Struktur der Konzentrationslager zu sagen. Die Theorie der SS, im engeren Sinne der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), sah allerdings anders aus, denn die gesteckten ideologischen und faktischen Ziele, zu denen auch der Terror und die Habgier zählten, deckten sich nicht mit der verschwommenen Moral des Systems und widersprachen den beständigen Improvisationen, zu denen die planbesessenen, aber unfähigen Leiter der SS durch die Umstände und durch interne Machtkämpfe dauernd gezwungen waren. Offiziell wurde das Konzentrationslager als Institution der Erziehung dargestellt und demgemäß nach einem Erlaß Heydrichs vom 2. Januar 1941 gegliedert[1]. Es hieß hier, daß Stufe I „für alle weniger belasteten und unbedingt besserungsfähigen Schutzhäftlinge", – dies der amtliche Name für die Lagerinsassen – „außerdem für Sonderfälle und Einzelhaft" bestimmt sei, Stufe II „für schwerer belastete, jedoch noch erziehungs- und besserungsfähige Schutzhäftlinge", Stufe III „für schwer belastete, insbesondere auch gleichzeitig kriminell vorbestrafte und asoziale, d. h. kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge". Diese Ein-

[1] Nürnbg. Dok. NO-743.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilung stand aber nur auf dem Papier, was schon dadurch deutlich wird, daß der Stufe I Dachau, Sachsenhausen und teilweise das Stammlager Auschwitz, der Stufe II Buchenwald, Flossenbürg, Neuengamme und Auschwitz-Birkenau, der Stufe III Mauthausen zugewiesen wurden, während in Wirklichkeit stets alle Häftlingskategorien wahllos, aber bewußt gemischt sich in allen Konzentrationslagern aufhielten. Die graduellen Nuancen, nach denen ein Lager als „besser" oder „schlechter" zu bezeichnen war, ergaben sich vor allem aus dem, was in zäher Aufbauarbeit im Laufe der Jahre durch die Häftlinge selbst erzielt worden war, um ein Lager erträglicher zu gestalten.

Ernstlich dachte die SS nie daran, die Lebensbedingungen in einem Lager zu bessern; was sie gelegentlich in dieser Richtung getan hat, war nie von humanitären Erwägungen bedingt und wurde ihr durch die Tüchtigkeit in der Selbstverwaltung tätiger und die SS beeinflussender politischer Häftlinge abgetrotzt. Was bei der Institution des Konzentrationslagers System war, lief auf etwas ganz anderes hinaus: Es sollte mit den billigsten Mitteln aus der Tätigkeit der Häftlinge, aus ihrem bloßen Dasein und sogar Sterben für den nationalsozialistischen Staat und zumal für den Machtapparat der SS, daneben aber auch – (das wurde jedenfalls weitgehend bewußt einkalkuliert) – für die einzelnen im Lager beschäftigten oder mit ihnen verbundenen Funktionäre der SS, der größtmögliche Nutzen gezogen werden. Nutzen im Sinne psychologisch-propagandistischer Wirkung versprach man sich aber auch davon, daß die Macht der Herrschaft und die Ohnmacht der Beherrschten in extremem Maße ausgekostet wurde, weil auf diese Weise alle reale und potentielle Gegnerschaft gegen das Regime nicht nur durch die Versklavung der Häftlinge ausgeschaltet, sondern durch das Grauen vor dem Lager auch in der noch nicht versklavten Öffentlichkeit unterbunden wurde.

Aus dem Prinzip möglichst geringer Unkosten ergab sich in allen Lagern die Praxis, daß die Sklavenhalter, die überdies fast ausnahmslos faul und korrupt waren, die Erhaltung und Verwaltung des Lagers, wenn auch unter dauernder Kontrolle und Beibehaltung der entscheidenden Gewalt, den Häftlingen nicht nur überließen, sondern weitgehend geradezu auftrugen. Deren Bestreben war es nun, möglichst viele Funktionen in ihre Macht zu bringen. So gab es in den Lagern eine bei aller Beschränkung erstaunlich weitreichende Selbstverwaltung, die sich als verlängerter Arm der SS auswirken sollte, an der aber nur eine geringe Anzahl von Häftlingen direkten oder indirekten Anteil hatte. Um diesen Anteil wurde erbittert gekämpft. Die Lebensbedingungen waren noch im „besten" Lager so überaus dürftig, die Chance zu überleben, selbst wenn keine beabsichtigten oder zufälligen Grausamkeitsakte vorkamen, keine unmenschliche Arbeit verlangt wurde und kein unleidlicher Hunger herrschte, so gering, daß der elementarste Selbsterhaltungstrieb alle sittlich nicht stärksten und physisch nicht widerstandskräftigsten Menschen im Lager zwang, sich in einen wilden Machtkampf zu stürzen. Hier galten wenige oder keine Rücksichten, und viele blieben auf der Strecke liegen. Von der SS-Lagerleitung wurden diese Rivalitäten und Gegensätze der Häftlinge bewußt geschürt; sie erwiesen sich für sie als überaus zweckdien-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich. Als authentisches Zeugnis besitzen wir dafür die Memoiren des Auschwitzer Kommandanten Höß, der trocken berichtet[2]: „Im KL wurden diese Gegensätze von der Führung eifrigst aufrechterhalten und geschürt, um so ein festes Zusammenschließen aller Häftlinge zu verhindern. Nicht nur die politischen, auch besonders die farbigen Gegensätze" – Höß meint damit die rot und grün gekennzeichneten politischen und kriminellen Häftlinge – „spielten dabei eine große Rolle. Keiner noch so starken Lagerführung wäre es sonst möglich, Tausende von Häftlingen im Zügel zu halten, zu lenken, wenn diese Gegensätze nicht dazu helfen würden. Je zahlreicher die Gegnerschaften und je mächtiger die Machtkämpfe unter ihnen, um so leichter läßt sich das Lager führen. Divide et impera! – ist nicht nur in der hohen Politik, sondern auch im Leben eines KL ein wichtiger, nicht zu unterschätzender Faktor."

Es ist bemerkenswert, daß Eugen Kogon, der gründlichste Kenner des Konzentrationslagers unter den ehemaligen Häftlingen, in Unkenntnis der Memoiren von Höß – und freilich auch mit umgekehrten Vorzeichen wie dieser – eine Betrachtung der Häftlingsautonomie aus dem gleichen Grundsatz entwickelte. Kogon sagt[3]: „Wollten wir ... am Leben bleiben, so mußten wir .. das gleiche Mittel anwenden, das die SS gegen die Häftlinge gebrauchte: teilen und herrschen. Die bestimmenden Kräfte .. richteten daher ein Hauptaugenmerk immer auf die Zersetzung der SS, vor allem durch Korruption. .... Der wesentliche Zweck war .. sie so unter die Gewalt zu bekommen, daß sie schwiegen oder sogar bestimmte Aktionen, vor allem Lebensrettungen, dulden mußten. .... So stark war [der] Einfluß [der Häftlinge] allerdings nie, daß er zentrale SS-Anweisungen, die Massenliquidationen und dergleichen, allgemein hätte aufhalten können, sondern er erstreckte sich mehr auf den normalen organisatorischen Ablauf, der zahlreiche Möglichkeiten zur Verhinderung von noch Schlimmerem und zur Besserung der Verhältnisse da und dort bot. Im letzten Jahre gab es in einer Reihe von KL eine so durchgebildete Selbstverwaltung, daß die SS in wichtige lagerinterne Angelegenheiten keinen Einblick mehr hatte... Manche SS-Führer waren ... nahezu völlig in der Hand der Gefangenen, die es außerdem verstanden, die Gegensätze in den Reihen der SS systematisch zu fördern. Es kam vor, daß ein Lagerführer durch verzögerte Hingabe einer Stange Wurst seitens des Häftlingsverwalters der SS-Kantine oder durch die Erklärung, im Augenblick sei kein Alkohol zu beschaffen, weil der Zweite Schutzhaftlagerführer verboten habe, ihn an andere abzugeben, Maßnahmen seines Kollegen, die den Häftlingen ungünstig waren, noch am gleichen Tag wieder aufhob. Strafverfügungen .. wurden auf solche Weise zu Fall gebracht, die Lagerärzte zu Interventionen ... veranlaßt, Kontrollen ausgeschaltet. Den größten Nutzen .. zog freilich immer die herrschende Schicht ... der Masse der Häftlinge kamen nur gelegentlich mittelbare, allgemeine Vorteile zugute. ..."

[2] Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß. – Stuttg. 1958, S. 101f.

[3] Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. – Verl. Frankfurter Hefte, 2. Aufl. 1947, S. 289ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfahrene Beurteiler der Lager teilen die Häftlinge in drei soziale Klassen ein: eine herrschende Oberschicht, die selten ein Prozent der Belegschaft übertroffen hat, eine Mittelschicht, die Benedikt Kautsky[4], vermutlich zu hoch, für Buchenwald auf 20 bis 30 Prozent und für Monowitz, das zu Auschwitz gehörte, auf 10 Prozent schätzt. Den großen Rest bildete die anonyme Menge, die dem äußersten Elend und gewöhnlich dem schnellen Untergang preisgegeben war. Ella Lingens-Reiner sagt vom Auschwitz-Birkenauer Frauenlager, daß 400–500 Häftlinge bevorzugt waren, 1500–2000 für dortige Verhältnisse in noch erträglichen, aber rund 20 000, darunter fast alle Juden und Nichtdeutsche, unter unerträglichen Verhältnissen vegetierten.[5]

Den Aufbau der internen Lagerhierarchie haben Kogon und Kautsky am gründlichsten dargestellt. Jedes Lager hatte einen oder auch mehrere Lagerälteste, die von der SS aus den Reihen der Berufsverbrecher oder der Politischen ausgewählt waren. In den großen Lagern waren es immer, in den kleineren meist Deutsche, denen auch sonst oft die höchsten Funktionen vorbehalten blieben. Politische Häftlinge, die als Lagerälteste amtierten, waren meist Kommunisten. Diese gaben auf Grund ihrer Zahl und wegen ihres engen Zusammenhaltes auch in der Gruppe der politischen Gefangenen in der Regel den Ton an und beherrschten damit (neben den Kriminellen) das eine der beiden Machtzentren. Kriminelle, die man ursprünglich bevorzugt mit den wichtigsten Häftlingsämtern betraut hatte, fungierten zwar noch in den letzten Kriegsjahren verschiedentlich als Lagerälteste, da sie sich hierfür jedoch meist wenig eigneten, war man zumindest in manchen Lagern davon abgekommen, wozu auch die Leitung der internen politischen Widerstandsgruppen beitrug. Ihr gelang es wiederholt, für diesen höchsten Posten eine ihnen vertrauenswürdige Persönlichkeit der SS annehmbar zu machen. Wollte man von dieser Stelle aus bewußt zugunsten der Häftlinge wirken, waren „Mut und Verantwortungsbewußtsein" erforderlich. Es war dann möglich, die interne Verwaltung des Lagers weitgehend von der „Schreibstube" aus zu lenken, wo ausschließlich Häftlinge beschäftigt waren. Kogon berichtet[6]: „Es ist nicht übertrieben ... daß buchstäblich Tausende von Kameraden ... mit Hilfe der Schreibstuben ... vor dem Tod gerettet, vor schweren Gesundheitsschädigungen bewahrt und in Stellungen gebracht worden sind, wo sie wirklich zum Vorteil der Häftlinge wirken konnten." Kaum minder wichtig war die gleichfalls von Häftlingen besorgte „Arbeitsstatistik", die über Berufskartotheken verfügte. Auch hierzu seien die Feststellungen von Kogon zitiert[7]: „Hunderte wertvoller Menschen konnten nur mit Hilfe der Arbeitsstatistik gerettet werden, teils indem sie von Todestransportlisten heimlich gestrichen, teils indem sie, wenn ihr Leben im Stammlager gefährdet war, in Außenkommandos geschmuggelt wurden." Die „Blocks" –

[4] Benedikt Kautsky: Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern. – Wien 1948, S. 192ff.

[5] E. Lingens-Reiner: Prisoners of Fear. – London 1948, S. 43.

[6] Eugen Kogon, a. a. O., S. 66.

[7] Ebenda, S. 66.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das waren die Hütten oder Baracken, in denen die Gefangenen hausten – wurden von Blockältesten verwaltet, die vom Lagerältesten vorgeschlagen und von der SS bestätigt wurden. Sie wählten sich als Helfer den „Stubendienst" und den „Blockschreiber", die der Lagerälteste zu bestätigen hatte. Zur Beaufsichtigung der Arbeit dienten die Kapos, denen „Vorarbeiter" zur Seite standen. Die Kapos wurden vom Arbeitsdienstführer, einem SS-Funktionär, eingesetzt und blieben dem SS-Kommandoführer verantwortlich. Die Mehrzahl von ihnen hat eine üble Rolle gespielt, wenngleich Verallgemeinerungen hier nicht zulässig sind. Kogon urteilt: „Leuchtend hebt sich aus den Scharen verkommener Gestalten, die als Kapos fungiert haben, eine Reihe alter Häftlinge hervor, die . . . ein Beispiel der Sauberkeit, Menschlichkeit und des persönlichen Mutes gegeben haben[8]." Außerordentlich wichtig war es für die Häftlinge, daß das Revier, der Häftlingskrankenbau, in den Händen guter Kameraden war. Erst spät, und wohl nur in einigen Lagern, wurde der „Lagerschutz" eingeführt, der eine innere Lagerpolizei bildete.

Zur führenden Schicht der Selbstverwaltung, der sogenannten „Prominenz" oder „Aristokratie", gehörten die Lagerältesten, eine Reihe der wichtigsten Kapos in den Büros, Magazinen, Krankenrevieren und bei der SS-Kommandantur, aber auch Kalfaktoren bei Offizieren, mitunter Friseure und Schneider, manche Blockälteste und Kapos wichtiger Werkstätten und Arbeitskommandos. Kautsky bemerkt hierzu[9]: „ . . . es gehörte eine achtenswerte Charakterfestigkeit dazu, sich weder durch die Macht noch durch die materiellen Vorteile korrumpieren zu lassen." Neben „leuchtenden Beispielen echten Triumphes, den der menschliche Geist . . . auch über die schwersten Bedingungen erfechten konnte, gab es . . . höchst bedenkliche Erscheinungen, die erkennen ließen, wie weit sich persönlich vollständig integere Menschen verirren konnten, wenn sie vermeinten, ihrer Sache zu dienen." . . „Die Oberschicht der Prominenz war . . . fast ausschließlich deutsch . . . Auch in der übrigen Lageraristokratie überwogen die Deutschen, wenn sich auch hier schon andersnationale Elemente . . . dazwischenmengten, gegen Kriegsende sogar in steigender Zahl auch jüdische." Zur Unterschicht der „Prominenz" gehörten Blockälteste, Kapos, Vorarbeiter und eine Reihe weiterer Funktionäre. Über die Mittelschicht äußert sich Kautsky[10]: Es war „eine ziemlich breite Schicht, die wir als Mittelstand bezeichnen können. Das waren die Stubendienstler, die Vorarbeiter, die Arbeiter der Werkstätten und die kleineren Schreiber und [sonstigen] Funktionäre der Dienststellen, die Pfleger, Schreiber und sonstigen Funktionäre im Revier; aber auch ‚kleinere' Kapos und Blockälteste konnte man zu ihnen rechnen." Über die gewöhnlichen Häftlinge hat Kautsky dies zu sagen[11]: „Der übergroße Rest . . lebte unter den ‚Normalbedingungen' des Lagers. Diese hießen . . .: Normalration, Arbeit im Freien und ständige Kontrolle durch höhere Häftlinge und SS . . . Die schwerste und schmutzigste Arbeit wurde dem Schwächsten zuge-

[8] Eugen Kogon, a. a. O., S. 68.
[9] Benedikt Kautsky, a. a. O., S. 190f.
[10] Ebenda, S. 192.
[11] Ebenda, S. 194f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schanzt, der . . auch am wenigsten Ruhe und die geringsten Gratifikationen bekam. Die leichteste und sozial am höchsten gewertete Arbeit hatten die kräftigeren Häftlinge zu verrichten, die meist obendrein noch Zulagen und Gelegenheit zur Beschaffung außertourlicher Rationen . . . erhielten. Ziehen wir weiter noch in Betracht, daß Jugend als unbedingter Vorzug und Alter meist als ein Verbrechen galt . . . so haben wir die ‚Herrenmoral' im Lager in Reinkultur vor uns."

Die extreme Alternative von beinahe unbegrenzter Willkür und völliger Ohnmacht, welche das SS-System der Konzentrationslager charakterisierte, übertrug sich zwangsläufig in jenem Maße auf die Beziehungen der Häftlinge zueinander, in dem einzelne Häftlinge bestimmte Funktionen und damit verbundene Macht delegiert erhielten. Mochten diese Funktionen an sich noch so geringfügig sein, die mit ihnen Beauftragten waren damit aus der anonymen Menge emporgehoben; sie hörten auf, nur Objekte zu sein, und das entschied oft über Leben und Tod. Als unmittelbare Folge der Selbstverwaltung erreichten die sozialen Gegensätze im Lager Ausmaße, wie sie eine normale Gesellschaft nie aufzuweisen hat. Alle sonst in einer Gesellschaft gültigen Rechtsnormen und für verbindlich gehaltenen sittlichen Prinzipien waren hier aufgehoben, die Lebensbedingungen standen im Zeichen grenzenloser Not, maßlosen Terrors und uferloser Korruption, die den Kampf aller gegen alle in nie geahnter Weise förderten, so daß jedes Konzentrationslager der SS zum Experimentierfeld des Bösen wurde. Diesen Zustand nicht nur zu dulden, sondern zu erhalten, war im Sinne der SS, die durch direkte wie indirekte Eingriffe dem – zwar strafwürdigen, aber nur selten und äußerst inkonsequent bestraften – Verbrechen Spielraum gönnte. Ein wesentliches Mittel hierzu war auch die planvolle Durchsetzung der Häftlingsgemeinschaft mit einem erheblichen Prozentsatz von echten Kriminellen, die in führende oder doch einflußreiche Stellungen gebracht wurden.

Über die unerhörten sozialen Spannungen im Lager gibt es eindringliche Zeugnisse. Kautsky berichtet über einen Lagerältesten von Auschwitz-Monowitz[12]: „Der reichste, der mächtigste Finanzmagnat . . . stand nicht so hoch über dem Arbeitslosen, der ohne Cent in der Tasche, mit einer Zeitung zugedeckt auf einer Bank im Freien schlafen mußte und vielleicht seit Tagen nichts gegessen hatte, wie er über dem Muselmann" (so nannte man die hilflosesten, physisch am meisten heruntergekommenen und meist dem nahen Tod verfallenen Häftlinge). „Er konnte sich zwar nur in einem beschränkten Bereich . . . unter Aufsicht bewegen, aber seine Begleitung wird ihn kaum mehr beengt haben als die überwachenden Detektive den Millionär oder Politiker. Was dieser aber nicht konnte, vermochte er . .: wenn ihn die Lust anwandelte . . . so konnte er . . . Menschen prügeln oder erschlagen, ohne Hemmung, ohne Furcht vor Strafe . . ." Ähnlich urteilt Frau Lingens-Reiner[13]: „Der Unterschied zwischen dem Leben eines amerikanischen Magnaten und seinem jüngsten Laufburschen kann nicht so groß sein wie der Unterschied zwischen dem Leben der gewöhnlichen und der privilegierten Häft-

[12] Benedikt Kautsky, a. a. O., S. 198f.

[13] Lingens-Reiner, a. a. O.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

linge." – Hermann Langbein berichtet über den obersten, den „Lager-Kapo" im Auschwitzer Stammlager[14]: „Er steht im Gespräch mit ein paar anderen grünen Kapos. Hat ihnen gerade erklärt, daß er einen neuen Griff kennt, wie man mit einer Hand einen Menschen umbringen kann. Und um den Griff zu zeigen, ruft er sich einen Juden, der gerade vorbeigeht, her . . . packt ihn am Hals und dreht ihm mit einer Hand das Genick um. Da liegt er und ist tot."

Diese Zeugnisse lassen zugleich ermessen, wie unabsehbar das tägliche Schicksal der Häftlinge war, welchen zahlreichen „zufälligen" Willkürakten sie zu trotzen hatten, schon wenn sie sich nur am Leben erhalten, wenn sie nur ihre nackte Haut retten wollten. Dem konnte nur begegnet werden, wenn man daran ging, den eigenen Schutz, die Abwehr der Willkür und einen Widerstand zu organisieren, der sich nicht damit begnügen konnte, gegen die SS zu arbeiten, sondern auch stets darauf bedacht sein mußte, gefährliche Mithäftlinge unschädlich zu machen. Der Kampf gegen verbrecherische oder zu Verbrechern herabgesunkene Feinde in den eigenen Reihen war kaum minder gefahrvoll als der Widerstand gegen die SS. Der 1940 in Dachau eingelieferte ehemalige Häftling Edgar Kupfer-Koberwitz bemerkt mit Recht[15]: „Jeder Mensch entwickelt seine Fähigkeiten den Anforderungen der Umwelt entsprechend. Kriminelles wird unter normalen Verhältnissen versteckt und abgedrosselt, da es gefährlich ist und nicht nützlich. Nun aber schafft plötzlich das KZ eine andere Situation . . . Was früher als abscheulich galt und den Lebensweg verdarb, ist nun das Rettende, das Bewunderte, das, was Erfolg verspricht oder zumindest ermöglicht, sich über Wasser zu halten. Ist es da ein Wunder, wenn die sanftesten Menschen brutal werden und die dunklen Seiten unseres Wesens sich in dieser Hölle entfalten? Ist erst einmal der Anfang auf diesem Wege gemacht, dann geht es ganz leicht weiter, und so wird dann aus einem braven Bürger einer unserer Mitteufel."

War es auch unendlich schwer, gegen diesen Strom zu schwimmen, so regte sich doch, und vielleicht gerade wegen dieser hoffnungslosen Lage, schon von Anfang an, als die Lager noch verhältnismäßig klein waren, nicht nur der individuelle Widerstand, sondern es kam auch bald zu einem vorsichtigen Zusammenschluß, der, ohne alle Frage, seinen wirksamsten, wenn gewiß auch nicht immer wertvollsten Mittelpunkt in kommunistischen Gruppen fand. Von den seltenen Zeugnissen aus der Frühzeit der Lager sei hier der folgende anonyme Bericht über die Anfangszeit des Lagers Dachau wiedergegeben[16]: „Wenn ein Kompanieführer das Lager betrat, wurde er von den Gefangenen schon signalisiert. Ebenso glänzend war zeitweise die Verbindung der Gefangenen mit München. Alle wichtigen Ereignisse im Lager waren meistens schon nach ein paar Stunden, ganz gewiß aber am nächsten Tage in München bekannt. In vielen Fällen wurden die Vorgänge durch Flugblätter dort bekannt gemacht, wie durch SS-Posten und Gefangene, die neu eingeliefert

[14] Hermann Langbein: Die Stärkeren. Ein Bericht. – Wien 1949, S. 71.

[15] Edgar Kupfer-Koberwitz: Die Mächtigen und die Hilflosen. Als Häftling in Dachau. Stuttg. 1957.

[16] „Nazi-Bastille Dachau." – Paris o. J. (erschienen 1935 oder 36).

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurden, im Lager erzählt wurde. . . . Die Häftlinge, die in der Polizeidirektion oder im Wittelsbacher Palais von der Gestapo . . . zerschlagen und nach Dachau gebracht waren . . . wurden von den Kameraden in kurzer Zeit wieder aufgerichtet."

Gefährlich, aber besonders nötig war der Kampf gegen die „Zinker", die Angeber und Spitzel, der von Anbeginn zäh und energisch geführt wurde. Auch darüber berichtet die eben zitierte frühe Quelle[17]: „Im Lager selbst versuchte es jede Verwaltung immer wieder, einen Spitzelapparat aufzubauen . . . Ein Kriegsinvalide mit nur einem Arm, Friedel war sein Name, ersuchte 1934 bei der Verwaltung um die Genehmigung, unter den Gefangenen eine Gruppe der NSDAP aufzubauen, die zugleich die Aufgabe hätte, die Gefangenen zu überwachen. Er bekam die Genehmigung und wurde . . . mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Er suchte sich eine Gruppe verlotterter Gesellen zusammen, kassierte die Beiträge, führte den Hitlergruß . . . für seine Kumpane ein und machte jeden mit seiner Aufgabe vertraut. Die Gefangenen bestimmten einen guten Kameraden, der sich aufnehmen lassen mußte, so schwer ihm dies fiel. Der Betreffende wurde bald die rechte Hand des Friedel. Die Gefangenen waren auf diese Weise immer auf dem Laufenden, was in dem Lumpenkreise vor sich ging. Sie trugen ihre Abzeichen, grüßten nicht nur unter sich mit erhobenem Arm, sondern auch die SS." Schließlich gelang es dem Vertrauensmann, eine Unterschlagung Friedels aufzudecken. Da wurde „der Spitzelkreis aufgehoben, der Hitlergruß für sämtliche Gefangenen verboten. Friedel . . . bekam 30 Tage Arrest, bei Antritt 25 Stockschläge, nach Verbüßung nochmals 25. Die Gefangenen hatten das Gefühl, daß er vorerst geheilt war."

Viele ähnliche Fälle werden in der Literatur über die Konzentrationslager erzählt. Von Kogon erfahren wir die Geschichte des Denunzianten Kushnir-Kushnarew[18], eines weißrussischen Emigranten und angeblichen ehemaligen Generals, der sich freiwillig der SS zur Verfügung stellte und sich nicht scheute, „nachdem er sich monatelang . . in das Vertrauen weiter Kreise eingeschlichen hatte, . . Kameraden . . besonders aber russische Kriegsgefangene der SS ans Messer zu liefern." Er habe, so berichtet Kogon, „mehrere hundert Häftlinge zu Tode gebracht . . . Eine seiner Hauptaufgaben war . . . die Aussonderung der . . . russischen Kriegsgefangenen nach den geheimen Richtlinien des RSHA. Ihn einmal allein zu überraschen . . . war lange Zeit nicht möglich, da ihm die SS ihren besonderen Schutz angedeihen ließ. Sie machte ihn am Ende zum tatsächlichen Leiter der Häftlingsschreibstube. In dieser Stellung brachte er . . nicht nur alle zu Fall, die ihm gerade nicht paßten, sondern behinderte . . die positive Ausnützung der . . Häftlingsselbstverwaltung. In den ersten Tagen des Jahres 1942 fühlte er sich endlich einmal krank; er war unklug genug, sich zum Häftlingskrankenbau zu begeben. Damit lieferte er sich seinen Gegnern selbst aus. Mit Erlaubnis des Lagerarztes Dr. Hoven, der in dieser Sache längst bearbeitet war . . . wurde Kushnir sofort für infektionskrank erklärt, isoliert und bald darauf durch Giftinjektion getötet."

Im Konzentrationslager herrschte also das Gesetz des Dschungels. Anders konnte

[17] Ebenda.

[18] Eugen Kogon, a. a. O., S. 281 f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es nach den gegebenen Voraussetzungen gar nicht sein. Die hohe und berechtigte Anerkennung, die dem unter schwierigsten Bedingungen organisierten Widerstand der Häftlinge gebührt, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Gewiß sind nicht alle, die tätig in die inneren Machtkämpfe eingriffen, von Verstrickung in Schuld freizusprechen, aber ohne Frage fällt die Hauptschuld auf jene zurück, die diese Verhältnisse heraufbeschworen und sie so und nicht anders wünschten. Gegen was für Kräfte sich der Widerstand im Lager zu wehren hatte, lehrt der gleichfalls von Kogon erzählte Fall des letzten kriminellen Lagerältesten von Buchenwald, Ohles, der 1942 an die Macht gelangte[19]: „Ohles ... richtete ein raffiniert ausgeklügeltes System mit 76 grünen Spitzeln ein ... In einem Kanalisationsschacht .. wurde ein geheimer Kurzwellenempfänger aufgestellt." Die abgehörten Nachrichten wurden geschickt unter politischen Häftlingen verbreitet. Dann meldete Ohles die Sache bei der SS. Die Untersuchung verlief zwar ergebnislos, doch wurden 50 bekannte politische Häftlingsfunktionäre ihres Postens enthoben und im Steinbruch vernichtet. „Inzwischen hatte jedoch ein politischer Kamerad .. das Manöver der Grünen entdeckt." Durch den Häftlingsfriseur wurde der Lagerkommandant informiert. „Gleichzeitig wurde der Lagerführer Florstedt, der gegen die Grünen war, darauf aufmerksam gemacht, daß Ohles einen Schreibstuben-Anschlag der Lagerführung ... mit den Worten unterschrieben hatte: ‚Für die Richtigkeit der Ausfertigung – Ohles.'" So stürzte man Ohles; er wurde in den Steinbruch geschickt und war bereits am nächsten Tage tot. Auch alle seine Anhänger wurden in kurzer Frist beseitigt.

Es ist selbstverständlich, daß sich für einen aktiven Widerstand unter solchen Bedingungen nur die entschlossensten, zähesten und robustesten Naturen eigneten, die auch Meister der Taktik und Verschwiegenheit sein mußten. Deshalb erhielten neu eingelieferte Häftlinge, auch wenn sie selbst politisch waren und einflußreiche Freunde im Lager hatten, keinen Einblick in die Tätigkeit von Widerstandsgruppen. Walter Poller, der Arztschreiber in Buchenwald war, schildert anschaulich[20], wie er nach seiner Ankunft im Lager vor dem Untergang bewahrt worden ist. Er sollte in den Steinbruch geschickt werden, wovor man ihn dadurch rettete, daß er drei Tage auf einer Vormeldeliste zur ärztlichen Untersuchung geführt wurde. In dieser Zeit vermittelte man ihm eine leichtere Arbeit, und er mußte nicht im Steinbruch antreten. Poller berichtet die Worte eines Häftlingskameraden, der ihm zuflüsterte: „‚Ich habe mit meinen Freunden schon darüber gesprochen.' Heute .. klingt mir der Satz wie eine Posaune ins Ohr. Damals habe ich ihn nicht beachtet ... Und doch, er war ein Schlüssel zu der Gewißheit, daß mir nichts Geringeres als – das Leben gerettet werden würde." „Zwar wußte ich schon, daß jeder politische Häftling irgendwie von den anderen politischen Häftlingen bevorzugt wurde, aber ich wußte noch nicht, daß es ungeschriebenes, ehernes Gesetz im Lager war, daß bestimmte Häftlinge abzuschirmen waren. Richard Elsner hatte seine Freunde auf

[19] Ebenda, S. 285 f.

[20] Walter Poller: Arztschreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39. Hamburg 1946, S. 55 f, 73.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mich aufmerksam gemacht. Zwar wußten sie noch nicht, ob ich würdig war, abgeschirmt zu werden, aber sie taten es dennoch, nur weil ein Freund, den sie kannten, für mich einstand. Sie schwiegen vor mir aus zwei Hauptgründen. Zum ersten war das, was sie für mich taten, eine riskante Sache . . . Und zum zweiten . . . schämen sie sich vor äußerem Ruhm, äußerer Anerkennung, äußerer Ehrung . . ."

In allen und besonders in den ärgsten Lagern mußten Menschen, die sich am Leben erhalten wollten, oft zu verzweifelten Mitteln greifen, besonders wenn ihnen kein Schutz durch andere oder gar durch eine illegale Gruppe zur Seite stand. Das traf namentlich für jüdische Häftlinge zu. Frau Lingens-Reiner, die als Ärztin in Birkenau arbeitete, beschreibt den Fall eines jüdischen Mädchens[21]: „Ich war besonders über den Medikamentenhandel in den Krankenstuben entsetzt. Ein Stück Brot war zwei Aspirine wert, mit Margarine oder Speck wurde für Kardiazol oder Sulphonamide gezahlt. Einmal erwischte ich ein Mädchen, das mit Medikamenten in meiner Baracke handelte und versuchte ihm zu erklären, daß es nicht recht sei, für ein bißchen Medizin den kranken Kameradinnen die letzten Bissen abzunehmen. Das Mädchen . . . sagte mir, daß man sie wegen allgemeiner Körperschwäche schon einmal auf die Liste für die Gaskammer gesetzt habe und da hätte sie beschlossen, sich mehr Nahrung zu beschaffen. Sie arbeitete in einem Magazin. Jeden Tag brachte sie einige Ampullen im Mund ins Lager, wobei sie im Falle einer Kontrolle die schwersten Strafen riskierte, und verkaufte sie für Brot und Fettstoffe. Sie sah gut und kräftig aus und es war schwer, sie zu verurteilen, zumal sie die Medikamente von der SS und nicht von den Häftlingen stahl. Später war ich selbst oft gezwungen, meinen Flecktyphuspatientinnen zu raten, sich auf diese Weise Kräftigungsmittel zu beschaffen, über die ich selbst viel zu wenig verfügte."

Aber selbst Juden konnten, wenn es – selten genug – ihre Stellung erlaubte, sogar ohne Anschluß an eine Gruppe oder nur mit einem kleinsten Kreise von Mitarbeitern viel für andere Häftlinge tun, falls sie genügend Mut, Entschlossenheit und vor allem Charakterstärke besaßen. Als eindrucksvolles Beispiel führt Frau Lingens-Reiner den Fall einer jüdischen Ärztin aus der Slowakei an[22], wobei zu bemerken ist, daß Häftlingsärzten und Häftlingspersonal im Gesundheitswesen mitunter viel größere Möglichkeiten zur Hilfe und verschiedenen Widerstandshandlungen zu Gebote standen als anderen Häftlingen: „Ena Weiß, unsere Chefärztin – eine der intelligentesten, begabtesten und hervorragendsten jüdischen Frauen im Lager – definierte einmal in Ablehnung übertriebener Schmeichlerei und gleichzeitig mit ungeschminkter Freimütigkeit ihre Haltung folgendermaßen: ‚Wie ich mich in Auschwitz am Leben erhielt? Ich selbst zu erst, zu zweit und zu dritt. Dann nichts. Dann wieder ich – und dann alle anderen.' Diese Formel drückte das einzige Prinzip aus, das für Juden möglich war, die . . . Auschwitz überleben wollten. Aber weil diese Frau die eiskalte Klugheit und Stärke besaß, diesen Grundsatz anzunehmen, erhielt sie sich eine Stellung, in der sie etwas für die Jüdinnen tun konnte. Kaum jemand anderer im Lager hat so viel für sie getan und so viele Leben gerettet wie

[21] Lingens-Reiner, a. a. O., S. 45.
[22] Ebenda, S. 118.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie." Frau Lingens-Reiner fährt fort: „Die Jüdinnen, die sich am sichersten in ihren Stellungen fühlten, litten am meisten durch das Leiden und die Vernichtung ihres Volkes; sie kämpften nicht mehr für ihr persönliches Leben, aber für die Rettung kleiner Gruppen von Juden, die die Sendung haben sollten, eine neue, glücklichere jüdische Nation zu begründen. Diese Frauen erschienen ruhig, fast unbeteiligt und eiskalt, wenn die Hölle mit Selektionen" – das war die Auswahl von Häftlingen für den Gastod – „losgelassen wurde; aber es war kalter, gezügelter Haß und unbedingte Entschlossenheit, die sie so erscheinen ließ."

Dieser Bericht verdeutlicht, daß im Hintergrund jeder Widerstandshaltung, jeder Widerstandsarbeit ein Ideal stehen mußte, ein mächtiger Impuls, dem man sich anvertraute und der einem Kraft verlieh. Es war nicht allen politischen Häftlingen gegeben, „dem sittlichen Gesetz in ihnen gemäß zu leben und zu wirken", wie Poller versichert. Viele hielten nicht stand und wurden zu „Handlangern des Mordbetriebes". Großes konnte nur vollbracht werden, wenn man standhaft blieb und seine Verbundenheit mit idealen Werten nicht zerriß oder auch nur lockerte. Wie vorsichtig man bei jeder Handlung sein mußte, wie gefährlich jede nicht genügend gezügelte Spontanität sich auswirken konnte, zeigte sich bei der von Kogon mitgeteilten Ankunft der ersten 3000 russischen Kriegsgefangenen in Buchenwald[23]: „Sie gelangten nach einem monatelangen Marsch . . . auf dem sie nur ein Minimum zu essen erhalten hatten, völlig erschöpft, zerlumpt und zerfetzt an ihrem Bestimmungsort an . . . . . Sofort kam es zu einer spontanen Solidaritätsaktion, wie sie in diesem Umfang . . noch nicht erlebt worden war. Jeder, der Zeit und Möglichkeit hatte, lief zu seinem Block, um Essen und Zigaretten zu holen, viele gaben ihr letztes Stückchen Brot. Als die SS-Lagerführung davon erfuhr, ließ sie drei bekannte kommunistische Blockälteste . . . sofort ablösen . . . mit je 25 Ochsenziemerhieben traktieren und schickte sie in den Steinbruch. Das gesamte Lager wurde wegen der Solidaritätsaktion mit einem Tag Essensentzug bestraft."

Jedes offene Auftreten gegen die SS war bis auf ganz seltene Einzelaktionen in allen Lagern und zu allen Zeiten ausgeschlossen. Es wurde auch von den verantwortlichen Leitern der illegalen Widerstandsgruppen nie angestrebt und fast immer verhindert. Nur in äußerster Verzweiflung und wenn schon alles verloren schien, ist man ausnahmsweise von diesem Prinzip abgewichen, wie noch zu zeigen sein wird. Hingegen bereitete man sich in mehreren Lagern wie in Buchenwald, Dachau und im Auschwitzer Stammlager darauf vor, die bei Kriegsende von Himmler teilweise beabsichtigte Vernichtung der Häftlinge ebenso wie die fast katastrophalen Anordnungen zur Räumung der Lager in den letzten Tagen vor der Befreiung zu verhindern, wobei man in Buchenwald und Dachau zwar keinen vollen, doch einen erheblichen Erfolg zu verzeichnen hatte. So etwas war nur durch die zielbewußte Zusammenarbeit der Häftlinge im Zusammenspiel aller Widerstandskräfte unter einer autoritativen zentralen Leitung möglich. Bevor solche Leitungen entstanden, dauerte es viele Jahre, denn zu lange zögerten die Kommunisten,

[23] Eugen Kogon, a. a. O., S. 223.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die am besten organisiert waren, nichtkommunistischen politischen Gruppen Vertrauen und Anteil an der Arbeit zu gewähren. Weil man außer in der Befreiungsphase nie das Äußerste wagen durfte, wenn man nicht das Leben aller Häftlinge leichtfertig aufs Spiel setzen wollte, mußte sich der Kampf meist auf die momentane Abwehr, auf die Verhütung noch ärgerer Übel beschränken. Kogon zählt die wichtigsten Aufgaben der Abwehrtätigkeit auf: „Selbstbehauptung, Abwehr, allgemeine antifaschistische Aktivität und Vorbereitung auf das Lagerende."

Dabei mußte die Rolle der Kommunisten in der Widerstandsleitung von besonderer Bedeutung sein. In manchen Lagern, wie Mauthausen, Flossenbürg und Neuengamme, ist ihnen freilich eine einflußreiche Organisation nie gelungen, und ihr Widerstand war nicht selten politisch vorbelastet. Dazu berichtet Kautsky[24]: Zum Wesen der kommunistischen Widerständler „gehörte auch der Haß gegen die Sozialdemokratie, der beinahe ebenso stark war wie der gegen die Nazi, denn sie gaben der Sozialdemokratie Schuld an dem Zusammenbruch des Jahres 1933, und mancher von ihnen vertrug sich mit den Unpolitischen besser als mit Sozialdemokraten. Und dieser Haß äußerte sich ... auch ... in der Zuweisung zu Arbeitskommandos, in der Behandlung im Revier ... Noch ärger ... wurden die kommunistischen ‚Ketzer' behandelt ... Dadurch, daß viele der Kommunisten jahrelang Funktionäre im Lager waren, kamen sie häufig außer Kontakt mit dem Denken und Fühlen des gewöhnlichen Häftlings ... sie wurden zu einer Aristokratie, die ihre Vorteile eifersüchtig wahrte und ihre Stellung ebenso gegen ... die SS wie gegen ... die Masse der Häftlinge behauptete. In den Mitteln, die sie zu diesem Zweck anwendeten, waren sie nicht immer wählerisch ... Freilich gab es außer dieser ziemlich breiten Schicht ... auch andere, höher kultivierte und allgemeiner Menschlichkeit mehr zugängliche. Diese Schicht war geringer an Zahl, aber infolge ihrer geistigen Überlegenheit maßgebend ... Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie sich außerordentliche Verdienste um die Häftlinge erworben hat." „Vor allem wurde von ihr das Aufkommen der Korruption verhindert." „Die rote Lagerverwaltung hat ... alles getan, um den von der SS kommenden Druck nach Möglichkeit abzuschwächen ... Ebenso hat sie sich im Krieg bemüht, die Spannungen zwischen den Nationen zu beheben ..."

Am schwierigsten war der Widerstand in Lagern, die wie Sobibor und Treblinka ausschließlich oder wie Auschwitz weitgehend als Vernichtungsstätten ungezählter Menschen eingerichtet waren. Dem Wiener Hermann Langbein – er gehörte zu einer besonders gut organisierten Häftlingsgruppe republikanischer Spanienkämpfer – gelang es, im Auschwitzer Stammlager starken Einfluß auf Dr. Wirths, den Standortarzt der SS, zu gewinnen. Er erreichte bei ihm, daß sich Kranke nicht mehr vor der Aufnahme ins Revier fürchten mußten, wo ihnen bisher vielfach der Tod durch Giftinjektion gedroht hatte. Durch viele weitere Maßnahmen, die Wirths abgerungen wurden, verringerte sich die Sterblichkeit unter den nicht unmittelbar für die Verschickung bestimmten Häftlingen wesentlich. Wirths erklärte einmal dem ihn

[24] Benedikt Kautsky, a. a. O., S. 156 ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestürmenden Langbein: „Auschwitz ist ein Vernichtungslager, daran werden wir nichts ändern können." Langbein setzt hinzu: „Trotzdem ist das nicht umsonst, was geschehen ist . . . Wenn im Dreiundvierzigerjahr die Sterblichkeit genau so hoch gewesen wäre wie 1942, dann wären über 90 000 Menschen mehr gestorben. Wir können den Charakter des Vernichtungslagers nicht ändern, aber die Vernichtung der Menschen können wir verzögern und erschweren[25]."

Für die Hilfsarbeiten beim Vernichtungswerk in Birkenau beschäftigte die SS ein Sonderkommando, das größtenteils aus Juden und gelegentlich wohl auch aus einigen Russen bestand. Von Zeit zu Zeit wurden Teile oder auch alle dieses Kommandos vernichtet und durch frische Häftlinge ersetzt. Die Gruppe wurde von den übrigen Häftlingen streng isoliert gehalten, Verbindungen mit ihr aufzunehmen war schwierig. In ihren äußeren Lebensbedingungen war sie wesentlich besser gestellt, ihre seelische Verwüstung hingegen war beispiellos, obgleich man sich nicht vorstellen möge, daß sie durchwegs oder auch nur ihre Mehrheit so verroht war, wie es den Anschein haben mochte. Manche Zeugnisse sprechen dagegen. Hingegen steht es fest, daß sie in ihrem Willenszentrum gelähmt, fatalistisch und hoffnungslos waren; zu einer aktiven Reaktion waren sie schwer zu bringen. Die Leitung der „Kampfgruppe Auschwitz", die ihren Sitz im Auschwitzer Stammlager hatte und aus österreichischen sowie polnischen Kommunisten und Sozialisten bestand, zu denen im Sommer 1944 einige deutsche Kommunisten stießen, bemühte sich trotzdem, mit Birkenau und auch dem „Sonderkommando" Kontakt zu gewinnen. Ein Vertreter der Widerstandsgruppe wurde nach Birkenau entsandt, dem es lange nicht gelang, beim Sonderkommando Einfluß zu erzielen. Im Sommer 1944 war es während des Massenmordes der ungarischen Juden auf 1200 Häftlinge angewachsen. Wir folgen jetzt der Darstellung von Bruno Baum[26]: „Als einmal bei einem Transport die Todeskandidaten merkten, was ihrer harrte, und sich zum Teil zur Wehr setzten, rührte sich niemand vom Sonderkommando, um mit ihnen gemeinsam gegen die SS vorzugehen." — „Wir sorgten dafür, daß unsere Freunde im Sonderkommando" von der heimlichen Vergasung von 160 ihrer Mitglieder „erfuhren und schlugen ihnen, die sowieso zum Tode verurteilt waren, vor, sofort mit einem bewaffneten Akt loszuschlagen und auszubrechen. Gleichzeitig warnten wir unsere übrigen Kameraden in Birkenau davor, sich daran zu beteiligen, denn was für die einen die einzige Lebenswahrscheinlichkeit war, mußte für die anderen Selbstmord bedeuten. In monatelanger Vorbereitung hatten die Kameraden vom Sonderkommando sich Waffen beschafft, sogar einige Maschinenpistolen waren neben anderen Schußwaffen vorhanden, ebenfalls selbstverfertigte Handgranaten (zu denen zum Teil die jüdischen Frauen aus dem Betrieb Union das Pulver lieferten). Eines Tages verbreitete sich . . die Nachricht, es sei wieder eine große Teilvergasung aus ihrer Mitte geplant. Der illegale Kopf trat im Krematorium III zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Da kam der Oberkapo, ein deutscher krimineller Bandit, dazu und drohte mit Anzeige . . bei der SS. . . Nun gab es kein Zurück mehr. Das Krematorium wurde

[25] Hermann Langbein, a. a. O., S. 155f.

[26] Bruno Baum: Widerstand in Auschwitz. – Berlin 1949, S. 21f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Brand gesteckt, die Waffen aus den Verstecken geholt, und in wenigen Minuten raste der Aufstand von 600 Häftlingen. Kaum eine Viertelstunde dauerte es, und die Postenkette war durchbrochen, einige Posten waren tot, die anderen geflohen. Der Rapportführer glaubte schon, das ganze Lager befinde sich im Aufstand und brachte daher als erstes seine Familie in Sicherheit. Andere SS-Leute griffen zu ihren den Vergasten abgenommenen Gold- und Wertsachen und wollten damit das Weite suchen. Eine heillose Verwirrung herrschte im ganzen Lager. In dieser Atmosphäre gelang es den Aufständischen bis in den Raum von Budi durchzustoßen (etwa 6 Kilometer vom Lager entfernt); hier erst wurden sie von größeren SS-Verbänden gestellt und nach einem Kampf bis auf wenige, die entkamen, vernichtet ... Das mutige Sterben der Kämpfer vom Sonderkommando trug – abgesehen von seiner symbolischen Bedeutung – mit dazu bei, daß die Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten vertrauensvoller wurde ..."

Ähnliche, aber wohl noch besser vorbereitete Aufstände der jüdischen Häftlinge führten 1943 in Treblinka und Sobibor, hier unter Leitung eines kriegsgefangenen russischen Offiziers, zur weitgehenden Zerstörung der Lager, aus denen ausgebrochen wurde. In beiden Fällen wurden die meisten der Aufständischen schließlich niedergemetzelt, doch eine Anzahl entkam, aber auch die SS hatte erhebliche Verluste aufzuweisen, und beide Lager wurden aufgelöst. Das sind wohl die erstaunlichsten, jedoch in Deutschland nicht oder nur zu wenig bekannten Taten jüdischer Widerstandsgruppen in Konzentrations- und Vernichtungslagern, unter dem Eindruck des Warschauer Ghetto-Aufstandes unternommen, dem sie sich würdig anreihen.

Den Widerstand in den durchschnittlichen Konzentrationslagern der SS mit solchen Handlungen äußerster Entschlossenheit in verzweifelter Lage und angesichts eines unausweichlichen Unterganges zu vergleichen, wäre nicht nur ungerecht, sondern auch falsch. Hier mußte vielmehr ein Kleinkrieg geführt werden, hier galt es, wenn die Arbeit ehrlich verstanden und durchgeführt wurde, möglichst viele Menschen vor einem Untergang zu bewahren, der zwar auch beständig allen drohte, aber nicht so unausweichlich für jeden feststand wie für alle Juden in den östlichen Lagern. Jede Handlung im Konzentrationslager, die das Leben eines Mithäftlings beinflussen konnte – und es gab nur wenige Handlungen, die das nicht getan hätten –, war in eine abgründige Schuld verstrickt, die indessen mit der bloßen Einrichtung des Konzentrationslagers den Häftlingen als Zwang auferlegt war und deshalb auch nicht ihnen, sondern den Urhebern dieses Systems, der Gestapo, dem Reichssicherheitshauptamt und letzten Endes dem Regime des Nationalsozialismus angerechnet werden muß. Aber das Dilemma bestand.

Das führt zu der Bilanz, wie sie Eugen Kogon zog[27]: „Am heilsten blieb die anima candida ... die alles so gut zu machen trachtete, als es eben ging ... und unentwegt das Schlechte von sich abtat. Solche Menschen hat es in den Lagern gegeben ... ihr Wandel war Wohltat und Licht für uns andere. Nur durfte man sie nicht in

[27] Eugen Kogon, a. a. O., S. 343f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stellungen bringen, wo lagerwichtige Entscheidungen zu fällen waren! Wenn die SS von Politischen verlangte, daß sie die Aussonderung ‚nichtlebensfähiger' Häftlinge zur vorbestimmten Tötung vornahmen, und die Weigerung das Ende der roten Vorherrschaft, das Hochkommen der Grünen zur Folge hatte, dann mußte man bereit sein, Schuld auf sich zu nehmen. Man hatte nur die Wahl zwischen aktiver Beihilfe und vermeintlichem Rückzug aus der Verantwortung, der nach allen Erfahrungen weit Schlimmeres heraufbeschwor. Je zarter das Gewissen war, desto schwerer mußte die Entscheidung fallen. Da sie fallen mußte, und zwar rasch, war es wohl besser, daß robustere Gemüter sie trafen, damit wir nicht alle Märtyrer wurden, sondern als Zeugen am Leben blieben. Wer dürfte wagen, solche Kameraden zu verurteilen?"

WALTER STUBBE

IN MEMORIAM ALBRECHT HAUSHOFER

Vorbemerkung des Herausgebers

Dem hier folgenden Artikel, der einem Opfer des Hitler-Regimes gewidmet ist, geben wir in einem Juliheft gern Raum. Ihm liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser auf Einladung der Svensk-Tyska Sällskapet in Stockholm und Linköping sowie der Svensk-Tyska Samfundet in Göteborg im Oktober 1958 gehalten hat. Aus persönlicher Nähe geschrieben, kommt ihm Zeugnischarakter zu. – Der Quellenwert des Artikels wird weiter verstärkt durch die drei unveröffentlichten Dokumente, die den Anteil Haushofers an dem vielerörterten Englandflug von Rudolf Heß im Mai 1941 zu beleuchten geeignet sind. Allerdings wird auch noch auf anderes neues Material zurückzugreifen sein, das den Entwicklungsgang Haushofers komplizierter erscheinen läßt und die Problematik der Opposition von innen heraus auf breiter Basis aufzurollen erlaubt. Für ein späteres Heft ist daher eine Haushofer-Dokumentation geplant. Schon jetzt aber, und gerade aus Anlaß eines Gedenkartikels, wird darauf hinzuweisen sein, wie stark der Autor der „Moabiter Sonette" selbst sich dieser Problematik bewußt war. H. R.

Albrecht Haushofer wurde im Jahre 1903 als der ältere von zwei Söhnen des bayerischen Offiziers und späteren Professors Karl Haushofer in München geboren.

Der Vater, der vor dem ersten Weltkrieg einige Jahre hindurch die Länder des Fernen Ostens bereist und eine umfassende Kenntnis der Welt erworben hatte, nahm am Ende des Krieges seinen Abschied und habilitierte sich an der Universität in München. Dort begründete er, besonders auf den Lehren von Ferdinand von Richthofen, Friedrich Ratzel und Rudolf Kjellén fußend, die Lehre von der „Geopolitik", einem Zweig angewandter Wissenschaft, der Geographie und Geschichte

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gleichermaßen berührt und die Frage nach der Wechselwirkung zwischen dem Menschen und seiner räumlichen Umwelt stellt. Karl Haushofer stand mit einem großen Kreis von Gelehrten und Politikern in aller Welt in regem Kontakt.

Der Sohn wuchs schon früh – vom Vater bewußt gefördert – in den Kreis dieser Beziehungen hinein, die für seine eigene berufliche Entwicklung bestimmend wurden. Er verfügte über eine große Begabung und ein ungewöhnlich gutes Gedächtnis. Er machte bereits als 16jähriger sein Abitur, studierte dann Geographie, legte als 19jähriger sein Doktorexamen mit dem Prädikat „summa cum laude" ab und wurde dann erster Assistent bei dem Geographen Albrecht Penck. Er unternahm viele Reisen, die ihn in alle europäischen Länder, in die Sowjetunion, nach Nord- und Südamerika, sowie in die Länder des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens führten. Mit einer großen Zahl von Persönlichkeiten des politischen und des Geisteslebens in diesen Ländern verbanden ihn enge Beziehungen. In besonderem Maße widmete er sich dem Studium Englands. Mit 23 Jahren wurde er Generalsekretär der „Gesellschaft für Erdkunde" in Berlin, – eine Stellung, die er bis zum Ende seines Lebens innehatte. Im Jahre 1934 erhielt er einen Lehrauftrag an der Hochschule für Politik in Berlin für Politische Geographie und Geopolitik, und nach deren Auflösung im Jahre 1939 erhielt er als Professor für das gleiche Fach einen Lehrstuhl an der Universität Berlin.

Um das Verhältnis Albrecht Haushofers zum Nationalsozialismus verständlich zu machen, möchte ich die Persönlichkeit dieses Mannes in einigen Zügen zu zeichnen versuchen. Haushofer besaß eine umfassende Kenntnis der Geschichte, und zwar der politischen wie der Geistesgeschichte aller Zeiten. Das Wissen um das geographische Bild der Welt erschien ihm nur als eine unerläßliche Voraussetzung für das Verständnis aller geschichtsbildenden Kräfte. Dabei sah er den Raum – und zwar den physischen wie den geistigen Raum – immer nur als Teil eines unmeßbaren Absoluten. Der politisch verantwortlich Handelnde müsse sich ständig um die fortschreitende Erkenntnis dieses Absoluten bemühen. Das schloß nach seiner Auffassung auch die Kenntnis des sich ständig erweiternden Weltbilds der Physik mit den sich daraus ergebenden Folgerungen für alle Lebensbereiche ein. Die Freundschaft, die ihn mit namhaften Männern der Wissenschaft verband – nur die Namen von Max Planck und Karl-Friedrich von Weizsäcker seien genannt –, bedeutete für ihn die ständige Erweiterung eines Weltbildes, wie man es in solchem Umfang, in solcher Universalität heute wohl nicht allzu oft mehr finden mag. Er war sich selbst gegenüber streng und unerbittlich in der Forderung an ein umfassendes Wissen als Grundlage zur Beurteilung politischer Vorgänge und Entwicklungsmöglichkeiten. Für seine Freunde und mehr noch für seine Schüler bedeutete diese seine Unerbittlichkeit oft eine erhebliche Belastung. Die große menschliche Wirkung und Anziehungskraft, die er auf seine Umgebung dennoch ausübte, erklärte sich daher, daß sich in ihm alles auf der Ebene einer hohen ethischen Grundhaltung vollzog, und daß vor allem sein Ernst und seine Strenge von einer ganz anderen Seite seines Wesens her durchleuchtet und mit Wärme erfüllt wurde: von der künstlerischen Seite her.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Albrecht Haushofer war begabt mit aller Sensibilität, die einem Künstler eigen ist. Die 80 Sonette, die er in den letzten Wochen seines Lebens in der Zelle des Moabiter Gefängnisses in Berlin dichtete, und die nach seinem Tode als „Moabiter Sonette" in der Welt bekannt wurden[1], zeugen davon. In den Jahren zwischen 1934 und 1938 schrieb er seine „Römische Trilogie", die drei Dramen „Scipio", „Sulla" und „Augustus", in denen er, gleichsam im Hohlspiegel der Historie, die ganze Problematik der Diktatur mit einer Schärfe zeichnete, die für die Wissenden erregend und oft unheimlich war: Konnte doch über die gleichnishafte, auf die Gegenwart bezogene Deutung dieser Dichtung kein Zweifel herrschen! Im Mai und Juni 1941 schrieb er in 8 Wochen in der Zelle des Gefängnisses der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin sein Drama „Die Makedonen", das in 5 Akten den Zusammenbruch des Alexanderreiches behandelt, auch das ein Gleichnis für das Schicksal des Hitler-Reiches[2]. An der Spitze dieser Werke steht die „Chinesische Legende", eine dramatische Dichtung in vollendeter Form, ein Anruf an die Bereitschaft staatsmännischen Verantwortungsbewußtseins zum Widerstand gegen die Gewalt des Bösen und des Verbrechens im Staat.

Albrecht Haushofer war auch Musiker, ein guter Klavierspieler. Die Werke des alten Beethoven, seine letzten Quartette und Sonaten, bedeuteten für ihn die gültige Form geistiger und künstlerischer Aussage. Mit Künstlern fühlte er sich in besonderer Weise verbunden. So hat er einigen, mit denen er befreundet war und die unter den Verfolgungen und Gefährdungen der nationalsozialistischen Zeit litten, bis zuletzt die Treue gehalten. So dem Maler Karl Hofer, der dem Verdikt der „Entarteten Kunst" verfiel, und Karl Klingler, dem Geiger, der mit dem Klingler-Quartett, das seinen Namen trug, in der Welt bekannt war, dann aber in stolzer Haltung auf jedes weitere Wirken verzichtete, als die Nationalsozialisten ihm die Zusammenarbeit mit den beiden Cellisten Emanuel Feuermann und Francesco von Mendelssohn, die beide Juden waren, verwehrten.

Nach alledem und insbesondere nach dem sehr ausgesprochenen politischen Interesse wie auch Sachverständnis Albrecht Haushofers mußte von allem Anfang und vom Grunde seines Wesens her die Begegnung dieses Mannes mit dem Nationalsozialismus mit höchster Spannung geladen sein. Als Hitler in Deutschland die Herrschaft übernahm, ergab sich von außen her ein Anlaß, der den Namen Haushofer weiter in den Vordergrund rückte: Rudolf Heß, „Stellvertreter des Führers" und im Dezember 1933 Reichsminister geworden, war Anfang der zwanziger Jahre Schüler Karl Haushofers gewesen und diesem seither persönlich befreundet. Obwohl Karl Haushofers Frau jüdisches Blut in sich hatte – und damit den Nationalsozialisten Grund genug zur Ausschaltung dieser Familie gegeben war –, hielt Rudolf Heß seine Hand über sie. Im Laufe der Jahre wurde von seiten der verschiedensten Stellen der Partei gegen den Vater und die Söhne in zunehmendem

[1] Albrecht Haushofer, Moabiter Sonette, Blanvalet Berlin 1946.

[2] Bisher unveröffentlicht. Auszüge davon sind zitiert in: Rainer Hildebrandt, Wir sind die Letzten, Michael-Verlag Neuwied/Berlin, 1949, S. 116ff., wo auch eine Deutung des Werks versucht wird.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maße Sturm gelaufen – ich weiß, daß über Albrecht Haushofers Haupt mehr als einmal die unmittelbare Drohung der Liquidierung schwebte, besonders im Juni 1934, im Mai 1937 und schließlich im Mai 1941, als die schützende Hand von Heß weggefallen war, ja die Freundschaft mit ihm in Gefahr umschlug.

Ein zweites Moment kam hinzu, das Haushofer für das Regime wichtig machte: er war ein hervorragender Kenner Englands. Seit vielen Jahren verbanden ihn gute, zum Teil enge und freundschaftliche Beziehungen mit führenden Kreisen dieses Landes. Das Interesse, das Hitler auf seine Weise an England nahm, seine „Haßliebe", mag es erklären, daß er der Berichterstattung Haushofers zeitweise erhebliche Aufmerksamkeit entgegenbrachte. Das Wesen der nationalsozialistischen Politik bedingte es aber, daß Haushofer aus der Rolle des „Beraters", die er im Bewußtsein seiner Verantwortung zu spielen suchte, sehr bald in die eines Warners und Kritikers gedrängt wurde.

Albrecht Haushofer läßt in seinem Schauspiel „Sulla", dem zweiten Werk der Römischen Trilogie, an einer Stelle Sulla sagen: „Das allzu viele Wissen lähmt die Tat". Wenn man es einmal auf eine kurze Formel bringen wollte, so könnte man dieses Wort gleichsam als Überschrift über das Leben dieses Mannes und seinen tragischen Ausgang setzen. Hitler dagegen, der in seinem Buch „Mein Kampf" von der „Jämmerlichkeit des sogenannten nationalen Bürgertums" spricht und feststellt, daß die breite Masse von Natur aus keinerlei Voraussetzungen für Kompromisse habe, sagt: „. . . die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen auf dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Masse beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einem sie beseelenden Fanatismus und manchmal in einer sie vorwärtsjagenden Hysterie" („Mein Kampf", S. 371).

Diese beiden Worte, jedes für sich Symbol einer Grundhaltung, offenbaren den Kontrast, der zwischen den Kräften des Geistes, verankert im Bewußtsein der Verantwortung, und den Kräften einer ungehemmten Maßlosigkeit besteht. Sie kennzeichnen das Maß der Spannungen, das zwischen Haushofer und seinesgleichen und jenen Kräften bestand, die damals in Deutschland die Herrschaft in ihren Händen hielten.

Daß gerade die Kenntnis Englands Haushofer – wenn nicht zur „Tat", so doch in zunehmendem Maße zur Warnung und Kritik Anlaß gab, läßt sich mit einigen Beispielen belegen. Er hat das deutsch-englische Verhältnis wiederholt und mit Vorliebe in der von seinem Vater seit 1924 herausgegebenen „Zeitschrift für Geopolitik" behandelt. Er lieferte für sie allmonatlich einen Beitrag in Form eines Berichtes über aktuelle Fragen der Politik unter der Überschrift „Berichterstattung aus der atlantischen Welt". Im April 1935 setzte er sich z. B. sehr ausführlich mit der Frage des deutsch-englischen Verhältnisses auseinander. Er sagte dort: „Die letzte Entscheidung über das europäische Geschick liegt heute – wie schon einmal in den spannungsreichen Jahren um die Jahrhundertwende – in englischen Händen. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß die Entscheidung über den Ausbruch des Weltkrieges nicht erst 1914 fiel, sondern schon ein Jahrzehnt früher, in jenen Jahren, als das britische Weltreich und das deutsche Kaiserreich nach vergeblichen

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Versuchen, einen gemeinsamen Kurs zu finden, von einander wegzudriften begannen. Fragt man nach den letzten Gründen, so kommt man auf ein gegenseitiges Mißtrauen, für das weder die Sprache des einen noch die Sprache des anderen einen Ausdruck fand." Im folgenden setzte Haushofer sich mit diesen Gründen auseinander, um dann zu der nicht überhörbaren Warnung zu kommen: „Eines allerdings hat sich in einem Menschenalter grundsätzlich gewandelt: während in den letzten Regierungsjahren der Königin Viktoria die öffentliche Meinung Englands glaubte – für jene Zeit vielleicht mit Recht –, daß England es sich leisten könne, isoliert zu sein und in Europa nicht mitzuspielen, wenn es ihm dort mißfalle – diese Stimmung ist in England vergangen. Man weiß, daß man europäischen Konflikten nicht ausweichen kann, wenn sie einmal ausgebrochen sind[3]."

Im Jahre 1937, einer Phase, in der die nationalsozialistische Propaganda alle Anstrengungen machte, dem deutschen Volk die Unabhängigkeit seiner Wirtschaft vom Weltmarkt und die Unangreifbarkeit seiner wehrwirtschaftlichen Position vor Augen zu spiegeln, schrieb Haushofer: „Völlige Unabhängigkeit vom Ausland ist bei der heutigen Struktur der technischen Wirtschaft nur mehr für die größten Raumkörper der Erde erreichbar: für die Vereinigten Staaten, für das Britische Weltreich und allenfalls für die Sowjetunion ... die beiden angelsächsischen Staaten haben so viel Bewegungsfreiheit und Macht, daß ihnen ein theoretisches Problem sein kann, was für andere Lebensfrage ist[4]."

Ebenso im Juli 1937 vermerkt er: „... die amerikanische Neutralitätsgesetzgebung hat für das Britische Reich deutliche Ausnahmebestimmungen geschaffen ...[5]"

Im August des gleichen Jahres berichtet er von einer Weltreise, die ihn über die Vereinigten Staaten nach dem Fernen Osten führte, aus San Francisco: „... man ist sich – wenn auch vielleicht nicht in Kansas City oder Denver – so doch ebenso in San Francisco wie in Washington darüber klar, daß ein Existenzkampf Englands die Vereinigten Staaten nicht als teilnahmslose Zuschauer sehen würde. Das Britische Weltreich ist für die Sicherheit Amerikas ebenso nützlich wie umgekehrt. Zwischen beiden Mächten besteht kein Bündnis, aber eine so tiefe Interessengemeinschaft, daß auf beiden Seiten Politik getrieben werden kann, als ob ein unauflösbares Bündnis bestünde. Wer mit England in Konflikt gerät, sollte wissen, daß er auch Amerika unter seinen Gegnern haben wird – allen Neutralitätsgesetzen zum Trotz.[6]"

Im Juni 1938, als Hitler im Vertrauen auf die Lethargie der Westmächte schon die Zerschlagung der Tschechoslowakei vorbereitete, weist Haushofer auf den Abschluß des Vertrages über die Einschaltung Nordamerikas in den britischen Rüstungsaufbau für den nächsten Weltkrieg hin: „Damit wird im Augenblick das Wirtschafts- und Kriegsbündnis zwischen dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten geschlossen, das dem englischen Weltreich und seinen Verbündeten die

[3] Zeitschrift für Geopolitik, 1935, Heft 4 (April), S. 252f.
[4] A. a. O., 1937, Heft 5 (Mai), S. 390.
[5] A. a. O., 1937, Heft 7 (Juli), S. 557.
[6] A. a. O., 1937, Heft 8 (August), S. 653.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

militärische, weil rohstoffwirtschaftliche Überlegenheit für jeden längeren europäischen Krieg garantieren soll[7]."

Aus der Zeit nach dem Münchener Abkommen ist von Goebbels die Äußerung überliefert: „Man fragt mich immer, was geschehen wäre, wenn Chamberlain nicht nach Deutschland gekommen wäre? Darauf kann ich nur antworten: Dieser spezielle Herr Chamberlain mußte kommen!"[8]

Sehr im Gegensatz zu so leichtfertigen Urteilen nationalsozialistischer Machthaber stehen Worte Albrecht Haushofers. Er schrieb im Oktober in seinem „Bericht aus der atlantischen Welt": „Es ist zu früh, persönliches Verdienst zu suchen. Die stärkste Kraft hinter den Staatsmännern ist wohl das Wissen um 1914 gewesen. Der Schatten Greys hat den siebzigjährigen Chamberlain dazu vermocht, dreimal ins Flugzeug zu steigen und im Gespräch von Mann zu Mann verständlich zu machen, daß das Empire seine Flotte so wenig umsonst mobilisiere, wie Deutschland sein Heer[9]."

Dieser noch etwas verhüllten, aber auch für den uneingeweihten Leser verständlichen Warnung, die sich noch aus der Rückschau gegen die Hitlersche Illusion britischer Passivität selbst bei kriegerischem Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei wandte und auch den Anteil schließlicher britischer Kriegsbereitschaft am Zustandekommen der Münchener Lösung andeutete, muß ein vertraulicher Bericht vom 26. Juni 1938 an den Reichsaußenminister v. Ribbentrop an die Seite gestellt werden, in dem Haushofer die Dinge beim Namen nannte:

„Noch", so heißt es darin, „hat man in England die Suche nach der Möglichkeit eines echten Ausgleichs mit Deutschland (etwa auf der Basis: Deutsche Führung (nicht Eroberung!) Südosteuropas, Grenzrevisionen durch Abstimmung, westafrikanische Kolonien, Viermächtepakt, Rüstungsbegrenzung) nicht aufgegeben. Ein gewisses Maß deutschfreundlicher Stimmung ist im englischen Volk noch nicht verschwunden; die Regierung Chamberlain-Halifax sieht ihre persönliche Zukunft aufs stärkste verknüpft mit dem Gelingen eines echten Ausgleichs mit Rom und Berlin (und mit dem Hinausdrängen des Sowjet-Einflusses aus Europa . . .). Aber der Glaube an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen England und Deutschland ist in raschem Schwinden. Hinter dem volksdeutschen Programm des Nationalsozialismus (mit dem man sich weitgehend abgefunden hat) wittert man einen neuen Imperialismus.

Hier gewinnt die Tschechische Frage die Bedeutung des entscheidenden Probefalls. . . .

Ein deutscher Versuch, die böhmisch-mährische Frage mit einem militärischen Handstreich zu lösen, würde unter den jetzigen Umständen für England (und nach englischer Meinung auch für Frankreich) den sofortigen Kriegsfall bedeuten. In einem solchen Krieg hätte die britische Regierung das ganze britische Volk hinter sich. Er würde als „Kreuzzug zur Befreiung Europas vom deutschen Mili-

[7] A. a. O., 1938, Heft 6 (Juni), S. 462.

[8] Curt Riess, Joseph Goebbels, Dreieck-Verlagsbuchhandlung Baden-Baden, 1950, S. 225.

[9] Geopolitik, 1938, Heft 10 (Oktober), S. 822.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tarismus" geführt werden. Man ist in London davon überzeugt, daß er mit amerikanischer Hilfe (auf deren vollen Einsatz man in Tagen und Wochen, nicht in Monaten rechnet) gewonnen werden würde – freilich um den Preis einer unberechenbaren Ausbreitung des Bolschewismus in der nicht-angelsächsischen Welt[10]."

Zu dieser unbestechlichen, fast prophetisch anmutenden Lagebeurteilung wußte Herr von Ribbentrop nichts Gescheiteres an den Rand zu schreiben als: „Secret Service Propaganda"! Ein Kommentar, der freilich nicht allein den Mangel an politischer Einsicht und die politische – nicht bloß charakterliche – Arroganz des nationalsozialistischen „Bismarck" bezeugt, sondern überdies anschaulich beweist, wie rasch sich in totalitären Systemen der nüchtern und sachlich Urteilende verdächtig macht. Wer die Dinge unvoreingenommen sieht, ist bereits ein halber Verräter und lenkt die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf sich. Es steht daher außer Zweifel, daß ein Kritiker von der Art Haushofers erhebliche persönliche Risiken einging, wenn er Ribbentrop und ähnlichen Naturen die wahre außenpolitische Situation begreiflich zu machen versuchte. Gleichwohl hat er in zahlreichen Vorträgen vor führenden Kreisen der Partei, des Staates und der Wirtschaft wie auch des Militärs die gleichen Gedanken vertreten. Zweifellos sind diese Warnungen vor den Gefahren, denen eine hemmungslose Machtpolitik aus der deutschen, von allen Seiten so gefährdeten Mittellage heraus begegnen mußte, von einem großen Kreis verantwortlich denkender Männer in Deutschland richtig bewertet und verstanden worden. Diejenigen aber, die in dieser Zeit in Deutschland die entscheidenden innen- und außenpolitischen Positionen innehatten, begriffen Haushofers Warnungen nicht oder wollten sie nicht begreifen.

Bereits Mitte Oktober hielt Hitler in Saarbrücken vor dem „Reichsarbeitsdienst" seine bekannte drohende Rede. Für Haushofer war sie sichtbarer Ausdruck einer Politik, die der Katastrophe entgegentrieb. Seiner Ansicht nach war Chamberlain in München bis an die letzte Grenze der Belastungsmöglichkeit gegangen, und Anfang Januar 1939 warnte er: „. . . die ganze englische Geschichte . . . müßte neu geschrieben werden, wenn man glauben wollte, daß die heutige britische Rüstung nur Bluff sei, oder daß die angelsächsische Welt sich dauernd bluffen lasse"[11]. Zur selben Zeit nahm er die spätere Kritik angelsächsischer Historiker an Chamberlains Appeasement-Politik mit der Bemerkung vorweg: „Staaten, die über einen langen finanziellen und wirtschaftlichen Atem verfügen, sind manchmal geneigt, den militärischen Einsatz weiter hinauszuschieben als andere Staaten; manchmal weiter, als in späteren Zeiten von ihren eigenen Historikern für zweckmäßig gehalten wird[12]." Und er versäumte nicht, auch darauf hinzuweisen, daß die innenpolitischen Gegner Chamberlains „seit Mitte November [1938] erheblich an Einfluß gewonnen" haben[13]. Nicht minder nachdrücklich betonte er, daß die USA in einem eventuellen Krieg natürliche Bundesgenossen Großbritanniens seien,

[10] ADAP, Serie D, Bd. II, S. 349f., Dok. 270. Hervorhebung vom Verfasser des Berichts.
[11] Geopolitik, 1939, Heft 1 (Januar), S. 43.
[12] A. a. O.
[13] A. a. O., S. 45.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ja im Februar 1939 machte er sogar auf die Möglichkeit aufmerksam, es könne Roosevelt gelingen, sich an die Spitze eines „außenpolitischen Kreuzzuges" zu stellen, für den es – so schrieb er beziehungsvoll – „im amerikanischen Volk aus Gründen, die hier nicht näher auszuführen sind, ein sehr hohes Maß von seelischer Vorbereitung gibt[14]". Klar erkannte Haushofer den sich um die Jahreswende 1938/39 allmählich anbahnenden Wandel der britischen Politik und charakterisierte ihn mit Worten, die ebenso eindrucksvoll seinen politischen Scharfblick wie seinen Mut bezeugen. Chamberlain halte zwar, sagte er z. B. im Februar 1939, „mit seltener Beharrlichkeit" an seiner Friedenspolitik fest, doch habe Sir John Anderson, der Minister für Zivilverteidigung, „eine Neugliederung Englands für den Kriegsfall fertiggestellt, die für englische Verhältnisse durchaus revolutionär wirkt und beweist, daß man seit September nicht nur nachgedacht, sondern auch gehandelt hat". Als damals Großadmiral Lord Chatfield zum übergeordneten Wehrminister ernannt wurde, lautete Haushofers Kommentar: „Der Großadmiral hat nur einen Präzedenzfall für sich anzuführen: den Großadmiral Lord Barham. Barham war Minister im Jahre von Austerlitz und Trafalgar. Hält man Umschau unter den Feldmarschällen, die Minister wurden, so sind die Präzedenzfälle nicht weniger bedeutsam. Es gab davon nur zwei: Wellington und Kitchener[15]."

Nach der Besetzung Prags im März 1939 wird Haushofers Sprache womöglich noch schärfer, doch klingt auch bereits eine gewisse Resignation an. So wagte er im April die Bemerkung, „daß die Freiwilligkeit, mit der die Tschechen den Schutz des Reiches erbeten haben, in erster Linie eine juristische war", und daß das „Deutsche Reich der Gegenwart" auf dem Wege nach Osten nicht allein Spuren der Vergangenheit finden werde, die „mitreißen und verlocken", sondern auch Spuren, die „mahnen und warnen". In England habe Hitlers Griff nach Prag zwar nicht dazu geführt, daß Chamberlain gestürzt worden sei: „. . . aber er hat selbst die Führung derer übernommen, die nicht mehr an einen Ausgleich zwischen den autoritären Staaten und den atlantischen Mächten glauben"[16]. Mit bewundernswertem Freimut nennt er den Grund für Chamberlains Wandlung: „Wenn man keine anderen Verpflichtungen anerkennt als die, die sich aus den jeweiligen Machtverhältnissen ergeben, dann ändert sich alles, von der Behandlung der Verwundeten und Gefangenen im Kriege bis zur Bewertung diplomatischer Verträge. . . . Die Schlußauseinandersetzung der europäischen Mächte mit Napoleon ist viel weniger dadurch bedingt, daß die realen Interessengegensätze nicht ausgleichbar gewesen wären, sondern dadurch, daß man beiderseits jeden Vertrag für einen Fetzen Papier hielt . . .[17]" Da Chamberlain keinen Vertrag gebrochen hatte, konnte nicht zweifelhaft sein, daß diese Sätze auf Hitler gemünzt waren. Haushofer scheute sich nicht einmal, von Chamberlain zu sagen – wenn auch in Anführungszeichen –, er sei „seit einigen Monaten . . . gründlich ‚von seinen Münchener Illusionen ge-

[14] A. a. O., 1939, Heft 2 (Februar), S. 128f.
[15] Beide Zitate a. a. O., S. 130.
[16] A. a. O., 1939, Heft 4 (April), S. 287ff.
[17] A. a. O., 1939, Heft 5 (Mai), S. 355.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heilt'[18]". Und mit unüberbietbarer Deutlichkeit schrieb er im Juni 1939: „Friedenssicherung heißt heute für London und Paris, für Washington und Moskau: Keinen Schritt mehr auf dem Weg, der nach München geführt hat, und der zu einer weiteren Befriedigung von deutschen, italienischen oder japanischen Wünschen führen könnte[19]." Schon im April hatte Haushofer, der ja sowohl Hitler wie England gut kannte, prophezeit, daß eine solche Konstellation einen „nahezu zwangsläufigen Ablauf" der Ereignisse ergeben müsse, „wenn nicht eine Folge von psychologischen Wundern eintritt". Resigniert notierte er: „Nüchterne Analyse ist geneigt, die Möglichkeit solcher psychologischer Wunder zu verneinen[20]."

Haushofer zog sich jetzt mehr und mehr zurück und beschränkte sich in seiner öffentlichen Wirksamkeit auf die Aufgaben seines Lehramtes an der Universität. Hier hatte sich aus der großen Zahl seiner Studenten ein engster Kreis von Schülern um ihn gesammelt, mit dem er Semester für Semester ein kleines, spezielles Seminar über das Thema „Geopolitik antiker Reichsbildung" veranstaltete. Jeder von ihnen wußte genau, daß hier am Beispiel der Antike erregend gegenwartsnahe Probleme behandelt wurden. Es war ein innerster Kreis junger Menschen, denen er sich durch Freundschaft und gemeinsame Haltung geistiger Unabhängigkeit verbunden fühlte[21].

Ein bezeichnendes Erlebnis aus diesem Kreis sei hier festgehalten. Am Morgen des 22. August 1939 hatte ich aus den Schlagzeilen der Morgenzeitung ersehen, daß Ribbentrop und Stalin in Moskau einen Freundschaftsvertrag abschließen würden. Ich kam verspätet ins Institut. Da stand, schwer auf einen Tisch gestützt, Albrecht Haushofer; vor ihm lag aufgeschlagen der Times-Atlas mit dem Kartenbild der großen Landmasse der Sowjetunion. Neben ihm standen zwei der jüngeren Assistenten, links neben ihm Wolfgang Hoffmann-Zampis, dem Haushofer mehr als irgendeinem anderen befreundet war; der einzige seiner Freunde und Schüler, dem zwei der letzten Sonette gewidmet sind. Als ich den Raum betrat, hörte ich Haushofer: „Jetzt haben sie Freundschaft geschlossen. – Spätestens aber in 4 Wochen haben wir Krieg. – Dann wird der Wahnsinnige in einem Siegesrausch den Westen überrennen, – und dann wird Alfred Rosenberg doch sein Recht bekommen: dann wird er sich an der sarmatischen Steppe auch noch den Bauch vollfressen, und das Ende ist der Untergang Europas." – Da geschah etwas völlig Ungewöhnliches: Wie mit einem Aufschrei der Verzweiflung über solche düstere Vision, die für den Jungen kaum ertragbar war, rief Wolfgang Hoffmann: „Sie verfluchter Pessimist!" Der schwere Körper Haushofers zuckte zusammen. Mit schleppendem Schritt ging er hinaus, und im Gehen stöhnte er schmerzhaft: „Ihr Jungen wißt's ja halt besser."

Ich kam im Frühjahr 1934 als Schüler zu Haushofer. Im Juni dieses Jahres fand das entscheidende Gespräch mit ihm statt, das mich bestimmte, auf Jahre hinaus in seiner Nähe zu bleiben. Als ich im Oktober desselben Jahres aus den Semesterferien

[18] A. a. O., 1939, Heft 8/9 (August/September), S. 676.
[19] A. a. O., 1939, Heft 6 (Juni), S. 445.
[20] A. a. O., 1939, Heft 4 (April), S. 289.
[21] Vgl. Hildebrandt a. a. O., S. 9ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Berlin zurückkehrte – der Reichspräsident von Hindenburg war inzwischen gestorben und Hitler konnte entgegen den Bestimmungen der Verfassung das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers auf sich vereinigen –, sprachen wir über die Auswirkungen der Röhm-„Revolte" innerhalb der Partei. Haushofer äußerte damals die Vermutung, daß derartige Krisen sich wiederholen könnten, möglicherweise auch mit der SS, die nunmehr entscheidende Machtpositionen gewonnen hatte. In der Folge erzählte Haushofer mir von einem kleinen Kreis von Männern, die in enger Verbindung miteinander ständen und aufmerksam die Entwicklung im Hinblick auf einen möglichen Sturz des Regimes verfolgten. Er nannte die Namen des preußischen Finanzministers Popitz und des Generalobersten Beck, des damaligen Chefs des Generalstabes des Heeres. Später erfuhr ich auch von der Verbindung des Botschafters von Hassell zu diesem Kreis.

Es ist hier nicht von dem Fortgang dieser Gruppenbildung und von den Problemen des Widerstandes im allgemeinen zu berichten. Für Albrecht Haushofer und seine Freunde stellte sich nach Ausbruch des Krieges die Frage: Gibt es einen Ausweg, der es verantwortlich denkenden Männern ermöglicht, Hitler und sein Regime zu beseitigen, ohne durch ein daraus folgendes Odium des Dolchstoßes das deutsche Volk in eine Krise und Spaltung zu stürzen, die dann doch das Schlimmste nicht abwenden würde? Mit anderen Worten: Gibt es noch eine Möglichkeit, mit verantwortlichen Männern des Westens einen Kontakt zu finden, um sie zu einem Einlenken gegenüber Deutschland – freilich unter der Voraussetzung der Beseitigung des Hitlerregimes – zu bewegen?

Als guter Kenner Englands beurteilte Haushofer jeden derartigen Versuch äußerst pessimistisch. Gleichwohl nahm er das Wagnis auf sich, weil er in ihm, wenn überhaupt noch etwas zu retten sei, die einzige Chance sah. Hitler selbst spielte Albrecht Haushofer den Ball in die Hand, mit dem er ein gewagtes Doppelspiel begann. In seinem Buch „Mein Kampf" hatte Hitler die Unfähigkeit der deutschen Außenpolitik in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg verdammt, die es nicht verstanden habe, den Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Er, Hitler, dagegen werde diese Gefahr in Zukunft auszuschalten wissen.

Als er nun nach dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Frankreich vor dem militärisch offenbar kaum lösbaren Problem stand, wie der Krieg gegen England liquidiert werden könne, und er andererseits schon mit dem Gedanken umging, Rußland anzugreifen, schien es ihm vielleicht geraten, die Friedensbereitschaft Großbritanniens auf eine etwas seriösere Weise zu erkunden als durch eine Reichstagsrede. Oder aber Heß hat Bemerkungen Hitlers in diesem Sinne aufgefaßt und die nächsten Schritte auf eigene Faust unternommen. Jedenfalls begannen Heß und Haushofer in der ersten Septemberhälfte 1940 die Möglichkeiten einer Fühlungnahme mit einflußreichen Engländern zu erörtern. Haushofer hat über die erste oder eine der ersten dieser Unterredungen folgende Niederschrift angefertigt[22]:

[22] Das Dokument trägt die Überschrift „Gibt es noch Möglichkeiten eines deutsch-englischen Friedens?" und den handschriftlichen Vermerk „Streng geheim"; als Datum ist, ebenfalls handschriftlich, der 8. September angegeben, doch scheint diese Datierung aus

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 8. September war ich nach Bad G. gerufen worden, um dem Stellvertreter des Führers über das Thema dieser Niederschrift Bericht zu erstatten. Das Gespräch unter vier Augen dauerte zwei Stunden. Ich hatte Gelegenheit, in voller Offenheit zu reden.

Ich wurde sofort nach Möglichkeiten einer Übermittlung des ernsten Friedenswunsches Hitlers an führende Persönlichkeiten Englands gefragt. Man sei sich klar darüber, daß die Weiterführung des Krieges selbstmörderisch für die weiße Rasse sei; selbst bei vollem Erfolg in Europa sei Deutschland nicht in der Lage, das Empire-Erbe zu übernehmen. Der Führer habe die Zerschlagung des Empire nicht gewollt, und wolle sie auch heute nicht. Ob es denn in England niemand gebe, der zum Frieden bereit sei?

Ich bat zunächst um die Erlaubnis, die grundsätzlichen Dinge auszusprechen. Man müsse sich darüber klar sein, daß nicht nur Juden und Freimaurer, sondern praktisch alle irgendwie in Frage kommenden Engländer einen vom Führer unterschriebenen Vertrag für einen wertlosen Fetzen Papier hielten. Auf die Frage, warum das so sei, wies ich auf die zehnjährige Laufdauer unseres polnischen Vertrages, auf den erst vor einem Jahr unterschriebenen Nichtangriffspakt mit Dänemark, auf die „endgültige" Grenzziehung von München hin. Welche Garantie habe England, daß ein neuer Vertrag nicht sofort wieder gebrochen werde, wenn es uns passe? Man müsse darüber klar sein, daß der Führer selbst in der angelsächsischen Welt für den Stellvertreter des Satans auf Erden gehalten werde, gegen den es nur Kampf gebe. Im äußersten Fall würden die Engländer lieber bereit sein, ihr ganzes Empire Stück für Stück den Amerikanern zu überschreiben, als einen Frieden zu unterschreiben, der dem nationalsozialistischen Deutschland die Herrschaft in Europa überlasse. Nach meiner Überzeugung lehre der jetzige Krieg, daß Europa für seine bisherige anarchische Lebensform zu klein geworden sei, und daß es eine innere, föderative, und keineswegs allein auf Polizeiherrschaft einer einzelnen Macht aufgebaute Ordnung, bei Aufrechterhaltung eines Teiles seiner Weltstellung und Sicherheit gegen das sowjetrussische Eurasien nur bei enger deutsch-englischer Zusammenarbeit finden könne, Frankreich sei – wohl auf lange Sicht – zusammengebrochen, und die Leistungsfähigkeit Italiens zu beobachten, hätten wir ja laufende Gelegenheit. Nun sei aber, solang eine deutsch-englische Rivalität bestehe, die Lehre dieses Krieges, soweit man beiderseits in Sicherheitskomplexen denke, diese: Jeder Deutsche muß sich sagen: wir haben keine Sicherheit, solang nicht dafür gesorgt ist, daß die atlantischen Ausgänge Europas von Gibraltar bis Narvik frei sind von jeder möglichen Blockade. D. h.: es darf keine englische Flotte geben. Jeder Engländer aber muß unter den gleichen Voraussetzungen argumentieren: wir haben keine Sicherheit, solang es irgendwo auf eine Entfernung von 2000 km von London ein Flugzeug gibt, das wir nicht kontrollieren. D. h.: es darf keine deutsche Luftflotte geben. Aus diesem Gegensatz gäbe es nur einen Ausweg: die bis zur Fusion gesteigerte Freundschaft mit gemeinsamer Flotte, gemeinsamer Luftwaffe und gemeinsamer Besitzverteidigung in der Welt: Eben das, was die Engländer mit den Vereinigten Staaten jetzt abzuschließen im Begriff seien. Ich wurde daraufhin unterbrochen und gefragt, warum denn die Engländer bereit seien, ein solches Verhältnis mit Amerika zu suchen und nicht mit uns. Meine Antwort war: Weil Roosevelt ein Mann ist, und eine Weltanschauung und Lebensform vertritt, die der Engländer zu verstehen glaubt, an die er sich gewöhnen kann, auch da, wo sie ihm nicht zu entsprechen scheint. Vielleicht täusche er sich – aber das glaube er jedenfalls. Ein Mann wie Churchill – selbst Halb-Amerikaner – sei davon überzeugt. Hitler aber erscheine dem Engländer als die

später Zeit zu stammen. Eine Unterschrift fehlt. Das Dokument stammt aus den nach Kriegsende beschlagnahmten Akten der Familie Haushofer und befindet sich gegenwärtig in der World War II Records Division der National Archives in Alexandria Va.; vgl. Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, No. 9, S. 11 ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inkarnation dessen, was er hasse, wogegen er sich seit Jahrhunderten gewehrt habe – dieses Gefühl umfasse die Arbeiterschaft nicht minder als die Plutokraten – im Gegenteil: ich sei der Meinung, daß diejenigen Engländer, die Besitz zu verlieren hätten, also eben die rechnenden Teile der sogenannten Plutokratie, diejenigen seien, die noch am ehesten bereit wären, über einen Frieden zu reden. Aber auch diese betrachteten einen Frieden nur als einen Waffenstillstand. – Ich sei genötigt, diese Dinge so scharf auszusprechen, weil ich nicht – gerade mit meiner langen Bemühung um einen Ausgleich mit England in der Vergangenheit und mit meinen zahlreichen englischen Freundschaften – den Anschein erwecken dürfe, als ob ich an die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Adolf Hitler und England im jetzigen Stadium der Entwicklung ernsthaft glaubte. Daraufhin wurde ich gefragt, ob ich nicht der Meinung sei, daß Fühler vielleicht dadurch nicht „durchgekommen" seien, daß nicht die richtige Sprache gesprochen worden sei. Ich erwiderte darauf, daß allerdings – wenn bestimmte Persönlichkeiten, die wir beide gut kennten, damit gemeint seien – mit Sicherheit die falsche Sprache gesprochen worden sei. Aber im jetzigen Stadium habe das geringe Bedeutung. Darauf wurde ich direkt gefragt, warum denn alle Engländer Herrn v. R. mit solcher Schärfe ablehnten. Ich gab zu, daß Herr v. R. sowie einige andere Persönlichkeiten allerdings in den Augen der Engländer dieselbe Rolle spielten wie Duff Cooper, Eden und Churchill in denen der Deutschen; bei Herrn v. R. komme gerade in den Augen der ehemals deutschfreundlichen Engländer die Überzeugung dazu, daß er – aus völlig unsachlichen Motiven – den Führer über England falsch unterrichtet habe und einen ungewöhnlich starken persönlichen Anteil am Kriegsausbruch trage. Aber ich betonte nochmals, daß die Ablehnung von Friedensfühlern durch England heute nicht so an den Personen, als an der schon ausgeführten Grundauffassung liege.

Trotzdem wurde ich aufgefordert, die Möglichkeiten zu nennen, die mir persönlich an Fühlungnahme erreichbar erschienen. Ich nannte an Diplomaten den Gesandten O'Malley in Budapest, den ehemaligen Leiter der Südostabteilung des Foreign Office, eine kluge, aber wahrscheinlich gerade wegen früherer Deutschfreundlichkeit einflußlose Persönlichkeit des höheren Beamtentums; den in Madrid halb kaltgestellten, halb auf Lauer liegenden Sir Samuel Hoare, den ich persönlich nicht gut kenne, zu dem ich mir aber jederzeit einen persönlichen Weg eröffnen könne; als aussichtsreichsten den Washingtoner Botschafter Lothian, mit dem ich seit Jahren in einer nahen persönlichen Verbindung gestanden habe, der als Angehöriger der höchsten Aristokratie und gleichzeitig als eine geistig sehr unabhängige Persönlichkeit vielleicht am ehesten in der Lage sei, einen kräftigen Schritt zu unternehmen – vorausgesetzt, daß er davon zu überzeugen sei, daß auch ein schlechter und unsicherer Friede besser sei als die Weiterführung des Krieges – eine Überzeugung, zu der er nur gelangen werde, wenn er sich in Washington davon überzeuge, daß die englischen Hoffnungen auf Amerika nicht realisierbar seien. Ob sich das so verhalte, sei nur in Washington selbst zu beurteilen, von Deutschland aus nicht. Als letzte Möglichkeit nannte ich dann die des persönlichen Zusammentreffens mit dem nächsten meiner englischen Freunde auf neutralem Boden: dem jungen Herzog von Hamilton, der jederzeitigen Zugang zu allen wichtigen Persönlichkeiten in London habe, auch zu Churchill und zum König. Ich betonte in diesem Fall die unvermeidliche Schwierigkeit des Verbindung-Aufnehmens, und wiederholte noch einmal meine Überzeugung von der Unwahrscheinlichkeit eines Erfolges – welchen Weg man auch beschreite.

Das Endergebnis der Unterredung war H's Erklärung, er werde sich das Ganze noch einmal gründlich überlegen, und mir Nachricht zukommen lassen, falls ich Schritte unternehmen solle. Ich bat für diesen – höchst heiklen – Fall um genaueste Instruktionen; und für den Fall, daß ich etwa allein eine Reise zu unternehmen hätte – um Richtlinien von alleroberster Stelle. Aus dem ganzen Gespräch hatte ich den starken

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eindruck, daß es nicht ohne Vorwissen des Führers geführt wurde, und daß ich in der Sache wohl nichts mehr hören werde, ohne daß eine neue Verständigung zwischen diesem und seinem Stellvertreter stattgefunden hat.

Zur persönlichen Seite des Gesprächs muß ich sagen, daß es – trotzdem ich mich verpflichtet fühlte, ungewöhnlich harte Dinge auszusprechen – in großer Freundlichkeit, ja Herzlichkeit geschlossen wurde. Ich übernachtete in Bad G. und hatte am nächsten Morgen noch Gelegenheit, in Gegenwart des Chefadjutanten, auf einem gemeinsamen Spaziergang, die gesamten volksdeutschen Fragen von der Umsiedlung in allen Teilen Europas bis zu den personellen Schwierigkeiten der Berliner Führungsstellen zur Sprache zu bringen – was ein unmittelbares Eingreifen H's zur Folge hatte.

Im Verfolg dieser Unterredung schrieb Haushofer am 19. September 1940 an Heß einen Brief, in dem er darlegte, welche Möglichkeiten vorhanden seien, einen Kontakt zu führenden Persönlichkeiten in England zu suchen[23].

19. September 1940

Sehr verehrter lieber Herr Heß!

Mit einer – durch die altertümlichen Postverhältnisse der Partnach-Alm bedingten – Verzögerung ist Ihr Brief vom 10. gestern in meine Hand gelangt. Ich habe die darin behandelten Möglichkeiten noch einmal gründlich durchdacht: und habe nun – bevor ich die vorgeschlagenen Schritte tue – die Bitte, daß Sie selbst die im Folgenden niedergelegten Gedanken noch einmal prüfen.

Ich habe mir inzwischen den technischen Weg überlegt, den eine Nachricht von mir durchlaufen muß, bevor sie in die Hände des Herzogs von H[amilton] gelangen kann. Die Beförderung bis Lissabon ist mit Ihrer Hilfe natürlich ohne weiteres sicherzustellen. Die weiteren Wege kennen wir nicht. Mit fremden Kontrollen muß dabei gerechnet werden; der Brief darf daher auf keinen Fall so gefaßt sein, daß er ohne weiteres angehalten und vernichtet wird oder daß er Vermittlerin oder letzten Empfänger in unmittelbare Gefahr bringt. Ich kann nun – bei der engen menschlichen Beziehung und der genauen gegenseitigen Kenntnis, die mich mit Douglas H. verbinden, einige Zeilen an ihn (die dem Brief an Mrs. R. beizulegen wären; ohne Ortsangabe und ohne volle Namenszeichnung – ein A. als Unterschrift genügt) so abfassen, daß er allein erkennt, daß hinter meinem Wunsch, ihn in Lissabon zu treffen, etwas Ernsteres steckt als eine persönliche Marotte. Alles weitere aber scheint mir höchst gefährlich und dem Erfolg des Briefs abträglich. Stellen wir uns einmal den umgekehrten Fall vor: eine alte Dame in Deutschland erhält einen aus unbekannter ausländischer Quelle stammenden Brief mit der Bitte, eine Nachricht weiterzuleiten, deren Empfänger gebeten wird, einer unbekannten ausländischen Persönlichkeit seinen Aufenthaltsort für einen gewissen Zeitraum bekanntzugeben – und dieser Empfänger wäre ein höherer Luftkommandeur (ich weiß natürlich nicht genau, welches Amt H. zur Zeit bekleidet; nach seiner Vergangenheit kann ich mir nur dreierlei vorstellen: entweder er ist aktiver Luftgeneral, oder er leitet die Luftverteidigung eines wichtigen Teils von Schottland, oder er sitzt an verantwortlicher Stelle im Luftfahrtministerium). Ich glaube, Sie brauchen wenig Phantasie, um sich vorzustellen, welche Gesichter Canaris oder Heydrich machen würden, und mit welchem Schmunzeln sie jedes „Sicherheits-" und „Vertraulichkeits"-Angebot eines solchen Briefes betrachten würden, wenn ihnen ein Untergebener einen solchen Fall vorlegte. Es bliebe bestimmt nicht bei den Gesichtern! Die Maßnahmen kämen ganz von selbst – und weder die

[23] Ungedrucktes Nürnberger Dokument PS–1670 aus den Akten Rudolf Heß (Durchschlag ohne Unterschrift).

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alte Dame noch der Luftkommandeur hätten leichte Zeiten vor sich! In England liegt das nicht anders.

Nun ein Zweites. Auch hier darf ich Sie bitten, die Lage in Gedanken einmal umzukehren. Nehmen wir an, ich bekäme einen solchen Brief von einem meiner englischen Freunde. Ich würde doch ganz selbstverständlich, sobald ich seine mögliche Tragweite erkannt hätte, den Vorgang der obersten mir erreichbaren deutschen Führungsstelle melden und eine Regelung für mein eigenes Verhalten erbitten (Dabei bin ich noch Civilist, und H. ist Offizier). Ich würde dann, wenn entschieden worden wäre, daß ich dem Wunsch des Zusammentreffens mit meinem Freund Folge leisten solle, den größten Wert darauf legen, daß ich meine Instruktionen, wenn schon nicht vom Führer selbst, so doch von einer Persönlichkeit erhielte, die sie unmittelbar empfängt und zugleich über die Gabe verfügt, auch feinste und leiseste Nuancen zu übermitteln – eine Kunst, die wohl von Ihnen selbst, aber nicht von allen Reichsministern beherrscht wird. Darüber hinaus würde ich sehr eindringlich um volle Deckung meines Verhaltens gegenüber anderen hohen Stellen des eigenen Landes – unwissenden oder böswilligen – zu bitten haben. Nicht anders liegt es für H. Er kann nicht nach Lissabon fliegen, ohne daß ihm Urlaub gegeben wird – so wenig wie ich! – d. h. also, ohne daß mindestens der Luftfahrtminister Sinclair und der Außenminister Halifax davon wissen. Bekommt er aber die Erlaubnis zu antworten oder zu reisen, dann bedarf es einer Ortsangabe für England nicht; bekommt er sie nicht, dann wird auch ein Versuch durch einen neutralen Vermittler wenig Erfolg haben. Die technische Erreichbarkeit H's ist für diesen Fall das geringste Problem. Ein Neutraler, der England kennt und sich in England bewegen kann – einen anderen mit einer solchen Mission zu betrauen, hätte wohl wenig Sinn – wird den Ersten Peer von Schottland sehr rasch auffinden können, solang die Zustände auf der Insel noch halbwegs geordnet sind. (Im Augenblick einer geglückten Invasion wären alle Möglichkeiten, über die wir uns hier aussprechen, ja sowieso gegenstandslos).

Mein Vorschlag ist also folgender:

Ich schreibe über die alte Freundin einen Brief an H., der – in einer niemand belastenden, aber für den Empfänger verständlichen Form – den Vorschlag einer Zusammenkunft in Lissabon macht. Erfolgt darauf nichts, so könnte man (wenn aus militärischen Gründen so viel Zeit bleibt) – einen geeigneten Mittler vorausgesetzt – einen zweiten Versuch über einen nach England reisenden Neutralen machen, dem eine persönliche Botschaft mitgegeben werden könnte. Zu dieser Möglichkeit muß ich allerdings hinzufügen, daß H. – wie viele Engländer gegenüber persönlich Unbekannten – äußerst zurückhaltend ist. Das wäre – da dem ganzen deutsch-englischen Problem ja eine tiefste Vertrauenskrise zugrundeliegt – nicht unwesentlich.

Verzeihen Sie bitte die Länge dieses Briefes; ich wollte Sie nur vollständig ins Bild setzen.

Daß – und warum – die Möglichkeiten eines Erfolges von Ausgleichsbemühungen zwischen dem Führer und der britischen Oberschicht – zu meinem eignen großen Schmerz – mir so unendlich gering erscheinen, habe ich Ihnen neulich schon zu begründen versucht. Trotzdem möchte ich auch diesen Brief nicht schließen, ohne nochmals darauf hinzuweisen, daß ich den Wegen über die Botschafter Lothian in Washington oder Sir Samuel Hoare in Madrid immer noch etwas mehr Chance gebe als dem über meinen Freund H. Freilich sind sie – politisch gesehen – schwerer zu beschreiten.

Darf ich wohl um eine Zeile oder um einen Anruf mit endgültigen Weisungen bitten; im gegebenen Fall auch um eine Vor-Verständigung Ihres Bruders, mit dem ich dann wohl die Beförderung des Briefes nach Lissabon und die Einrichtung einer Deckadresse für die Antwort in L. zu besprechen hätte?

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen für Ihre Gesundheit

Stets Ihr aufrichtig ergebener

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der vorstehende Brief wurde in der Absicht geschrieben, Rudolf Heß davon zu überzeugen, daß er, Haushofer, legitimiert werden müsse, irgendwo im neutralen Ausland mit maßgebenden Engländern selbst zu sprechen. Nur wenn ihm das gelänge, so hoffte Haushofer, könne er seinen Freunden in England verständlich machen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um der Opposition in Deutschland zum Zuge zu verhelfen. Haushofer ging dabei – das sei hier ausdrücklich gesagt – von der Überlegung aus, daß ein solcher Versuch, wenn überhaupt, nur dann einen Erfolg haben könne, wenn er auch das Interesse der britischen Politik berücksichtige. – Haushofer sah klar voraus, daß eine totale Niederlage Deutschlands eine so schwerwiegende Machtverschiebung zugunsten der Sowjetunion im Gefolge haben werde, daß dadurch auch entscheidende Positionen des britischen Weltreiches gefährdet werden würden. Was würde es allein für Englands Stellung im Mittelmeerraum bedeuten, wenn, nach einer deutschen Niederlage unvermeidlich, die sowjetische Macht- und Einflußsphäre in weite Bereiche des Balkans und des Nahen Ostens vordringen würde? Albrecht Haushofer hatte diese Gedanken zuvor im Gespräch mit dem engsten Kreis seiner Freunde eingehend erörtert.

Nur auf dem Hintergrund dieser Erwägungen ist sein Brief an Rudolf Heß überhaupt verständlich. Zwar war er sich des persönlichen Wohlwollens des „Stellvertreters des Führers" sicher, aber er war sich keineswegs sicher, was Heß, den er als einen unsteten und impulsiven Mann kannte, mit einem solchen Brief machen würde. Da Haushofer die Gefahr einkalkulieren mußte, daß dieser Brief auch in die Hände böswilliger Männer gelangte, mußte er es vermeiden, seine eigentliche Absicht so deutlich auszusprechen, daß daraus ohne weiteres ein Verdacht gegen ihn geschöpft werden konnte. Heß mußte in jedem Fall als Initiator und Auftraggeber erscheinen. Haushofer deutete die Möglichkeit, mit englischen Persönlichkeiten im neutralen Ausland direkt zu sprechen, als eine von mehreren Möglichkeiten nur in einem kurzen Satz am Schluß an. Um seine eigentliche Absicht, das unmittelbare Gespräch mit Engländern zu suchen, so unverdächtig wie möglich erscheinen zu lassen, schob er einen anderen Vorschlag in den Vordergrund, der in seinem Brief den breitesten Raum einnimmt: einen Brief an Freunde in England zu schreiben, dessen weitere Beförderung dann von Heß übernommen werden sollte. Es war für Haushofer im Grunde genommen sinnlos, einen solchen Brief zu schreiben, mit dem er im Sinne seiner eigentlichen Absichten gar nichts erreichen konnte. Er führte Heß deshalb alle Gefahren und Schwierigkeiten, die durch einen solchen Brief ausgelöst werden konnten, eindringlich vor Augen, – hoffend, daß Heß das einsehen und ihn selbst zur Aufnahme direkter Kontakte im neutralen Ausland ermächtigen werde.

Heß entschied sich aber zunächst für das kleinere Risiko, für den Brief. Haushofer befolgte den ihm gegebenen Auftrag und schrieb einen Brief an seinen Freund, den Herzog von Hamilton. Heß übernahm die Weiterleitung des Briefes. Er hat den Adressaten jedoch nie erreicht.

Später, als nach dem Besuch von Molotow im November 1940 in Berlin sich der bevorstehende Bruch mit Rußland deutlicher abzeichnete, setzte Haushofer seine

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigentliche Absicht Heß gegenüber durch und erhielt den Auftrag zu einer Reise nach der Schweiz, um dort mit Professor Carl J. Burckhardt, dem späteren Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, über die Möglichkeiten eines Kontaktes zu führenden englischen Persönlichkeiten zu sprechen. Nach Art dieser Anknüpfung wird man annehmen dürfen, daß es Haushofer wohl darum ging, seinen englischen Freunden verständlich zu machen, daß die Männer der Widerstandsbewegung in Deutschland erst dann eine entscheidende Leistung im Sinne der Beseitigung Hitlers vollbringen könnten, wenn sie die Gewähr für einen tragbaren Ausgleich mit den Westmächten hätten[24].

In den letzten Apriltagen 1941 sprach Haushofer mit Burckhardt in Genf. Als ich ihn bei seiner Rückkehr nach Berlin am 8. Mai mit einem befreundeten Kollegen, der gleichfalls zum Kreis seiner Schüler gehörte, von der Bahn abholte, war er ernst und schweigsam. In der Nacht vom 10. zum 11. Mai wurde ich durch einen Telefonanruf aus dem Auswärtigen Amt davon unterrichtet, daß für mich ein dringendes Telegramm des jungen Legationssekretärs Stahmer – der gleichfalls aus Haushofers Schülerkreis kam – vorliege, das besage, daß der Vortrag des Professors vor der Akademie der Wissenschaften in Madrid bereits am 12. Mai stattfinden müsse. – Stahmer war von Haushofer beauftragt, eine Verbindung zum britischen Botschafter in Madrid, Sir Samuel Hoare, zu vermitteln. Die vereinbarte Nachricht des Telegramms ließ darauf schließen, daß der Versuch geglückt sei. Aber dazu kam es nicht mehr. Albrecht Haushofer wurde in der Frühe des 12. Mai verhaftet – nachdem Heß am 10. Mai nach England geflogen und in unmittelbarer Nähe des Landgutes des Herzogs von Hamilton abgesprungen war – und mit einem Sonderflugzeug zum Obersalzberg gebracht. Noch in den späten Abendstunden des 12. Mai hat er dort, im Anschluß an seine Vernehmung, folgende für Hitler bestimmte Niederschrift über Art und Umfang seiner englischen Beziehungen sowie über die mit Heß unternommenen Schritte, diese Beziehungen auszunützen, anfertigen müssen[25]:

---

[24] Vgl. Ulrich v. Hassell, Vom anderen Deutschland, Atlantis-Verlag Zürich, 1946, S. 185, 204f., 215 und 218.

[25] Der Verfasser verdankt die Kenntnis dieses ebenfalls ungedruckten Nürnberger Dokuments (PS–1671) Herrn Dr. Seraphim, Leiter der zeitgeschichtlichen Sammlung des niedersächsischen Archivlagers, Göttingen. Dem vom 12. Mai 1941 datierten Bericht (Ortsangabe: Obersalzberg) ist ein Anschreiben beigefügt mit dem Vermerk: „Beiliegenden Bericht weisungsgemäß – mit der Bitte, einzelne Punkte noch in mündlichem Vortrag erläutern zu dürfen – dem Führer ergebenst vorgelegt. A. H." Anschreiben und Bericht selbst sind mit der Maschine in sog. „Führertype" geschrieben.

Zum zweiten Teil des Berichts, der sich mit dem Gespräch zwischen Haushofer und Professor Carl J. Burckhardt, dem ehemaligen Völkerbundskommissar für Danzig und späteren Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, befaßt, hat Professor Burckhardt, dem der Verfasser den Bericht übersandte, am 30. Mai geschrieben:

„Haushofer hat seinen Bericht, namentlich was seine Schweizerreise angeht, augenscheinlich in der Absicht, sich zu diskulpieren, geschrieben.

Haushofer schreibt, Absatz 6 [hier S. 254]:

‚Im April 1941 erhielt ich nun aus der Schweiz einen Gruß des mir gleichfalls (?) seit Jahren wohlbekannten ehemaligen Völkerbundskommissars in Danzig und jetzigen Vize-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Englische Beziehungen und die Möglichkeit ihres Einsatzes

Der Kreis von englischen Persönlichkeiten, die mir seit Jahren genau bekannt sind, deren Einsetzen zugunsten einer deutsch-englischen Verständigung in den Jahren 1934–38 der Kern meiner Arbeit in England war, umfaßt folgende Gruppen und Persönlichkeiten:

1. Eine führende Gruppe der jüngeren Konservativen (viele von ihnen Schotten). Zu ihnen gehören:
   der Herzog von Hamilton, bis zum Tode seines Vaters als Lord Clydesdale, konservativer Abgeordneter;
   der parlamentarische Privatsekretär Neville Chamberlains, Lord Dunnglas;
   der jetzige Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, Balfour;
   der jetzige Unterstaatssekretär im Erziehungsminiserium, Lindsay (nationale Labour);
   der jetzige Unterstaatssekretär im Ministerium für Schottland, Wedderburn.

---

präsidenten des internationalen Roten Kreuzes, Carl Burckhardt, der mir sagen ließ, er habe mir Grüße aus meinem alten englischen Freundeskreis zu übermitteln, ich möge ihn doch einmal in Genf besuchen.' Hierzu habe ich zu bemerken:

A. Vielleicht sagte ich zu jemand, der mir von Haushofer sprach: ‚Bitte grüßen Sie ihn.' Daß ich hinzugesetzt habe, ich hätte ihm ‚Grüße aus seinem alten englischen Freundeskreis zu übermitteln', ist vollkommen ausgeschlossen, ich kannte und kenne auch heute niemand aus Haushofers englischem Freundeskreis. Hierfür habe ich dokumentarische Beweise, die ich jederzeit vorlegen kann.

B. Ich war 1941 im übrigen nicht Vizepräsident des ‚Internationalen Roten Kreuzes', ich war ‚Mitglied des Komitees vom Internationalen Roten Kreuz', dessen Präsident ich erst 1944 wurde. (Das Internationale Rote Kreuz ist etwas ganz anderes, nämlich: ‚Internationales Rotkreuzkomitee, Liga der Rotkreuzgesellschaften und sämtliche nationale Rotkreuzgesellschaften zusammen'.)

Absatz 8 [hier S. 254]: ‚Vor einigen Wochen sei eine in London bekannte und angesehene Persönlichkeit, die führenden Konservativen- und City-Kreisen nahestehe, bei ihm [Burckhardt] in Genf gewesen . . .'

Dieser Passus ist vollkommen apokryph. Wie soll im Jahre 1941 diese englische ‚angesehene Persönlichkeit' nach Genf gelangt sein, auf welchem Wege, als Fallschirmabspringer, 1941!?

Ebensosehr aus der Luft gegriffen ist der Inhalt von Absatz 9 [hier S. 254/55]: da kann es sich nur um eine unter dem Druck einer lebensgefährlichen Situation entstandene apologetische Improvisation handeln.

Absatz 10 [hier S. 255] enthält zwei an Gewicht sehr ungleiche Feststellungen, die aber beide richtig sind.

1. Ende Oktober 1939 machte ich Lord Halifax meinen Schlußbericht über die abgeschlossene Danziger Mission, bei dieser Gelegenheit sprach mir der englische Außenminister, der gewesene Präsident des Dreierkomitees für Danzig, von seinen vergeblichen Bemühungen zur Rettung des Friedens, er äußerte mit dem großen Ernst, der ihm eigen war, seine Sorge um die Zukunft. Letzteres mag ich vor Haushofer erwähnt haben.

2. Selbstverständlich hatte ich häufige berufliche Kontakte mit dem englischen Generalkonsul in Genf. Diese Kontakte bezogen sich auf Kriegsgefangenenfragen, Hilfe an notleidende Zivilbevölkerungen und derartiges. Generalkonsule pflegen keine große Politik zu machen.

Das Folgende, in 1, 2, 3 eingeteilt, enthält unter 1. einen Ausspruch, der nicht von mir stammen kann, da der Inhalt dieser Bemerkung über Ost- und Südosteuropäische Gebiete keiner jemals zu meiner Kenntnis gekommenen Realität entspricht; die unter 2. angeführte

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Enge Beziehungen verbinden diesen Kreis mit dem Hof. Der jüngere Bruder des Herzogs von Hamilton ist durch seine Frau mit der gegenwärtigen Königin nahe verwandt; die Schwiegermutter des Herzogs von Hamilton, die Herzogin von Northumberland, ist Obersthofmeisterin; ihr Schwager, Lord Eustace Percy, war mehrfach Kabinetts-Mitglied und ist heute noch einflußreiches Mitglied der konservativen Partei (dem ehemaligen Ministerpräsidenten Baldwin besonders nahestehend). Enge Verbindungen gehen von diesem Kreis zu wichtigen Gruppen der älteren Konservativen, so zu der Familie Stanley, Lord Derby, Oliver Stanley und Astor (letztere Besitzer der „Times"). Der junge Astor, gleichfalls M. P., war parlamentarischer Privatsekretär des ehemaligen Außen- und Innenministers Sir Samuel Hoare, jetzigen englischen Botschafters in Madrid.

Die genannten Persönlichkeiten sind mir fast alle seit Jahren und aus engem persönlichem Kontakt bekannt. Auch der gegenwärtige Unterstaatssekretär des Foreign Office, Butler, gehört hierher; er ist trotz manchen seiner öffentlichen Äußerungen

---

Behauptung ist richtig, ich nehme aber nicht an, daß ich sie gemacht haben könnte. 3. Kolonialfrage: Ist nicht zu begreifen. 1941 war wahrhaftig keine Voraussetzung für England vorhanden, um mit Deutschland oder Italien über Kolonialfragen zu verhandeln.

Wie dann die im Schlußabsatz erwähnten ‚Kreuzzüge' und der ‚Dreißigjährige Krieg' in diesen Zusammenhang hineinkamen, ist mir unerfindlich, von mir stammen solch weithergeholte Analogien mit Bestimmtheit nicht. [Vgl. dazu den Verf. weiter unten.]

Ich kann mir nichts anderes denken, als daß diese Notiz nach Haushofers Verhaftung in schwerster Not geschrieben wurde und daß er mich in den Vordergrund schieben mußte, weil der deutsche Reichskanzler mich persönlich kannte. [gez.: Carl J. Burckhardt]"

Bemerkungen des Verfassers:

Haushofer hat das Gespräch mit Burckhardt in Genf zweifellos aus eigener Initiative und mit Wissen von Popitz und v. Hassell gesucht, in der Hoffnung, über ihn einen Kontakt zu maßgebenden Kreisen in England zu finden, mit denen er, wenn dieser Versuch gelang, über das Anliegen der deutschen Widerstandskreise hätte sprechen können (vgl. Hassell a. a. O., S. 185). Jetzt, da dieser Versuch durch den Flug von Heß nach England gescheitert war, jetzt, da Haushofer, verhaftet, vor Hitler Rechenschaft über sein Handeln ablegen mußte, war er gezwungen, dem mit Burckhardt geführten Gespräch eine Darstellung zu geben, die den tatsächlichen Zweck und Verlauf dieses Gespräches nicht erkennen ließ.

Daher ist die Vermutung erlaubt, daß es Haushofer unter dem allgemeinen Eindruck seines Gespräches mit Burckhardt in Genf in dieser Stunde vor allem darum ging, Formulierungen zu finden, die auf Hitlers augenblickliche psychische Verfassung und seine Unberechenbarkeit abgestimmt waren, in denen er womöglich eine Bestätigung seines eigenen Denkens finden, die er vielleicht gar mit einer gewissen Genugtuung aufnehmen konnte. Ausdrücke wie „der bodenständige Teil der Plutokratie" oder „das bodenfremde, vor allem jüdische Element" hatten in Haushofers eigenem Denken ebensowenig Platz, wie es vorstellbar ist, daß Burckhardt sie gewählt haben könne. Sie sind in diesem Bericht nur im Sinne einer ganz bewußt beabsichtigten Wirkung auf Hitler überhaupt verständlich.

Die Tatsache ferner, daß Haushofer sich, als er diesen Bericht niederschrieb, zweifellos in akuter Lebensgefahr befand, ließe allein schon aus menschlichen Gründen eine vom tatsächlichen Inhalt seines Gespräches mit Burckhardt abweichende Darstellung verstehen. Es drängt sich beim Lesen des Berichts jedoch die Vermutung auf, daß Haushofer dabei nicht nur von der Sorge um sein Leben bestimmt war, sondern daß er mit nüchternem Verstand noch in dieser letzten Stunde vor dem drohenden Hitlerschen Kriegsabenteuer mit Sowjetrußland Formulierungen wählte, die darauf abzielten, Hitlers Billigung für weitere Verhandlungen mit England zu erreichen, die er, Haushofer, in seinem eigenen Sinne und nach seinen eigenen Absichten zu führen vermochte.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kein Churchill- oder Eden-Anhänger. Zahlreiche Verbindungen führen von den meisten der Genannten zu Lord Halifax, zu dem ich gleichfalls persönlichen Zugang hatte.

2. Der sogenannte „Round-Table"-Kreis jüngerer Imperialisten (vor allem Kolonial- und Empire-Politiker), dessen bedeutendste Persönlichkeit Lord Lothian war.
3. Eine Gruppe der „Ministerialdirektoren" im Foreign Office. Deren wichtigste waren der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung, Strang, und der Leiter der Südost-Abteilung O'Malley, nachher Gesandter in Budapest.

Kaum einer der Genannten war nicht, wenigstens zeitweise, für einen deutsch-englischen Ausgleich zu haben. Obwohl die meisten im Jahre 1939 den Krieg schließlich für unvermeidlich hielten, lag es doch nahe, an diese Persönlichkeiten zu denken, falls man den Augenblick für gekommen glaubte, die Möglichkeit einer englischen Friedensbereitschaft zu untersuchen. Deshalb habe ich, als der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, mich im Herbst 1940 nach Zugangsmöglichkeiten zu vielleicht vernünftigen Engländern fragte, zwei konkrete Verbindungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Hierfür schienen mir in Betracht zu kommen:

A) Persönliche Fühlungnahme mit Lothian, Hoare oder O'Malley, die alle drei in neutralen Ländern erreichbar waren.
B) Briefliche Verbindung mit einem meiner in England befindlichen Freunde.

Für diesen Zweck kam in erster Linie der Herzog von Hamilton in Frage, da meine Beziehung zu ihm eine so feste und persönliche war, daß ich annehmen durfte, er würde einen an ihn gerichteten Brief verstehen, auch wenn er in sehr versteckten Worten formuliert wäre. Reichsminister Heß entschied für die zweite Möglichkeit; der Brief an den Herzog von Hamilton wurde von mir Ende September 1940 geschrieben, seine Beförderung bis Lissabon durch den Stellvertreter des Führers organisiert. Ob der Brief den Adressaten erreicht hat, ist mir nicht bekannt geworden. Die Möglichkeiten des Verlustes auf dem Weg von Lissabon nach England sind ja nicht gering.

Im April 1941 erhielt ich nun aus der Schweiz einen Gruß des mir gleichfalls seit Jahren wohlbekannten ehemaligen Völkerbundskommissars in Danzig und jetzigen Vizepräsidenten des Internationalen Roten Kreuzes, Carl Burckhardt, der mir sagen ließ, er habe mir Grüße aus meinem alten englischen Freundeskreis zu übermitteln, ich möge ihn doch einmal in Genf besuchen. Da die Möglichkeit bestand, daß dieser Gruß im Zusammenhang mit meinem Brief vom vorigen Herbst stand, glaubte ich, den Vorgang dem Stellvertreter des Führers wieder unterbreiten zu sollen, freilich mit dem Hinweis (wie schon im Herbst), daß mir die Chancen eines ernsthaften Friedensfühlers außerordentlich gering erschienen. Reichsminister Heß entschied, daß ich nach Genf fahren solle.

In Genf hatte ich am 28. 4. eine lange Aussprache mit Burckhardt. Diesen fand ich in einem gewissen Widerstreit zwischen seinem Wunsch, den Möglichkeiten europäischen Friedens zu dienen und größter Besorgnis darüber, daß sein Name irgendwie an die Öffentlichkeit geraten könnte. Im Hinblick auf die ihm auferlegte Diskretion konnte er mir nur folgendes mitteilen:

Vor einigen Wochen sei eine in London bekannte und angesehene Persönlichkeit, die führenden Konservativen- und City-Kreisen nahestehe, bei ihm in Genf gewesen. Diese Persönlichkeit, deren Namen er nicht nennen dürfe, für deren Ernsthaftigkeit er sich aber verbürgen könne, habe in einem längeren Gespräch den Wunsch wichtiger englischer Kreise nach der Prüfung von Friedensmöglichkeiten ausgesprochen: auf der Suche nach möglichen Kanälen sei mein Name genannt worden.

Ich teilte meinerseits Herrn Professor Burckhardt mit, daß ich bezüglich meines

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Namens gleiche Diskretion erwarten müsse. Sollte sein Gewährsmann aus London bereit sein, nochmals nach der Schweiz zu kommen und sollte er weiter bereit sein, mir seinen Namen auf vertraulichem Wege nach Berlin mitteilen zu lassen, so daß die Ernsthaftigkeit von Person und Sache in Deutschland überprüft werden könne, dann glaubte ich auch meinerseits eine nochmalige Reise nach Genf zusagen zu können. Herr Professor Burckhardt erklärte sich bereit, diese Vermittlung zu übernehmen in der Form, daß nach England auf völlig sicherem Weg lediglich mitgeteilt werde, es bestehe für den Vertrauensmann aus London, nachdem er selbst seinen Namen genannt haben werde, die Aussicht, in Genf einer, auch in England wohlbekannten deutschen Persönlichkeit zu begegnen, die in der Lage sei, eventuelle Nachrichten an zuständiger deutscher Stelle zu Gehör zu bringen.

Zum sachlichen Teil möglicher Friedensgespräche ergab meine eigene Unterhaltung mit Professor Burckhardt einige Anhaltspunkte (Burckhardt ist nicht nur noch während des Krieges in England gewesen, hat z. B. mit Halifax lange und eingehend gesprochen, sondern steht auch in häufiger Verbindung mit dem englischen Beobachter in Genf, Generalkonsul Livingstone, der gleichfalls zu jenen Engländern gehört, denen der Krieg keine Freude macht). Der Gesamteindruck Burckhardts von den Auffassungen der gemäßigteren Gruppen in England läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das englische Sachinteresse an den Ost- und Südosteuropäischen Gebieten (mit Ausnahme Griechenlands) sei nominell.
2. Keine englische Regierung, die noch handlungsfähig sei, werde auf eine Wiederherstellung der westeuropäischen Staatenwelt verzichten können.
3. Die Kolonialfrage werde keine übermäßigen Schwierigkeiten machen, wenn die deutsche Forderung sich auf alten deutschen Besitz beschränke und der italienische Appetit gezähmt werden könne.

Das alles jedoch – diese Tatsache könne nicht ernst genug betont werden – unter der alles überschattenden Voraussetzung, daß zwischen Berlin und London eine generelle Vertrauensbasis gefunden werden könne, die so schwer zu finden sein werde, wie in den Kreuzzügen oder im dreißigjährigen Krieg. Die Auseinandersetzung mit dem „Hitlerismus" werde nun einmal nicht zuletzt von den Massen des englischen Volkes als ein Religionskrieg betrachtet, mit allen fanatisierenden psychologischen Folgen einer solchen Einstellung. Wenn jemand in London friedensbereit sei, dann sei es der bodenständige Teil der Plutokratie, der sich ausrechnen könne, wann er mitsamt der bodenständigen, britischen Tradition vertilgt sein werde, während das bodenfremde, vor allem jüdische Element, den Sprung nach Amerika und den überseeischen Dominien schon gutenteils vollzogen habe. Burckhardts eigene tiefste Besorgnis war, daß bei einer weiteren, längeren Dauer des Krieges jede Möglichkeit entschwände, daß die vernünftigen Kräfte in England Churchill zum Frieden nötigten, weil die ganze Entscheidungsgewalt über die überseeischen Aktiven des Empire bis dahin von den Amerikanern übernommen sein werde. Mit Roosevelt und seinem Kreis aber sei, wenn der Rest der bodengebundenen englischen Oberschicht einmal ausgeschaltet wäre, überhaupt kein vernünftiges Wort zu reden.

Z. Zt. Obersalzberg, den 12. Mai 1941 A. H.

Der Versuch war gescheitert. Rudolf Heß hatte einen Schritt getan, der in seiner politischen Absicht für alle Seiten unerklärlich war und in seinen letzten Beweggründen wohl kaum geklärt werden wird.

Die Folge für Albrecht Haushofer war, daß er für acht Wochen im Gefängnis der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin saß. Danach wurde

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er entlassen und konnte seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität wiederaufnehmen. Seinem politischen Wirken war nunmehr jedoch durch ständige Überwachung seitens der Geheimen Staatspolizei eine enge Grenze gesetzt. Er schrieb jetzt sein letztes Drama, die „Chinesische Legende" und arbeitete an seinem wissenschaftlichen Vermächtnis, dem Lehrbuch der politischen Geographie. Der erste Band dieses Werkes blieb erhalten und wurde 1951 veröffentlicht. Es ist dem Gedenken der engsten Freunde des Schülerkreises, die im Krieg gefallen waren, gewidmet. Die Unterlagen und Pläne für zwei weitere Bände gingen verloren.

Haushofer stand zuletzt in persönlicher Verbindung mit den Oberregierungsräten Isenberg und Muthmann in der „Reichsstelle für Raumordnung". Hier traf er sich mit dem Grafen Fritz-Dietlof von der Schulenburg und arbeitete mit ihm gemeinsam an den Richtlinien für die Reichs- und Verwaltungsreform, die einer neuen deutschen Regierung als Grundlage für ihre Arbeit dienen sollte. Schulenburg, der dem „Kreisauer Kreis", einer bekannten Widerstandsgruppe, nahestand, arbeitete auch mit Beck, Popitz, Jessen und Planck gemeinsam am Entwurf eines neuen Staatsgrundgesetzes[26]. Mit Popitz insbesondere war auch Haushofer in Verbindung. In dessen Arbeitszimmer erreichte ihn die Nachricht vom Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.

Seine und seiner Freunde Bemühungen, einen Kontakt zu England zu finden, scheiterten letztlich daran, daß dieser Versuch unter zwei Bedingungen geschah, die sich gegenseitig ausschlossen:

Die Engländer ließen erkennen, daß sie zu keinem Kontakt und Zugeständnis bereit seien, ehe nicht die Opposition in Deutschland greifbare Beweise ihrer Existenz und ihrer Entschlossenheit zur Tat geliefert hatte.

Die Kreise der deutschen Opposition aber, zu denen Haushofer Fühlung hatte, machten entscheidende Schritte damals noch weitgehend davon abhängig, daß die westlichen Gegner Deutschlands bereit sein würden, mit einem neuen Deutschland einen wenn auch wohl harten, so doch ehrenvollen Frieden zu schließen, der es insbesondere ermöglicht hätte, den deutschen Osten zu retten. –

Wenige Tage nach dem 20. Juli wurde Albrecht Haushofer von der Geheimen Staatspolizei gesucht. Ihm gelang die Flucht aus Berlin. Er ging in seine oberbayerische Heimat und wurde von tapferen Freunden, zuletzt von einer Bäuerin, verborgen gehalten. Vater, Bruder und Neffe wurden verhaftet. Anfang Dezember fand ihn die Gestapo auf einem Heuboden. Die letzten Monate seines Lebens verbrachte er im Moabiter Gefängnis in Berlin. In der Nacht des 23. April 1945 wurde er mit 14 anderen Männern, mit denen er in den letzten Monaten das Los der Gefangenschaft geteilt hatte, unweit des Moabiter Gefängnisses ohne Urteil erschossen.

[26] Vgl. Eberhard Zeller, Geist der Freiheit, Hermann Rinn-Verlag, München, 2. Auflage 1954, S. 111 f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS ROOS

JÓZEF PIŁSUDSKI UND CHARLES DE GAULLE

Ein Vergleich zweier Staatsmänner und zweier Verfassungen

I

Eine Vergleichung von Józef Piłsudski und Charles de Gaulle bringt innere Ähnlichkeiten im politischen Stil wie auch im persönlichen Schicksal beider Staatsmänner zutage. Beide hatten sich in einem weltumspannenden Kriege als Heerführer solche Berühmtheit erworben, daß sie als Retter der Nation, als Neugründer des Staatswesens gefeiert wurden, und beide regierten in den ersten Nachkriegsmonaten als „Staatschefs" mit kaum beschränkter Machtfülle. Beide sahen sich freilich rasch genötigt, Nationalversammlungen einzuberufen, die über die künftige verfassungsrechtliche Gestalt des erneuerten Staatswesens zu befinden hatten. Sowohl Piłsudski als auch de Gaulle griffen in die Konstitutionsdebatten ein, indem sie für eine starke Stellung des Staatspräsidiums plädierten; denn nur sie selbst, als die anerkannten Helden der Nation, schienen für dieses Amt in Frage zu kommen. Mit Vorliebe verlegten sie ihre Ansprachen zu solchen Anlässen auf Daten, die eine von ihnen selbst geschaffene nationale Tradition versinnbildlichten: Piłsudski bediente sich häufig des 6. August, des Jahrestages des Ausmarsches seiner Legion von 1914, während de Gaulle – beispielsweise mit seiner bekannten Rede von Bayeux 1946 – gerne den 18. Juni und damit das Datum der Gründung des „Freien Frankreich" wählte. Beide glaubten sich solcher Gedenktage umso lieber bedienen zu sollen, als sie sich selbst als geschichtliche Gestalten begriffen und das Schicksal der Nation mit dem ihrigen in eins setzten; der erste Marschall von Polen, der wohl als einziger Staatsmann seines Landes schon vor dem ersten Weltkrieg an die Erringung der polnischen Unabhängigkeit aus eigener Kraft geglaubt und sie in dem von ihm prophezeiten Zusammenbruch aller drei Teilungsmächte auch durchgesetzt hatte, um schließlich sein Polen in der „18. Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte" gegen die europäische Revolution der Bolschewiki zu verteidigen, stellte sein geschichtliches Verdienst mit derselben Offenheit dar wie de Gaulle, dem gegenüber Piłsudski nicht das Amt des Staatsschöpfers, sondern das des Befreiers und Reformators Frankreichs zufallen sollte. Jedenfalls benutzten beide Staatsmänner bei der Schilderung ihrer Taten gemäß dem Stil der Rechenschaftsberichte Cäsars und der Politiker der Großen Französischen Revolution häufig die dritte Person, eine Darstellungsform, die unter der Hülle persönlicher Zurückhaltung die überpersönliche, die schlechthin nationale Bedeutung ihrer Handlungen ins rechte Licht zu setzen geeignet schien.

Freilich suchten die solcherart angesprochenen Nationalversammlungen in ihren Konstitutionsentwürfen die Prärogativen des Staatspräsidenten nicht zuletzt deshalb zu beschneiden, weil ihnen die Gestalten der Prätendenten zu energisch, zu kraftvoll, zu populär erschienen. Die dramatische Ära der Kriegshandlungen war

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorüber, und die nun einsetzende Periode organischer innerer Aufbauarbeit bedurfte offensichtlich eher einer umfassenden Sicherung individuell menschlicher und politischer Rechte denn eines starken Staatslenkers. Nicht mehr die Zusammenfassung aller Kräfte nach außen hin, sondern vielmehr die größtmögliche innere Garantie gegen jede Machtballung glaubte man herbeiführen zu sollen. Dergestalt erzielte das System der sozialen Identifikation zwischen Nation und Führerpersönlichkeit, das sowohl Piłsudski als auch de Gaulle anstrebten, keine echten Wirkungen. Indem die neuentworfenen Verfassungen – die polnische von 1921 schloß sich bei allen formalen Anhalten an die berühmte Konstitution von 1791 doch eng an die geltende französische Verfassung von 1875 an, während die französische von 1946 die liberalen Garantien dieser noch beträchtlich erweiterte – solchen an sich achtenswerten Idealen der menschlichen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit zu dienen suchten, erniedrigten sie zugleich die Gestalt des Staatsoberhauptes zu einer bloßen Repräsentativfigur. Wenngleich eine derartige Festlegung seit Montesquieu den liberalen Anschauungen zumindest nicht widersprach, so waren doch bei den Verfassungsschöpfern auch Erwägungen im Spiel, die eine ganz bewußt ad personam gerichtete Schwächung des Staatspräsidiums guthießen. Gerade diese präventive Bestimmung gab jedoch Piłsudski und de Gaulle den Anlaß, die Wahl zum Präsidentenamt abzulehnen und sich schließlich vom Staatsleben überhaupt zurückzuziehen. Gewiß mochte für beide das Empfinden maßgebend gewesen sein, daß es nach den innerpolitischen Niederlagen namentlich in den ersten großen Wahlen ein Gebot des „fair play" darstelle, das politische Kampffeld zu räumen; größere, ja vielleicht ausschlaggebende Bedeutung dürfte jedoch die Erwartung gehabt haben, daß das Experiment einer Staatsgestaltung ohne ihre erprobte Autorität ihnen erhöhte moralische Macht verschaffen würde, daß die Stunde ihrer Wiederkehr eben um ihres Rücktritts willen um so sicherer schlagen werde.

Für Piłsudski folgten vier Jahre erzwungener Muße in seinem bescheidenen Landsitz Sulejówek, für de Gaulle über ein Jahrzehnt der Ruhe in Colombey-les-deux-Eglises. Beide Heerführer füllten die Mußezeit mit der Abfassung ihrer Kriegserinnerungen aus. Beide vermochten sicherlich die trüben Empfindungen eines König Lear, der sich nach der Verschenkung der Macht auf ein politisches Altenteil verwiesen sah, nicht völlig abzuschütteln; beide faßten schließlich, wie sie es in ihren Schriften zum Ausdruck brachten, die Berufung der verfassunggebenden Nationalversammlungen nicht eigentlich als notwendige Folge einer demokratischen Rechtskontinuität, sondern vielmehr als Gnadenakt der ihnen persönlich zugefallenen Souveränität auf. Indessen sorgten die ständigen Besuche treuer Anhänger und Mitkämpfer dafür, daß das Bewußtsein einer noch zu vollendenden nationalen Mission nicht erlosch. Die Aufgabe einer künftigen Staatsreform schien sich umso dringender zu stellen, als die Länder unterdessen in einen Strudel fortwährender Regierungskrisen versanken. Die parteipolitische Konstellation, die eine zuverlässige Mehrheitsbildung nicht erlaubte, das Absinken der Währungen, die in periodischen Rhythmen wechselnde Aufteilung der Regierungsämter innerhalb einer eng begrenzten Schicht von Politikern: all diese Erscheinungen riefen die Kritik nicht nur

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Verfassungsgegner hervor. Es war dafür gesorgt, daß kein allzu tatkräftiger Politiker das Ministerpräsidium übernehmen konnte; die längerdauernden Kabinette Grabski in Polen und Mendez-France in Frankreich vermochten diese Regel nicht außer Kraft zu setzen. Endlich wurden einflußreiche Gruppen in der Armee, unter den konservativen politischen Kräften und vor allem unter der Herrenschicht national gemischter Territorien – in Polen in den östlichen Grenzmarken, in Frankreich in den algerischen Departements – des „unwürdigen Spieles" müde und nahmen mit dem schon halb zur Legende gewordenen Heerführer Verbindung auf, um eine Staatsumwälzung zustande zu bringen. Durch eine Vereinigung Enttäuschter und Verbitterter mit Idealisten von reinen Intentionen wurde es erreicht, daß der Staatschef von einst erneut die Macht im Staate übernehmen konnte, wobei de Gaulle im Unterschied von Piłsudski wohl nur ahnender Mitwisser einer Konspiration war.

Piłsudski begann seinen Staatsstreich am 12. Mai 1926 mit einem militärischen Aufstande, und er konnte das von ihm heraufbeschworene Interregnum damit beenden, daß er am 1. Juni 1926 die Wahl eines ihm genehmen Staatspräsidenten durchsetzte. Das französische Interregnum begann fast auf den Tag genau 32 Jahre später: am 13. Mai 1958 fing jener Aufruhr in Algerien an, der zum Rücktritt der verfassungsmäßigen Regierung führte und de Gaulle am 3. Juni 1958 ein Ministerpräsidium mit besonderen Vollmachten eintrug. In beiden Staatskrisen wies das Verhalten der neuen Prätendenten ähnliche Züge auf. Beide bekundeten eine tiefe Aversion gegen die traditionellen politischen Parteien, denen die bisherige Misère des Staatslebens zur Last gelegt wurde; Piłsudski äußerte sich am 28. Mai 1926 verächtlich über die Korruption der „Fraktionen, Parteien, Klüngel, Cliquen und Konventikel", während de Gaulle am 19. Mai 1958 wegwerfend erklären konnte: „Die Parteien sind 1945 wiedergekommen wie die Emigranten 1815". Beide suchten in den Parteiungen der Staatsumwälzung in erster Linie die Einheit der Armee zu erhalten. Beide bemühten sich aber auch um eine legale Überbrückung des Interregnums, weil ihnen die Würde der überkommenen Republik als unantastbar erschien. Piłsudski leitete nach seinem gelungenen Militärputsch die Neubildung der obersten Staatsbehörden im Einklang mit dem geltenden Staatsrecht ein; de Gaulle verhinderte durch seine bekannte Proklamation, in der er bekanntgab, daß er Verhandlungen über eine Regierungsbildung aufgenommen habe, eine weitergehende militärische Aktion der algerischen Konspirateure. Dergestalt mag für beide Staatsmänner und ihre Absichten gelten, was Piłsudski am 24. Mai 1926 in die Worte kleidete: „Ich habe eine in ihrer Art einzig dastehende geschichtliche Tatsache geschaffen; ich führte so etwas wie einen Staatsstreich durch und vermochte ihn sofort zu legalisieren, ich machte eine Revolution ohne irgendwelche revolutionäre Folgen."

Mit dieser Machtübernahme freilich endet die geschichtliche Analogie. Piłsudski begnügte sich damit, die geltende polnische Verfassung durch ein Amendement geringfügig zu ändern, ließ sie aber sonst nahezu für die Gesamtzeit seiner neunjährigen Regierung wenigstens formal in Kraft. De Gaulle dagegen legte Wert

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darauf, der französischen Nation eine grundlegend neue Verfassung zu geben, bevor er sein eigentliches Regierungsprogramm in Angriff nahm. Inwieweit freilich gerade dieses Auseinandergehen der Verhaltensweisen eine innere Beziehung oder gar einen äußeren Zusammenhang der Regierungsformen beider Staatsmänner erkennen läßt – mit anderen Worten, ob de Gaulle aus den Erfahrungen Piłsudskis zu lernen suchte –, das wird im folgenden zu behandeln sein.

II

Als Charles de Gaulle am 3. Juni 1958 mit seinem Ministerpräsidium besondere Vollmachten zur Reform des Staatswesens erhielt, versprach er einmal, das Staatspräsidium und das Ministerpräsidium nicht in einer Hand zu vereinigen, zum andern aber, die parlamentarische Verantwortlichkeit des Ministerrates bestehen zu lassen. Durch das erste Zugeständnis erledigte sich jener Verfassungstypus, wie er in den Vereinigten Staaten kraft der starken Position des Präsidenten praktiziert wurde, durch das zweite die Form einer Halbdiktatur des Ministerpräsidenten, wie sie etwa der frühe Mussolini durchgeführt hatte. Mithin entschied sich de Gaulle für eine Konstitution, welche die dem französischen Denken so teuren Werte der Volkssouveränität und des Parlamentarismus zwar nicht antastete, aber wesentliche Befugnisse dem Staatspräsidenten zuteilte und sie dergestalt der parlamentarischen Kontrolle entzog. Die französische Verfassungskritik sah in dem Projekt von de Gaulle fast durchweg Elemente der bourbonischen Charte, des Orleanismus oder auch des Bonapartismus, jedenfalls Elemente der eigennationalen Verfassungsgeschichte; sicherlich gingen auch wesentliche Züge der konstitutionellen Monarchien Frankreichs in den Verfassungsentwurf ein. Dennoch aber scheint das Projekt, das de Gaulle im Juni und Juli 1958 konzipieren ließ, eher noch Ähnlichkeit mit jener Konstitution zu besitzen, die Józef Piłsudski am 23. April 1935, neunzehn Tage vor seinem Tode, in Kraft setzte.

Marschall Piłsudski hatte sich, zunächst beraten von seinem juristisch gebildeten Bruder, jahrelang mit Entwürfen für eine Konstitution beschäftigt, und er hatte sich in ihrem Interesse mit allen wesentlichen Verfassungsideen Europas und Nordamerikas vertraut gemacht. Die Notwendigkeit, gegen eine oppositionelle Parlamentsmehrheit zu regieren, die sich anbietende Zuflucht zu interpretatorischen Taschenspielerkunststückchen, zu Rechtsbeugungen und gar zu Verletzungen der jedem polnischen Herzen so teuren Rechtssicherheit, all diese Praktiken veranlaßten seine Umgebung zu dem Rate, lieber eine Verfassung zu oktroyieren und diese dann ehrlich zu halten, anstatt das Rechtsempfinden der Nation zu korrumpieren. So entstand ein Verfassungsentwurf, dessen Grundzüge Piłsudski am 26. November 1930 öffentlich bekanntgab. Das künftige Staatswesen sollte auf „drei Hauptfaktoren" beruhen, nämlich dem Staatspräsidium, der Regierung und dem Parlament, und die Konstitution sollte „so etwas wie eine Verständigung, einen Vertrag zwischen diesen drei Haupttriebkräften" enthalten. Piłsudski ließ allerdings in seinem Interview vom 13. Dezember 1930 keinen Zweifel darüber, daß er

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die im Hinblick auf seine Person geschwächte Stellung des Staatspräsidenten mit besonders großen Rechten auszustatten wünsche, um sie dann selbst zu übernehmen. Er lehnte es ab, nach Art der amerikanischen Verfassung zugleich als Ministerpräsident zu regieren; er wollte der Regierung „all das überlassen, was dem Wesen nach Regierungstätigkeit ist, und auch alles, was mit der Technik des Regierens zusammenhängt"; keinesfalls sollte der Präsident der Republik, „der höchste aller Staatsbürger", mit formalen Fragen belastet sein. Ihm sollte dagegen „völlige Freiheit auf einem anderen Gebiete der Staatsführung", nämlich dem „der Regulirung der Staatsarbeit", dem der Herstellung von „Gleichgewicht und Harmonie" im Staatsleben verbleiben. Dafür wurde ihm ein gewisses Weisungsrecht gegenüber Regierung und Parlament zugestanden; andererseits aber sollte er verpflichtet sein, „seine Entscheidungen anderen zur Durchführung zu überlassen".

An Hand dieser Grundthese Piłsudskis arbeiteten der bekannte Verfassungsrechtler Stanisław Car und der Wilnaer Richter Podoski unter der Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Walery Sławek einen Entwurf aus, der – von Piłsudski mehrfach verändert – schließlich zum Grundgesetz erhoben wurde. Neben modernen antiliberalen Theorien wirkten auf diese Konstitution insbesondere die Lehre Cars von den „sechs Gewalten im Staate" ein, die ausdrücklich den klassischen drei Gewalten Montesquieus entgegengehalten wurden; nicht mehr nur Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sollten das innere Gleichgewicht des Staates gewährleisten, sondern die sechs Funktionen des Staatspräsidiums, der Regierung, des militärischen Oberbefehls, des parlamentarischen Unterhauses, des Oberhauses oder Senates und schließlich der Jurisdiktion.

Wesentliche Elemente einer solchen Verfassungskonstruktion finden sich in der Konstitution von de Gaulle wieder, und zwar mehr noch in den anfänglichen Entwürfen als in dem endgültig angenommenen Grundgesetz. Daß in beiden Fällen nicht mehr eine parlamentarische, sondern eine präsidiale Republik angestrebt wurde, offenbarte sich schon in der äußeren Form der Verfassungsurkunden, in denen nicht mehr – wie sonst üblich – die Rechte des Parlaments als der Volksvertretung vor denen des Präsidenten und der Regierung genannt wurden, sondern in denen der Präsident als Träger der nationalen Souveränität den ersten Rechtstitel behauptete. Auch in der Verfassung von de Gaulle lassen sich die sechs Gewalten Cars feststellen, wenngleich in recht versteckter Form und unter Modifikationen, die häufig auf die Notwendigkeit einer Verfassungsschöpfung für die „Französische Gemeinschaft" – eine solche Notwendigkeit bestand schließlich für die Autoren der polnischen Verfassung nicht – zurückgingen. Lediglich der Entwurf eines starken Senates fiel im Laufe der französischen Verfassungsdebatten, zumal da er angesichts anderer, die Rechte des einstigen polnischen Präsidenten übersteigenden Befugnisse des französischen Staatsoberhauptes als nicht mehr wesentlich erscheinen mußte; übrig blieb aber etwa die Bestimmung, daß ebenso wie in Polen der Präsident des Senates – und nicht der der Nationalversammlung – den Staatspräsidenten notfalls zu vertreten habe. Wenn Piłsudski Wert darauf gelegt hatte, daß er als Staatspräsident auch einzelne Minister berufen oder entlassen können

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte, so sicherte sich General de Gaulle auch dieses Recht. Der polnische Präsident besaß die Ermächtigung, den Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu ernennen – der französische Präsident sollte dies Amt selbst ausüben, und zwar nicht nur als formeller Generalissimus ohne echte Kommandogewalt. Beide Präsidenten wurden in der Berufung der Regierung wie auch aller höheren Staatsbeamten von der parlamentarischen Investitur völlig unabhängig gemacht, und beide sollten in dem Recht, das Parlament aufzulösen oder zu einer außerordentlichen Session zu berufen, durch keinen dem Parlamente verantwortlichen Ministerpräsidenten gebunden sein. Beide endlich erhielten die Befugnis, in gewissen Fällen Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Mithin handelte es sich bei der polnischen wie auch bei der französischen Verfassungsschöpfung um eine echte Koordination der einzelnen staatlichen Gewalten in der Person des Präsidenten, und nicht nur wie in der parlamentarischen Republik um die Ausübung einer bloß formalen Staatshoheit. Wenn Piłsudski das Recht einer Herstellung von „Gleichgewicht und Harmonie" im Staatsleben für sich gefordert hatte, so legte de Gaulle diese Ermächtigung in der Verfassung dadurch fest, daß er es dem Präsidenten vorbehielt, „mit seinem Schiedsspruch" die Harmonie der Gewalten sicherzustellen, und dafür eigens einen von ihm weitgehend abhängigen Verfassungsrat vorsah.

Die Gleichartigkeit der inneren Mechanik beider Konstitutionen lag freilich tiefer begründet als in solch äußerlichen Analogien. Piłsudski hatte in seinem großen Interview vom 13. Dezember 1930 schon bestritten, daß es notwendig sei, an der ministeriellen Gegenzeichnung auch in den Fällen festzuhalten, „bei denen es sich einzig und allein um die persönliche Entscheidung in den höchsten Staatsangelegenheiten handelt". Mit dieser Feststellung rührte er an die Grundfesten der parlamentarischen Regierungsform schlechthin. Die ministerielle Gegenzeichnung bedingte schließlich die Abhängigkeit der Minister vom Parlament, bedingte die Souveränität der Nationalversammlung; sie war also der Faden, an dem in jeglicher Repräsentativ-Verfassung die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber dem im Parlament souveränen Volke hing. Mit der Postulierung eines Katalogs von „Prärogativen", die der Staatspräsident in der Konstitution Piłsudskis erhielt, von Prärogativen, zu deren Ausübung er der ministeriellen Gegenzeichnung nicht bedurfte, wurde der Grundsatz der Volkssouveränität ausgehöhlt und ihm das Prinzip der im Staatspräsidium verkörperten Staatssouveränität, der Souveränität über das Volk, gegenübergestellt. Hier fand also in der Verfassung von 1935 eine Denkweise Platz, die – von dem Staatsrechtslehrer Leopold Jaworski für Polen erstmalig formuliert – auf konservativ-monarchische Ideen zurückging.

Auch in der Verfassung von de Gaulle wurde die Entbindung des Präsidenten von der ministeriellen Gegenzeichnung für eine Reihe besonderer Staatsakte verfügt. Allerdings wurde hier nicht ein formeller Katalog von „Prärogativen" aufgestellt, sondern es wurde diese Entbindungsformel gleichsam geschäftsordnungsmäßig an versteckter Stelle angebracht. Gerade diese Einhüllung einer an sich so wichtigen Bestimmung dürfte angesichts der verfassungsrechtlichen Schulung der französischen Öffentlichkeit beabsichtigt gewesen sein – und wenn überhaupt ein Indiz dafür an-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geführt werden kann, daß de Gaulle die Konstitution Piłsudskis zu Rate gezogen haben mag, so darf es gerade in dieser Abweichung vom allenfallsigen polnischen Vorbilde gesucht werden. Gewiß war die Bestimmung einer Entbindung von der ministeriellen Gegenzeichnung auch in parlamentarischen Verfassungen, beispielsweise in dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, nicht ungebräuchlich; aber sie galt und gilt hier doch nur wenigen, einer staatsrechtlichen Interregnumsperiode vorbehaltenen Ausnahmefällen. Jedenfalls besaßen die französischen Verfassungsschöpfer auf Grund solcher formalen Ähnlichkeiten mit parlamentarischen Verfassungen die Möglichkeit, höchst bedeutsame Bestimmungen wie die des Rechtes der Parlamentsauflösung oder der Berufung der Regierung von der parlamentarischen Kontrolle unabhängig zu machen, ohne eine ausdrückliche juristische Hervorhebung dieser „Prärogativen" vornehmen zu müssen. Freilich sicherte sich de Gaulle über die Befugnisse des polnischen Präsidenten hinaus noch wichtige Ermächtigungen, so etwa das Recht, Gesetze unmittelbar zur Volksabstimmung zu bringen, oder das Recht einer Proklamation des Staatsnotstandes, das selbst den weitreichenden Notstandsartikel der Weimarer Verfassung an Wirkungsbreite noch übertraf. Wenn mithin für die letztgenannten Befugnisse, die über die moralische Diktatur hinaus zeitweilig eine echte Diktatur ermöglichen würden, eine Vorbildhaftigkeit der Piłsudski-Verfassung sicherlich entfällt, so bildeten sie doch andererseits wohl den Grund dafür, daß de Gaulle auf weniger entscheidende Bedingungen wie die eines starken Senates schließlich zu verzichten geneigt war.

III

Angesichts der inneren Ähnlichkeiten, welche die Konstitutionen Piłsudskis und de Gaulles aufweisen, ist bisweilen schon die Frage gestellt worden, ob eine direkte Nachfolgerschaft de Gaulles gegenüber Piłsudski vorliegen könnte. An sich weist eine nahezu zweihundertjährige Verwandtschaft im Verfassungsdenken der Franzosen und der Polen auf eine solche Möglichkeit hin. Die berühmte polnische Konstitution vom 3. Mai 1791, die älteste kodifizierte Verfassung Europas und die zweitälteste der Welt, hatte zum ersten Male die Ideen Montesquieus in eine verfassungsmäßige Wirklichkeit umzusetzen gesucht; andererseits war das Wort „rex regnat, sed non gubernat" ein grundlegender Satz des älteren polnischen Staatsrechtes, bevor es am 1. Juli 1830 von Thiers zum Prinzip des konstitutionell-monarchischen Denkens erhoben wurde. So empfing auch die polnische Verfassung von 1921 mancherlei eigene ältere Traditionen auf dem Umwege über die französische Verfassungsgeschichte zurück. Indessen kann eine solche innere Verwandtschaft des Verfassungsdenkens beider Nationen auch als Argument gegen eine Beziehung zwischen Piłsudski und de Gaulle angeführt werden, da sie immerhin die Möglichkeit einer Entstehung ähnlicher Konstitutionen ohne äußere Bezüge zu erklären imstande wäre. Daher stellt sich die Frage der personalen Kontakte zwischen Piłsudski und de Gaulle. Hier kann aber mit einiger Sicherheit nur dies festgestellt werden, daß jener schon früh in den Bannkreis des polnischen Marschalls geriet. Die erste

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beziehung de Gaulles zu Polen und Piłsudski während des Feldzuges von 1920 läßt sich nur ungenügend beleuchten, zumal da de Gaulle seine damalige Tätigkeit als polnischer Offizier in seinen Erinnerungen nur andeutet. Von unterrichteten Gewährsmännern wissen die einen zu berichten, de Gaulle sei im Jahre 1919 mit der Haller-Armee nach Polen gekommen, während die anderen glauben, erst die Militärmission des Generals Henrys habe ihn nach Polen geführt; im Verlaufe der Kampagne von 1920 soll er bei der Brigade des Generals Sawicki Dienst getan haben, um dann als Lehrer an der Militärschule in Modlin – oder in Rembertów – zu wirken. Jedenfalls scheint aus dieser Zeit das starke Interesse von de Gaulle an der Person Piłsudskis zu rühren, und wenn er auch den Sieger an der Weichsel offensichtlich nicht liebte, so sind doch jene hartnäckig vorgetragenen Behauptungen nicht von der Hand zu weisen, de Gaulle habe seitdem alle Piłsudskiana gesammelt, auch noch in der Zeit nach dem zweiten Weltkriege,und in seine Privatbibliothek in Colombey-les-deux-Eglises zahlreiche – zum Teil eigens für ihn übersetzte – Werke Piłsudskis eingestellt. Derartige Nachrichten erscheinen um so glaubhafter, als der militärische Genius Piłsudskis eine geradezu magische Anziehungskraft auf die Feldherrn seiner Zeit ausübte: Seeckt hatte keinen Anstand genommen, Piłsudski wegen der ihm eigenen seltenen Vereinigung der Eigenschaften eines Staatsmannes und eines Feldherrn mit Friedrich dem Großen zu vergleichen, und General Weygand, der einstige Chef de Gaulles, hatte in liebenswerter Bescheidenheit stets das Verdienst an dem Siege an der Weichsel Piłsudski zugesprochen.

Im zweiten Weltkriege sollte de Gaulle seine personellen Beziehungen zum Polentum enger knüpfen. Der Chef des „Freien Frankreich" kannte nach eigenem Zeugnis den Staatspräsidenten Raczkiewicz, den Ministerpräsidenten Sikorski („cet homme éminent"), die Minister Zaleski, Raczyński und Kukiel recht wohl, vor allem aber den polnischen, bei seiner Regierung in Algier akkreditierten Botschafter, Kajetan Morawski. Persönliche Kontakte namentlich zu den Führern der polnischen Nationaldemokratie kamen hinzu. Endlich bekannten sich als direkte Anhänger de Gaulles einige Abkömmlinge der einstigen „Großen Emigration", die freilich längst zu Franzosen geworden waren: die Familie Lipkowski und vor allem Gaston Palewski, einst Delegierter des „Freien Frankreich" in Ostafrika und sodann unter de Gaulles zweiter Regierung Botschafter in Rom. Endlich mag noch die enge Beziehung zu Leon Noël Erwähnung finden, der als französischer Botschafter in Warschau in den Jahren 1935–1939 sich zum besonderen Kenner der Piłsudski-Verfassung bildete, um dann als Präsident des französischen Verfassungsrates über die Konstitution de Gaulles zu wachen.

Freilich vermögen all diese Bezüge nichts darüber auszusagen, ob de Gaulle die polnische Verfassung von 1935 wirklich untersucht und geprüft hat. Ein Indiz spricht allerdings dafür. Als de Gaulle das „Freie Frankreich" begründete, handelte er wenigtens formell als Aufrührer gegen die rechtmäßige Regierung Frankreichs. Damals, seit dem Juni 1940, trat er in näheren Kontakt zu Sikorski, jenem Sikorski, der auf Grund der geltenden polnischen Verfassung, und zwar gemäß dem Artikel XIIIb, und gemäß der Übertragung der Staatshoheit von dem Präsidenten Mościcki

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an Raczkiewicz, die Regierung der Republik Polen im Exil weiterführen konnte. Die staatsrechtliche Konstruktion der Piłsudski-Verfassung ermöglichte mithin den staatsrechtlichen Fortbestand Polens, trotz der Debellation des Landes, trotz anderslautender Völkerrechtstheorien und trotz der Tatsache, daß die Mitglieder der Regierung Sikorskis in Opposition zu Piłsudski gestanden hatten. Gewiß sah de Gaulle nicht ohne eine gewisse Eifersucht auf die stärkere Position von Sikorski, und hierin mag ein Grund für die Spannungen zu suchen sein, die damals zwischen Sikorski und de Gaulle bestanden, vielleicht aber auch ein Motiv für eine allenfallsige Beschäftigung mit einer Konstitution, die dem Exilregierungschef eine solche Machtfülle zuteilte. Anklänge solcher Empfindungen de Gaulles finden sich in seinen Erinnerungen, in denen er über Sikorski schrieb: „Car, s'étant naguère opposé à la politique du maréchal Piłsudski, puis à l'outrecuidance de Beck et de Rydz-Smigly, il se trouvait, depuis le désastre, investi de tout le pouvoir dont puisse disposer un état en exil."

IV

Nach allen genannten Indizien bleibt die Frage einer direkten Vorbildhaftigkeit der Verfassung Piłsudskis für die von de Gaulle eine offene Frage, und die These, es läge eine solche vor, bliebe eine bloße Hypothese. Immerhin weist neben der Art der Machtübernahme und des Verfassungsentwurfes auch die Führung der Innenpolitik de Gaulles gewisse Ähnlichkeiten mit der Ära des „bartlowanie" auf, mit der Piłsudski seine Herrschaft einleitete. Vorsicht und Mäßigung im Gebrauch der an sich gegebenen Macht, Wahrung der parlamentarischen Formen und Zurückhaltung in Tagesfragen sind de Gaulle und dem Piłsudski von 1926–1928 gemeinsam. Wenn die neugegründete „Union pour la Nouvelle République" bei ihrer Gründung feststellte, sie sei „en dehors de partis traditionnels, un mouvement d'un style nouveau, utilisant des méthodes nouvelles", so erhob auch der „Nicht parteigebundene Block der Zusammenarbeit mit der Regierung" Piłsudskis diesen Anspruch. Beide Bewegungen rekrutierten sich aus verschiedenen Gruppen der älteren Parteien sowie aus einem Zentrum der direkten Anhänger des Staatslenkers, und beide schrieben die „moralische Gesundung" des politischen Lebens auf ihre Fahnen. Auch vermag die Erhöhung des geschichtlich geformten Patriotismus, die de Gaulle durch Pflege regionaler Traditionen, durch die Verherrlichung der „Kreuzritter mit dem Lothringerkreuz", durch die Zuneigung zu den altfranzösischen Provinzen bekundet, in etwa an die Liebe zu erinnern, mit der Piłsudski sein Heimatland Litauen umgab, und an die ihm eigene Glorifizierung des östlichen Grenzmarkenadels.

Freilich dürfen gerade aus der Kenntnis des Schicksals Piłsudskis Bedenken bezüglich der Verfassung und der Regierungsform de Gaulles vorgebracht werden. Die polnische Konstitution von 1921, die französische von 1946 waren in negativem Sinne „ad hominem" konstruiert, und dergestalt entwarfen sowohl Piłsudski als auch de Gaulle Verfassungen, die umgekehrt in besonderem Maße auf die Person ihrer Schöpfer zugeschnitten waren. Piłsudski starb, bevor er seine Schöpfung in

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Praxis zu erproben Gelegenheit hatte, und sie wurde im Verein mit einer sehr unglücklichen Wahlordnung seinem Lande innerpolitisch zum Verhängnis, zumal da sie die echten politischen Kräfte von der Verantwortung weithin ausschloß und überdies kleinlichen Machtkämpfen der Epigonen Tür und Tor öffnete. Die einst so elastische Hand Piłsudskis war steif geworden, als er die Zügel des Staates übernahm; aus dem begeisternden Revolutionär, dem glühenden Patrioten, dem Parteigründer und Staatsschöpfer, dem genialen Feldherrn war längst ein kränkelnder, launenhafter und mißtrauischer Staatsmann geworden, der seinen einst so bezaubernden Charme nur noch selten spielen ließ und sich nicht scheute, seinen eigenen Ministerpräsidenten Bartel durch Konfidenten überwachen zu lassen. Die Tragödie des Alterns, die den Prinzen Eugen von Savoyen nach siebzehn ruhmreichen Siegen im polnischen Erbfolgekrieg keine Bataille mehr wagen ließ, die den Kaiser Franz Josef von den längst notwendigen Reformen abhielt, sie hatte auch Piłsudski gezeichnet. Als er an seinem Lebensabend die Staatsmacht übernahm, besaß er außer der fast mystischen Vorstellung eines Dienstes an Polen, außer dem Satze: „In einem Staate darf es nicht zu viel Unrecht geben, wenn er nicht zugrunde gehen soll", kein staatspolitisches Programm. Dergestalt kam die allzuspät entworfene Verfassung vom 23. April 1935 schwachen und unbegabten, und überdies intriganten Nachfolgern zugute, die es zuwege brachten, den zum Staatspräsidenten designierten Walery Sławek, der bei all seiner persönlichen Härte doch ein lauterer, liebenswerter und unpraktischer Idealist war, aus der Macht zu drängen. Offenbar waren es Befürchtungen solcher Art, Ängste insbesondere um die Frage der Nachfolge, welche die französischen Kritiker der Verfassung de Gaulles zu herben Urteilen und bangen Prophezeiungen veranlaßten. In ihrem Namen hat Maurice Duverger den Satz geprägt: „Man kann de Gaulle nicht institutionalisieren."

Ein zweiter Bezug, der die eingangs aufgeworfene Hauptfrage wieder aufnimmt, vermag das innere Verhältnis von de Gaulle zu Piłsudski noch besser zu beleuchten. Der Erste Marschall von Polen hatte sich bei seiner Machtübernahme mit der faktischen Macht begnügt, ohne sie durch Institutionen zu sichern; er glaubte sich trotz des allgemeinen Staatsnotstandes mit einer moralischen Diktatur, einer – wie das Theodor Eschenburg ausdrückte – „Schutzdiktatur", begnügen zu sollen. Wenn Piłsudski gleich mit dieser Verfahrensart seiner zurückhaltenden Denkweise ein schönes Zeugnis ausstellte, so brachte er doch die erwünschte Lenkung der formal fortbestehenden Demokratie, die Bildung einer politischen Elite, nicht zustande. Bald trat sein moralischer Anspruch gegen den der Volkssouveränität auf, seine Elite gegen die des Parlamentes, seine subjektive Rechtsauffassung gegen die ältere, an sich legitime der früheren Politiker. Dergestalt erwies sich der Konflikt zwischen der faktischen, nicht aber formell legitimierten Macht und den machtlosen, jedoch formell legitimen Parlamentsinstitutionen als unabwendbar. Es sprach für die hohe Einschätzung, die Piłsudski dem empfindsamen Rechtsgefühl seiner Nation zubilligte, wenn er von einem „18. Brumaire" trotz einiger Vorbereitungen hierzu mehrfach Abstand nahm. Allerdings glaubte er im Sommer und Herbst 1930 der Ära der gelenkten Wahlen und der widerrechtlichen Einkerkerung von rund

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

70 Politikern auf der Festung Brześć Litewski nicht entraten zu können. Obgleich gerade diese Affäre erwies, wie himmelweit sich der Marschall von den Diktatoren seiner Zeit unterschied, so sollte ihm doch dieser Rechtsbruch die letzten Jahre seines Lebens verdüstern. Mitten in der Zeit der Verfassungsdebatten, im Dezember 1935, ließ er Hitler vor einer ungesunden und schädlichen „Überspannung der Diktaturmaßnahmen" warnen, und er legte eindringlich dar, daß nach den Worten Goethes erst die Beschränkung den Meister ausmache. Indem er an die Sage von Alexander dem Großen und Bukephalos erinnerte, machte er bildhaft, daß die Bändigung des Volkes nur einem Meister gelänge, gleichsam einem Reiter mit weicher Hand. Gerade hierbei erinnerte er auf eine urbane Art daran, wie schmerzlich er den Mißgriff von Brześć selbst empfand. Wenn auch diese Worte einem Hitler gegenüber in den Wind gesprochen waren, so bezeugten sie doch die Sorge Piłsudskis um das verscherzte Vertrauen seiner geliebten Nation. Er wußte, daß er von nun an nur noch mit Handlangern würde regieren können, daß auch die ihm noch verbliebenen Anhänger sich der Affäre von Brześć insgeheim schämten. Er kannte die Stimmung der Polen, welche die Dichterin Maria Dabrowska anläßlich der Einkerkerungen in die Worte gekleidet hatte: „Die moralische Verbundenheit der Regierungen mit der Mehrheit der Bevölkerung ging verloren. Von nun an stellten sich alle, sogar die von redlichstem und bestem Willen diktierten Versuche einer Wiederherstellung dieser Verbundenheit als vergeblich heraus."

Hier könnte eine Bestätigung dafür gesucht werden, daß de Gaulle – freilich auf eine ihm eigene Weise – aus den Fehlern Piłsudskis zu lernen versuchte. Indem er entgegen Piłsudski die Verfassungsschöpfung an den Anfang seiner Regierungstätigkeit setzte, glaubte er offenbar dem Konflikt zwischen nicht legalisierter Macht und altlegalen Institutionen entgehen zu können. Ein Regieren in Mäßigung und Zurückhaltung, mit echter grundsätzlicher Bereitschaft zu Kompromissen, ein Regieren, das die Reserven der verfassungsmäßigen Machtmittel nur im Notfalle einzusetzen bereit ist, das scheint dem politischen Stil von de Gaulle zu entsprechen. Immerhin aber zeigt sich eine solche „potentielle Diktatur" begabt mit staatsrechtlich – und nicht nur moralisch – verankerter Macht, und sie würde im Konfliktsfalle die gesetzliche und nicht die ungesetzliche Gewalt auf ihrer Seite sehen. Es bedarf keines Nachweises, daß diese Schutzdiktatur ihrem Wesen nach der klassischen Demokratie näher steht als der klassischen Diktatur. Dennoch aber wäre der Konfliktsfall vielleicht imstande, der Herrschaftsform der präsidialen Republik einen Scheideweg aufzuzeigen. Sie würde sodann entweder auf eine schlechthinige Diktatur hinausführen, oder aber zu einer klassischen Demokratie zurück sich bilden müssen.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

PETER GRAF KIELMANSEGG

DIE MILITÄRISCH-POLITISCHE TRAGWEITE DER HOSSBACH-BESPRECHUNG

Wer versucht, sich über die Bedeutung des 5. November 1937 für das Verhältnis Hitlers zum deutschen Heer Klarheit zu verschaffen, muß vor allem die Frage stellen: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Enthüllung des Hitlerschen Willens zum Angriffskrieg an diesem Tage und der Krise des Heeres im Winter 1937/38? Hermann Gackenholz hat in einem Aufsatz in der Festschrift für Fritz Hartung[1] diese Frage mit „nein" beantwortet. Er hat darüber hinausgehend gemeint, daß sich in jenem Winter die bestehenden Machtverhältnisse gar nicht gewandelt hätten, da Hitler sich schon seit August 1934 als „Herr der Wehrmacht gefühlt und dementsprechend gehandelt" habe[2]. Damit würde natürlich die Frage nach der Bedeutung des 5. November 1937 für das Heer hinfällig. Beide Thesen bedürfen aber der Nachprüfung.

Was zunächst die Entlassung des Reichskriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg betrifft, so ist es in der Tat unmöglich, sie mit den Ereignissen des 5. November 1937 in Verbindung zu bringen. Die Entwicklung, die zu Blombergs Sturz führte, kam für Hitler sicherlich überraschend. Zwar trennte er sich unter dem Gewicht der gegen Blomberg erhobenen Vorwürfe entschlossen von seinem Kriegsminister, aber er tat es nicht leichten Herzens. War doch Blomberg in seiner gläubigen Führertreue ein höchst brauchbarer Mitarbeiter Hitlers und der geeignetste Mittler zwischen Nationalsozialismus und Heer gewesen. Blombergs Verhalten am 5. 11. 1937 spielte aber auch der Sache nach bei seiner Entlassung keine Rolle. Denn Hitler wußte spätestens seit dem 13. 12. 1937, daß die Einwände, die Blomberg am 5. 11. 1937 vorgetragen hatte, nicht Zeichen grundsätzlicher Bedenken gegen seine Pläne waren, ja, daß sie nicht einmal die Bereitschaft des Feldmarschalls beeinträchtigten, der Verwirklichung eben dieser Pläne zu dienen. Im Reichskriegsministerium hatte man sich unverzüglich daran gemacht, Hitlers Absichten in militärische Planungen umzusetzen. Schon am 13. 12. 1937 hatte Blomberg Hitler einen Nachtrag zur „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht" vom 24. 6. 1937[3] vor-

[1] Hermann Gackenholz, Reichskanzlei, 5. November 1937. Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 459ff.

[2] A. a. O., S. 484: „Man darf sich durch den äußeren Umbau der Spitzengliederung nicht täuschen lassen: an den bestehenden Machtverhältnissen änderte sich nichts. Von dem Tage an, als Hitler die Nachfolge Hindenburgs antrat und die Soldaten auf Blombergs Befehl den Eid auf das neue Staatsoberhaupt leisteten, hatte er sich als der Herr der Wehrmacht gefühlt und dementsprechend gehandelt."

[3] IMT, XXXIV, S. 732ff. Der Nachtrag vom 7. 12. 1937 IMT, XXXIV, S. 745ff. Anlagen dazu: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, VII, Baden-Baden 1956, S. 547ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelegt[4], der – aus eigener Initiative von Jodl vermutlich unter Benutzung der Hoßbachniederschrift angefertigt[5] – Hitlers Darlegungen berücksichtigte und sie zur Grundlage neuer, im Hinblick auf die Tschechoslowakei unter Umständen offensiver Operationspläne zu machen befahl.

Hitler hat die Fritsch-Krise mit dem Sturz Blombergs unmittelbar verknüpft. Dies ist natürlich zunächst darauf zurückzuführen, daß eine Regelung der Nachfolge Blombergs ohne Rücksichtnahme auf einen in seinem Amt verbleibenden Fritsch kaum denkbar gewesen wäre und daß schon das Ausscheiden Blombergs eine für Hitler unerwünschte Steigerung der Bedeutung Fritschs und seiner Stellung als Oberbefehlshaber des Heeres im Rahmen der Wehrmacht mit sich zu bringen drohte. Daß er den Fall Fritsch mit dem Fall Blomberg verknüpfen konnte, bot Hitler andererseits den großen Vorteil, sein anfechtbares, ja verwerfliches Verhalten gegenüber Fritsch mit seinem unanfechtbaren Verhalten gegenüber Blomberg decken zu können. Aber diese Verknüpfung sollte nicht die Erkenntnis verstellen, daß der 5. 11. 1937 für den Sturz Fritschs eine andere Bedeutung gehabt haben kann als für den Sturz Blombergs, obwohl beide Generale auf Hitlers Darlegungen fast gleichartig reagierten. Gerade weil das Verhältnis zwischen Hitler und Fritsch ganz anders war als zwischen Hitler und Blomberg, weil Fritschs Stellung bereits angefochten war, erscheint es möglich, daß das gleiche Verhalten für den anderen Mann andere Folgen hatte. Was bei Blomberg allenfalls das Bild des loyalen Dieners trübte – und auch das nur vorübergehend –, konnte bei Fritsch eine entscheidende Bestätigung eines schon länger gehegten Argwohns sein.

Gackenholz stützt seine Auffassung darauf, daß der Einspruch der Generale vor allem in der Form des Hinweises auf die Gefahren einer englisch-französischen Einmischung in den geplanten Krieg gegen die Tschechoslowakei erfolgt sei. Das habe Hitler nicht als grundsätzlichen Widerspruch zu seiner Politik ansehen können, zumal er selbst eine solche Einmischung habe vermeiden wollen. Ihm sei der warnende Hinweis allenfalls als ein Eingriff der Generale in außenpolitische Fragen erschienen, dem keine praktische Bedeutung zukomme. Nicht eine außenpolitische Meinungsverschiedenheit, sondern die innerpolitische Entwicklung habe zum Sturze Fritschs geführt[6].

Diese scharfe Trennung erscheint zu schematisch. Für Hitler gab es nur dienende Anhänger oder Gegner – das Gesamtverhalten eines Menschen entschied über seine Einreihung. Für Hitler zählte Fritsch – jedenfalls zum Zeitpunkt seines Sturzes – zu den Gegnern, und dafür war seine Haltung gegenüber Hitlers außenpolitischen Plänen offenbar nicht unwesentlich. Hitler selbst hat 1939 gesagt: „Ein politischer Führer kann bei der Durchführung seiner Absichten keinen Oberbefehlshaber brauchen, der bei allem nicht nur militärische, sondern auch politische Schwierigkeiten sieht und sich deshalb dem Staatsoberhaupt versagt[7]." Damit stimmt über-

[4] Jodls Tagebuch, IMT, XXVIII, S. 345ff., Eintragung vom 15. 12. 1937.

[5] Dazu Gackenholz, a. a. O., S. 476.

[6] A. a. O., S. 474.

[7] Johann Adolf Graf Kielmansegg, Der Fritschprozeß, Hamburg 1949, S. 35.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein, was Göring kurz nach dem 4. Februar 1938 zu dem englischen Botschafter Henderson sagte: Fritsch habe gehen müssen, weil er Hitlers Außenpolitik nicht gebilligt habe[8]. Diese Äußerungen müssen mit den innerpolitischen Momenten zusammen gesehen werden. Gackenholz meint, das Problem „Politik und Kriegführung", das am 5. 11. 1937 zur Debatte stand, habe beim Sturze Fritschs keine Rolle gespielt, denn dieses Verhältnis sei im Sinne Hitlers in Ordnung gewesen, was die Besprechung vom 5. 11. 1937 selbst und die nachfolgenden Aufmarschpläne bewiesen[9]. Auch hier zerreißt die schematische Trennung, die „Ressorttrennung", die es in Hitlers Denken nicht gab, wesentliche Zusammenhänge. Im übrigen wurden jene neuen Aufmarschpläne während Fritschs zweimonatigem Urlaub entworfen, und Hitler hat rückschauend dem gestürzten Fritsch besonders zum Vorwurf gemacht, daß auf dessen Veranlassung die Mobilmachungspläne „nicht auf einen Offensivkrieg zugeschnitten" worden seien[10]. Kurz, Hitler entließ Fritsch, weil er – aus welchen Gründen auch immer – in ihm nicht den Mann sah, mit dem er seine Kriege vorbereiten und führen konnte. Insoweit war das Verhältnis „Politik und Kriegführung" – immer in Hitlers Sinne – nicht in Ordnung.

Diese Überlegungen zeigen, daß es bedenklich ist, den 5. 11. 1937 aus der Vorgeschichte des Sturzes Fritschs und damit der gesamten Krise auszuklammern. Daß Fritsch sich „den politischen Plänen des Staatsoberhauptes versagte", ist Hitler am 5. 11. 1937 gewiß besonders deutlich geworden, denn früher hatte er Fritsch nie mit solcher Ausführlichkeit über diese Pläne unterrichtet. Wenn am 9. 11. 37 noch eine weitere Besprechung zwischen Hitler und Fritsch stattfand, in der Fritsch – wie mit Neurath vereinbart – seine Bedenken ausführlicher vortrug[11], mag diese Unterredung bei Hitler weiter gewirkt haben. Zwar erwähnt Fritsch in seiner Niederschrift vom 1. Februar 1938[12] weder den 5. 11. noch den 9. 11. 1937. Das entspricht indes seiner Gesamthaltung, die ihn – zunächst jedenfalls – die Urheberschaft der Intrige gegen ihn bei Himmler und Göring, nicht aber bei Hitler suchen ließ. Auch mag Hitler sich am 9. 11. 37 zurückgehalten haben. Ihm mußte die Beseitigung Fritschs als ein schwieriges Unterfangen erscheinen, das nur bei geeigneter Handhabe in Angriff genommen werden konnte. So mag es sich erklären, wenn Fritsch aus jenen Unterredungen keinen entscheidend negativen Eindruck mitnahm.

Aus der Tatsache der Besprechung am 5. 11. selbst kann man folgern, daß Hitler eine weitere Zusammenarbeit mit Fritsch zu diesem Zeitpunkt noch für möglich hielt. Das gleiche darf man der Aussage Görings über Hitlers Worte vor dieser Besprechung entnehmen[13]. Andererseits muß am 25. 1. 1938, als die Fritschakte

[8] Henderson, Failure of a Mission, London 1948, S. 108.

[9] A. a. O., S. 484.

[10] Vgl. Kielmansegg a. a. O., S. 104 a. Gr. eines Zeugnisses des damaligen Heeresadjutanten bei Hitler, Hptm. Engel.

[11] Dazu Gackenholz a. a. O., S. 472 mit Fußnote 20.

[12] Abgedruckt bei Hoßbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 68ff.

[13] Dem Generalobersten v. Fritsch solle etwas Dampf gemacht werden, damit er die Aufrüstung beschleunige. IMT, IX, S. 344.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf seinen Schreibtisch kam, der Entschluß Hitlers schon festgestanden haben, Fritsch zu beseitigen. Göring und Himmler müssen schon vorher einen Wandel in der Einstellung Hitlers gekannt haben, sonst hätten sie es nicht gewagt, eine Akte vorzulegen, deren Verbrennung Hitler zwei Jahre zuvor befohlen hatte. Fritsch war, wie gesagt, in den beiden dazwischen liegenden Monaten auf Urlaub. Unter diesen Umständen erscheint es unmöglich, den Ereignissen des 5. 11. 1937 jede Bedeutung für Hitlers Sinneswandel abzusprechen. Gackenholz hat sicher recht, wenn er sagt, die allgemeine Diskrepanz zwischen Parteistaat und Heer habe zur Entscheidung gedrängt[14]. Aber es gab, wie wir gesehen haben, noch besondere Differenzen zwischen Hitler und Fritsch. Und daß diese Gegensätze gerade im Winter 1937/38 zum Ausbruch kamen, daß Hitler jetzt plötzlich bereit war, Fritsch zu Fall zu bringen, läßt sich schwerlich ohne Berücksichtigung des 5. 11. 1937 erklären. Nur die Zusammenschau der innen- und außenpolitischen Faktoren, der Probleme „Politik und Kriegführung" und „Heer und Parteistaat" ermöglicht eine ausreichende Deutung.

Die Fritschkrise war eine Krise des ganzen Heeres. Ihre Auswirkungen erstreckten sich auf das Heer in seiner Gesamtheit. Hitler hat in ihrem Verlauf ein neues Verhältnis zum Heer gewonnen – das muß gegen Gackenholz gesagt werden –, und dieses neue Verhältnis prägte sich aus in einem neuen Stil der Heerespolitik Hitlers. Vollendet wurde diese Tendenz zu Eingriffen in das Heer im Kriege, als Hitler in wahnwitziger Überspannung bemüht war, jeden Einzelvorgang an seinen Willen zu binden. Dieser Stilwandel soll an zwei Beispielen deutlich gemacht werden: an der Personalpolitik und an der operativen Planungsarbeit.

Nach Hoßbachs Aussage enthielt sich Hitler bis zur Fritschkrise jeder Einwirkung auf die Personalpolitik, ja, er pflegte die meisten Ernennungen ungelesen zu unterzeichnen[15]. Es ist kein Fall bekannt, in dem er eigene personalpolitische Wünsche geäußert und gegen das Heerespersonalamt durchgesetzt hätte. Allein bei der Ernennung Fritschs zum Nachfolger Hammersteins widerstrebte Hitler und konnte nur durch starken Druck Hindenburgs zum Einlenken gezwungen werden. Ein ganz anderes Bild bietet sich von dem Augenblick an, da die Suche nach dem Nachfolger Fritschs beginnt. Zwei Tage, nachdem Hitler sich entschlossen hatte, mit Hilfe der von Göring vorgelegten Akte Fritsch zu stürzen, begannen seine personalpolitischen Ziele deutlich zu werden.

Keitel, der Chef des Wehrmachtamtes, wurde zum Führer gebeten. Blombergs verhängnisvoller Rat hatte Hitler an diesen ihm ganz unbekannten Mann verwiesen, und Hitler bediente sich seiner im weiteren Verlauf der Krise mit großem Erfolg, wobei er den tiefen Gegensatz zwischen Wehrmachtamt und Heeresführung meisterlich zur Irreführung Keitels und Jodls ausnutzte. Beide haben nie begriffen, um was es in Wahrheit ging[16]. Hitler deutete am 27. 1. 1938 an, daß er „in absehbarer Zeit" einen Wechsel in der Führung des Heeres eintreten lassen müsse. Kein Wort

[14] A. a. O., S. 474.

[15] Hoßbach a. a. O., S. 44.

[16] Dazu und zum Folgenden Jodls Tagebuch vom 27. u. 28. 1. 38 (IMT, XXVIII, S. 358ff.).

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von den Vorwürfen gegen Fritsch, kein Wort davon, daß er im Falle seiner Schuld gehen müsse. Die Namen, die Jodl im Zusammenhang mit der Nachfolge notierte, sind sicher auch in dem Gespräch genannt worden: Schulenburg, der Generalstabschef des Kronprinzen im ersten Weltkrieg, Rundstedt, Stülpnagel – mit dem bemerkenswerten Zusatz „nicht loyal" – und Reichenau. Dieser Name wurde zweifellos von Hitler in das Gespräch geworfen und enthüllt die Ziele Hitlers. Reichenau, damals Kommandierender General in München, war der Nationalsozialist unter den Generalen, ein überzeugter Anhänger Hitlers, über den sich Hitler einen ungehinderten Einfluß auf das Heer versprechen mochte. Am folgenden Tag, dem 28. Januar, war Keitel wiederum bei Hitler. Jetzt offenbarte ihm Hitler die Vorwürfe, die gegen Fritsch erhoben wurden, und seinen definitiven Entschluß, Fritsch zu beseitigen. Zugleich nannte er erneut den Nachfolger seiner Wahl: Reichenau. Keitel riet ab, weil er die Verhältnisse im Heer gut genug kannte, um zu wissen, daß die Ersetzung Fritschs durch den jungen, ehrgeizigen Reichenau, ganz unabhängig von dessen militärischen Fähigkeiten, ernste Unruhe bei den älteren Generalen auslösen würde. Stattdessen schlug er die Generale Ritter von Leeb und von Brauchitsch vor und ließ Brauchitsch noch am gleichen Tage aus Leipzig kommen.

In der Auseinandersetzung über die Frage Brauchitsch oder Reichenau zeigte sich nun sehr deutlich, daß es Hitler nicht nur um die Person Fritschs ging, sondern um die Beseitigung der Schranken, die bisher dem nationalsozialistischen Einfluß auf das Heer noch gesetzt waren. Keitel wußte vermutlich aus den Besprechungen vom 27. und 28. Januar, welche Forderungen Hitler an den neuen Oberbefehlshaber stellte, und er trug sie Brauchitsch vor: Er müsse das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranführen. Ferner müsse er, wenn nötig, einen Chef des Generalstabs von gleicher Gesinnung nehmen, ein erster Vorstoß also gegen Beck. Diese Forderungen enthüllten nicht nur Hitlers Absichten, sie werfen zugleich ein Licht auf das Verhältnis des Heeres zum Nationalsozialismus, wie es sich Hitler zu diesem Zeitpunkt darstellte. Brauchitsch akzeptierte beide Forderungen. Am 31. Januar empfing Hitler Rundstedt, den rangältesten General, der aus Königsberg herbeigerufen worden war[17]. Wieder schlug er Reichenau vor, nachdem er Rundstedt über den Fall Fritsch informiert hatte. Rundstedt, der seine Überzeugung von der Schuldlosigkeit Fritschs sehr nachdrücklich zum Ausdruck brachte, und dessen Rehabilitierung nach dem Prozeß forderte, lehnte, wie Keitel richtig vorhergesehen hatte, Reichenau im Namen des Heeres ab. Er schlug Beck vor, den Hitler seinerseits ablehnte. Für seinen zweiten Vorschlag, den schon in Berlin weilenden Kandidaten Brauchitsch, fand Hitler die Zustimmung Rundstedts. Gleichwohl war die Frage noch nicht entschieden. Trotz der weitgehenden Zustimmung zu den durch Keitel ihm vorgetragenen Forderungen Hitlers hatte Brauchitsch offenbar doch einige Bedenken, sich ganz zu unterwerfen. Am

[17] Dazu Rundstedts Niederschrift, abgedruckt bei Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1950, S. 102f.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

28. Januar notierte Jodl zwar: „Auch zu einem Wechsel in der Führung und Einstellung des Personalamts ist er [Brauchitsch] bereit", aber am 2. Februar folgt die Notiz, Brauchitsch habe in einer Personalbesprechung mit Göring und Keitel am Vortage geäußert, die weiter nötigen Personaländerungen müsse er sich erst überlegen; das eile nicht. Brauchitsch schwankte also offensichtlich in den zähen Verhandlungen dieser Tage und scheute die volle Unterwerfung.

Das schien den Ausschlag zu Gunsten Reichenaus zu geben. „Entschließt sich v. Brauchitsch nicht, dann nimmt der Führer doch General von Reichenau", notierte Jodl am 2. 2., und am folgenden Tage in heller Verzweiflung, da ihm diese Entscheidung in eine schwere Krise, ja Katastrophe zu führen schien: „Der Führer und Göring neigen immer mehr zu Reichenau. Ein großer Teil der älteren Generale wird gehen, Beck wird nicht bleiben. Halder wird sich nicht dazu herbeilassen, den Generalstabschef von Reichenau zu machen." Hitlers Programm war also: entweder Reichenau oder Brauchitsch, aber dann sofort ein neuer Heerespersonalchef. Hitler wußte, daß er das Personalamt erobern mußte, um das Heer wirklich fest in die Hand zu bekommen, und folgerichtig stand der Kampf um das Personalamt im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Nachfolge Fritschs. „Personaländerungen im Personalamt sind eine conditio sine qua non", notierte Jodl am 2. 2. im Zusammenhang mit dem Zögern Brauchitschs. Es folgt der interessante Zusatz: „Führer hat sie schon immer gewünscht. Blomberg [habe] versprochen, es Fritsch zu sagen, aber nichts sei geschehen."

Hier wird deutlich, daß das Heer unter Fritsch noch einen Grad innerer Unabhängigkeit besaß, den Hitler nicht mehr dulden wollte. Mit seiner Forderung, den Heerespersonalchef General v. Schwedler, der bisher gegen jedes Eindringen des Nationalsozialismus in das Heer Front gemacht hatte, und zwei seiner Abteilungschefs zu ersetzen[18], griff Hitler die entscheidende Bastion des Heeres an, die bisher seinem Einfluß entzogen war. Als Brauchitschs vorübergehende Bedenken gegen die neue Personalpolitik – Hitlers conditio sine qua non – Reichenaus Chancen hoch steigen ließen, war es offenbar Keitel, der in einer erneuten Besprechung am Nachmittag des 3. Februar Hitlers Entscheidung zugunsten Brauchitschs herbeiführte. Er konnte das unbedenklich tun, denn Brauchitsch hatte zuletzt doch alle Forderungen angenommen, ja sogar hinzugefügt, den größten Teil der Änderungen hätte er schon von sich aus vorgenommen. Schwedler ging mit seinen beiden Abteilungschefs, an seine Stelle trat der jüngere Bruder Keitels. Alle Generale, die Hitler namentlich genannt hatte, wurden seinem Wunsche entsprechend entlassen oder versetzt, darunter sechs Kommandierende Generale und der stellvertretende Chef des Generalstabes, General v. Manstein. Ebenso wurde Hitlers generellem Wunsche nach einer Verjüngung der Generalität entsprochen. Man kann nicht umhin, dies als eine Kapitulation Brauchitschs zu bezeichnen, mit der wesentliche Hindernisse aus dem Wege geräumt wurden, die dem Zugriff Hitlers auf das Heer noch entgegenstanden.

---

[18] Hoßbach a. a. O., S. 143.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was dies bedeutete, wird klar, wenn man hier noch einmal jenen Wandel in der operativen Planungsarbeit in Betracht zieht, an welchem, wie gesagt, Blomberg noch beteiligt war, während Fritsch offenbar wegen seiner Abwesenheit in Ägypten keine Gelegenheit hatte, zu den Auswirkungen der am 5. 11. 1937 enthüllten Kriegspläne Hitlers Stellung zu nehmen. Bis zum Winter 1937/38 war hinsichtlich der operativen Planung die durch die strategische Lage Deutschlands gebotene Routinearbeit geleistet worden[19]. Hitler hatte daran keinen Anteil genommen[20]. Das gilt auch noch für die „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht" vom 24. 6. 1937[21]. Bestimmte Pläne Hitlers haben sich in ihr noch nicht niedergeschlagen. Einige Formulierungen, die auf eine Angriffsabsicht gegenüber der Tschechoslowakei hindeuten, sprengen doch noch nicht den im ganzen defensiven Charakter der Weisung. Bis zu einem gewissen Grade spiegeln sie wohl die Unsicherheit der Wehrmachtführung selbst über die Pläne der politischen Führung wider, eine Unsicherheit, die auch dadurch bewiesen wird, daß die Ausführungen Hitlers am 5. 11. 1937 für alle Beteiligten höchst überraschend kamen. Der Übergang von der in eigener Verantwortung geleisteten militärischen Routinearbeit zur Vorbereitung konkreter Aggressionen vollzieht sich mit dem Nachtrag zur Weisung vom 24. 6. 1937, der das Datum des 7. 12. 1937[22] bzw. (in der Anlage) das des 21. 12. 1937[23] trägt. Dieser Nachtrag ist das unmittelbare Ergebnis der Besprechung vom 5. 11. Die Neubearbeitung ging zwar nicht auf einen Befehl Hitlers zurück. Dessen bedurfte es nicht. Jodl ergriff sofort die Initiative, vermutlich weil er durch die rasche Vorlage einer Wehrmachtweisung der Luftwaffe Zügel anlegen wollte[24]. Gleichwohl ist es die erste Weisung, deren Inhalt durch Hitlers Pläne bestimmt wurde, in der sich Hitlers politische Zielsetzung konkret niedergeschlagen hat. Der Fall „Grün" wurde aus der defensiven Gesamtplanung herausgehoben und zum Ansatzpunkt einer neuen, von Hitler inspirierten Offensivplanung im Dienste des nationalsozialistischen Imperialismus gemacht.

Eben dafür war es für Hitler von größter Wichtigkeit, sein „persönliches Regiment" auch auf das Heer ausdehnen zu können. Die relative Leichtigkeit, mit der er die Fritsch-Krise überwand, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich – bei aller Würdigung vorausgehender Etappen, wie sie vor allem die Eidesleistung vom 2. 8. 1934 bedeutete – ein echter Umbruch vollzogen hatte. Hitler war bislang dem Heer behutsam und werbend gegenübergetreten mit einem gewissen Respekt vor den militärischen Führern. Das Heer zeigte sich in der Krise jedoch nicht als der Faktor, als den Hitler es in den Vorjahren immer noch gewertet hatte. Seine führenden Persönlichkeiten erwiesen sich als unfähig, das potentielle Gewicht dieses bisher noch relativ unabhängigen Machtinstruments in die Waagschale der

[19] v. Manstein, Aus einem Soldatenleben, Bonn 1958, S. 226ff.
[20] Hoßbach a. a. O., S. 44.
[21] IMT, XXXIV, S. 732ff.
[22] IMT, XXXIV, S. 745ff.
[23] Akten zur deutschen auswärtigen Politik, VII, S. 547ff.
[24] Dazu Gackenholz a. a. O., S. 475.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entscheidung zu werfen. Ohne ernstliche Gefährdung setzte Hitler sich durch. Diese Erfahrung wird nicht ohne tiefgreifende psychologische Wirkung bei Hitler geblieben sein. Er begriff, daß nicht einmal da Grenzen seiner Macht lagen, wo er sie erwartet hatte. So konnte er neue Wege beschreiten, Wege, auf denen sich rasch die ganze Bedeutung der Vorgänge des Winters 1937/38 offenbaren sollte.

MARTIN BROSZAT

ZUM STREIT UM DEN REICHSTAGSBRAND

Eine grundsätzliche Erörterung

In den Abendstunden des 27. 3. 1933 brannte das Reichstagsgebäude. Noch in derselben Nacht wurden einige tausend kommunistische Funktionäre – mithin die crème der KPD-Führerschicht – in einer gezielten Großrazzia arretiert. Doch nicht genug damit: Am folgenden Vormittag 11 Uhr trat das eilig herbeigerufene Reichskabinett zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Bekanntgabe und Erörterung des von Reichsinnenminister Dr. Frick vorgelegten Entwurfes der berüchtigten Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat, welche unter dem Vorwand der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" schlankweg das Grundgefüge der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten außer Kraft setzte und darüberhinaus dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister die Übernahme der Polizeiexekutive in den Ländern freigab und damit die Substanz der föderalistischen Verfassung des Reiches aufhob. Um der überwiegenden Mehrheit ihrer nichtnationalsozialistischen Minister-Kollegen (v. Papen, Hugenberg, Gürtner, v. Neurath, Seldte, Schwerin v. Krosigk, v. Eltz-Rübenach) die Proklamation eines solchen revolutionären Staatsnot- und Ausnahmezustandes schmackhaft zu machen, agierten die drei Nationalsozialisten im Kabinett geschickt mit verteilten Rollen. Hitler eröffnete die Sitzung laut Protokoll mit der Feststellung, „daß jetzt eine rücksichtslose Auseinandersetzung mit der KPD dringend geboten sei. Der psychologisch richtige Moment für diese Auseinandersetzung sei nunmehr gekommen" und sie dürfe „nicht von juristischen Erwägungen abhängig gemacht werden". Dabei fügte er mit unbekümmerter Offenherzigkeit hinzu: „Nachdem die Brandstiftung im Reichstagsgebäude sich ereignet habe, zweifle er nicht mehr daran, daß die Reichsregierung nunmehr bei den (für den 5. März angesetzten) Wahlen 51 % erobern werde"[1]. Dann kam Göring an die Reihe. Er wiederholte seine schon vorher der Presse bekanntgegebenen Erfindungen über die Entdeckung kommunistischer Terror- und Putschabsichten, die eine bewußte Irreführung darstellten. Das wahre Ergebnis

[1] Das von Min. Rat Wienstein ausgefertigte Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom Vormittag des 28. 2. 1933 befindet sich in den Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv: R 43 I/1459, S. 756 ff). Engl. Übersetzung in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Serie C, Bd. I, S. 88 ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entscheidung zu werfen. Ohne ernstliche Gefährdung setzte Hitler sich durch. Diese Erfahrung wird nicht ohne tiefgreifende psychologische Wirkung bei Hitler geblieben sein. Er begriff, daß nicht einmal da Grenzen seiner Macht lagen, wo er sie erwartet hatte. So konnte er neue Wege beschreiten, Wege, auf denen sich rasch die ganze Bedeutung der Vorgänge des Winters 1937/38 offenbaren sollte.

MARTIN BROSZAT

ZUM STREIT UM DEN REICHSTAGSBRAND

Eine grundsätzliche Erörterung

In den Abendstunden des 27. 3. 1933 brannte das Reichstagsgebäude. Noch in derselben Nacht wurden einige tausend kommunistische Funktionäre – mithin die crème der KPD-Führerschicht – in einer gezielten Großrazzia arretiert. Doch nicht genug damit: Am folgenden Vormittag 11 Uhr trat das eilig herbeigerufene Reichskabinett zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Bekanntgabe und Erörterung des von Reichsinnenminister Dr. Frick vorgelegten Entwurfes der berüchtigten Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat, welche unter dem Vorwand der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" schlankweg das Grundgefüge der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten außer Kraft setzte und darüberhinaus dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister die Übernahme der Polizeiexekutive in den Ländern freigab und damit die Substanz der föderalistischen Verfassung des Reiches aufhob. Um der überwiegenden Mehrheit ihrer nichtnationalsozialistischen Minister-Kollegen (v. Papen, Hugenberg, Gürtner, v. Neurath, Seldte, Schwerin v. Krosigk, v. Eltz-Rübenach) die Proklamation eines solchen revolutionären Staatsnot- und Ausnahmezustandes schmackhaft zu machen, agierten die drei Nationalsozialisten im Kabinett geschickt mit verteilten Rollen. Hitler eröffnete die Sitzung laut Protokoll mit der Feststellung, „daß jetzt eine rücksichtslose Auseinandersetzung mit der KPD dringend geboten sei. Der psychologisch richtige Moment für diese Auseinandersetzung sei nunmehr gekommen" und sie dürfe „nicht von juristischen Erwägungen abhängig gemacht werden". Dabei fügte er mit unbekümmerter Offenherzigkeit hinzu: „Nachdem die Brandstiftung im Reichstagsgebäude sich ereignet habe, zweifle er nicht mehr daran, daß die Reichsregierung nunmehr bei den (für den 5. März angesetzten) Wahlen 51 % erobern werde"[1]. Dann kam Göring an die Reihe. Er wiederholte seine schon vorher der Presse bekanntgegebenen Erfindungen über die Entdeckung kommunistischer Terror- und Putschabsichten, die eine bewußte Irreführung darstellten. Das wahre Ergebnis

[1] Das von Min. Rat Wienstein ausgefertigte Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom Vormittag des 28. 2. 1933 befindet sich in den Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv: R 43 I/1459, S. 756 ff). Engl. Übersetzung in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Serie C, Bd. I, S. 88 ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der schon 5 Tage zurückliegenden polizeilichen Aktion gegen die kommunistische Zentrale des Karl-Liebknecht-Hauses hat Rudolf Diels, der damalige Leiter der Abt. IA (Politische Polizei) im Berliner Polizeipräsidium nach 1945 geschildert: „Die Durchsuchung förderte einiges Interessante an Druckschriften, aber nichts Sensationelles zutage"[2].

Obwohl Göring die Behauptung des gefaßten Brandstifters van der Lubbe, er (v. d. Lubbe) habe den Reichstag allein angezündet, dem Kabinett nicht vorenthielt, billigte dieses den Entwurf der von Frick verlesenen Notverordnung nach zaghaften Einwänden v. Papens, Popitz'[3] und Gürtners in allen wesentlichen Punkten. Noch am gleichen Tage wurde die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (RGBL I, S. 83) von Hindenburg auf Grund der Zustimmung des Kabinetts unterzeichnet und veröffentlicht.

Keiner der mit ernstzunehmenden Argumenten, wenn auch leidenschaftlich, an der SPIEGEL-Reichstagsbrand-Debatte Beteiligten stellt diesen Sachverhalt in Frage. Er wenigstens ist unbestritten. Das festzuhalten ist aber in Anbetracht der landauf landab spürbaren Irritierung notwendig. Es besagt nicht weniger als dies: die Reichstagsbrand-Verordnung, die erst eigentlich die nationalsozialistische Revolution einleitete und 12 Jahre lang der Polizei und SS im Dritten Reich als Grundvollmacht für ihre der Justizaufsicht entzogenen Gewaltmaßnahmen gegen Gegner oder Mißliebige des Regimes diente, wurde unter bewußt falschen Anschuldigungen und Begründungen erlassen. Sie war nicht Abwehr einer wirklich durch den Reichstagsbrand entstandenen oder offenbar gewordenen Gefahr, sondern vorsätzlich, zur Legitimation schon vorher geplanter (und zunächst primär gegen die Kommunisten gerichteter) Gewaltmaßnahmen erlassen, wozu der Reichstagsbrand nur den (laut Hitler) geeigneten „psychologischen Moment" lieferte. Das bedeutet aber andererseits: Das brennende Reichstagsgebäude war nur geschickt und sofort ausgenutzter Anlaß einer Staats- und Verfassungsumwälzung, nicht deren Ursache. Ohne den willkürlich und wider besseres Wissen vom Zaun gebrochenen Ausnahmezustand durch Erlaß der Notverordnung vom 28. 2. 33 und ihre Bedeutung für die gesamte Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft verdiente der Reichstagsbrand historisch kaum sonderlicher Erwähnung. Für sich betrachtet, ist er ein politischer Kriminalfall neben vielen anderen. Nicht in erster Linie die Brandstiftung als solche und ihre Urheberschaft machen den Reichstagsbrand zu einem Ereignis von historischen Ausmaßen, sondern die künstlich und unter konstruierten Vorwänden herbeigeführten Zwangsmaßnahmen, zu denen dieser Kriminalfall politisch herhalten mußte.

Damit soll nun gewiß nicht behauptet werden, die Frage der Brandlegung sei gleichgültig und es mache keinen Unterschied, ob der anarchistische Amokläufer van der Lubbe oder die Nationalsozialisten die Täter waren. Da der Reichstagsbrand weitgehend als Symbol abgefeimter nationalsozialistischer Provokation gilt,

[2] Diels: Lucifer ante portas. – Stuttgart 1950, S. 189.

[3] Popitz nahm als Reichskommissar f. d. Preuß. Finanzministerium an den Sitzungen des Reichskabinetts teil.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist es nur zu verständlich, daß die mit gewichtigen Argumenten durchgeführte Untersuchung von Fritz Tobias, welche den Nachweis führen will, daß die jahrelang geglaubte nationalsozialistische Brandstiftung eine Legende sei, beträchtliche Resonanz ausgelöst hat. Damit berühren wir aber einen entscheidenden Punkt: Es geht hier weniger um die Revision von Tatsachen, die für das historische Urteil von zentraler Bedeutung wären, als vielmehr um einen Fall, der deshalb aufsehenerregend ist, weil er im Bewußtsein der Zeitgenossen Symbolwert gewonnen hat. Aus diesem Grunde auch die gereizte Polemik der Diskussion, der Stimmenaufwand und das Entdeckerpathos. Da – wie ausgeführt – das entscheidende Ereignis der letzten Februartage 1933 in der Notverordnung vom 28. 2. und nicht in der Brandstiftung vom 27. 2. zu suchen ist, läßt es sich vom rein historischen Zusammenhang her nicht recht erklären, daß die in ihrer Fragestellung und Relevanz von vornherein ganz begrenzte Erforschung des Kriminalfalls der Brandstiftung solche Nervosität hervorzurufen vermochte. Geht es doch geschichtlich bei ihren möglichen Ergebnissen letzten Endes nur darum, ob die Nationalsozialisten beim Vollzug ihres Notverordnungs-Staatsstreiches Virtuosen hurtiger Gelegenheitsarbeit waren, oder ob sie in kriminaltechnischer Feinarbeit auch die Initialzündung des Brandes kunstfertig selbst arrangierten. Der Reichstagsbrand ist aber ein Beispiel dafür, daß die Größenordnung historischer Ereignisse und die Proportionen, die sie im Bewußtsein einnehmen, sehr verschiedene Dinge sein können. Stützt sich doch das durchschnittliche Urteilen und Meinen über geschichtliche Erscheinungen und insbesondere über die so gern verdeckte und verdrängte deutsche Vergangenheit vor 1945 nicht auf ein ausgewogenes, aus der Mannigfaltigkeit vielschichtiger Zusammenhänge geschöpftes Wissen, sondern allzu oft nur auf einzelne konservierte Erlebnisbestände, einige aus der Gesamtheit des Geschehens herausgerissene Ereignis-Fetzen und Fälle. Illustrierte Zeitschriften, Filme und populäre Massenpublikationen bedienen sich vielfach der Zeitgeschichte nur, um sie zu spannenden Reportagen, sentimentalen Anekdoten und aufregenden Geheimsachen, zu Helden- oder Verbrecherporträts in Großformat zurechtzuschneiden und eine leider katastrophal bewegte Geschichtsepoche nach knalligen Reißern abzusuchen. Eine derartige Neon-Licht-Aufmachung einzelner zeitgeschichtlicher Fakten trägt zu solcher Verkümmerung wesentlich bei, zumal auch Historiker und Pädagogen dem ausgesetzt sind und nun ihrerseits, angesichts eines nur noch für stärkste Reize empfindlichen Publikums, mit Verdeutlichungen, Symbolen und Kolossalgemälden zu arbeiten beginnen, anstatt die bitter notwendige Miniatur differenzierter und zusammenhängender historischer Erkenntnis zu fördern. Hinzu kommt bei der Hitlerzeit das Unfertige und Verkrampfte unseres Bewußtseins, der Mangel nüchterner Selbstverständlichkeit des Urteils, die psychologische Unsicherheit, die an Alternativbegriffen der Anklage oder Apologie Halt sucht und deshalb ebenfalls besonders bildkräftige „Fälle" des historischen Geschehens bevorzugt und Gefühlsurteile statt Einsichten ausbildet.

Wo es aber derart bestellt ist, kann die Neubewertung eines einzigen Ereignisses, wenn es sich zufällig um einen solchen quasiöffentlichen Symbolwert handelt, zu

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verkehrungen und Verkehrtheiten im Bewußtsein führen, deren negative Auswirkung den positiven Zugewinn historischer Erkenntnis weit übersteigt. Der Reichstagsbrand ist dafür ein Beispiel, doch er ist nicht das einzige. Der Amateurhistoriker, beispielsweise, der daran ginge, mit exakten Belegen nachzuweisen, daß das Lager Bergen-Belsen, die (aus Unbedachtsamkeit oder Zufall) von der Prominenz der Bundesrepublik meistbesuchte Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung, gerade kein Konzentrationslager im eigentlichen Sinn gewesen ist (im Gegensatz zu Dachau, Sachsenhausen, Auschwitz, Mauthausen, Neuengamme, Flossenbürg usw.) und daß die Zehntausende von Toten, die man 1945 in diesem Lager fand, nicht Resultat bewußter Vernichtungspolitik, sondern des Verwaltungs- und Versorgungschaos' waren, das sich in den letzten Kriegsmonaten ergab, würde vermutlich einen ebenso sensationellen Erfolg haben wie die SPIEGEL-Veröffentlichung über den Reichstagsbrand. Auch hier ließe sich in einem markanten Fall „beweisen", daß die Nationalsozialisten „gar nicht so schlimm" gewesen sind, und der „Ausfall" des Symbols Bergen-Belsen würde bei allzu vielen erneut die Glaubwürdigkeit aller zeitgeschichtlichen Darstellungen über die nationalsozialistische Judenvernichtung in Zweifel ziehen, obwohl Tausende von Dokumenten aus beinahe allen Ressorts des Dritten Reiches, die in öffentlichen Archiven und Instituten der Bundesrepublik liegen, es heute erlauben, die Zusammenhänge der nationalsozialistischen Judenpolitik von ihren Anfängen bis zu ihrem katastrophalen Ende und den örtlichen Einzelheiten und Begleitumständen zu verfolgen.

Aber das Dilemma besteht darin, daß der Weg von der historischen Erkenntnis der Wissenschaft und Forschung bis zur Durchsetzung ihrer Erkenntnisse im öffentlichen Bewußtsein heutzutage überaus langwierig und vielfach beinahe hoffnungslos versperrt ist. So werden wir es noch lange Zeit mit jener Einschrumpfung geschichtlicher Kenntnisse zu tun haben, welche den lebendigen Gang des Geschehens verwechselt mit ein paar „Fällen", die zufällig im Gedächtnis hängengeblieben oder publizistisch besonders präpariert sind. Es fehlt dann naturgemäß auch die selbstverständliche Besinnung, daß sich das historische Bild von einer Zeit gerade nicht aus einigen symbolkräftigen Kriminalgeschichten, sondern aus unzähligen Zusammenhängen und Kleinigkeiten des täglichen Geschehens ergibt, die sich in einer Fülle von Zeugnissen der Nachwelt erhalten, daß das Urteil über eine geschichtliche Epoche immer eine Abstraktion ist, welche aus Tausenden von Einzelereignissen gewonnen und in ihnen sicher begründet ist.

Im Falle des Reichstagsbrandes, wo der vordergründige Blickfang der roten Flammen, das Geheimnis der Hintermänner und die Skandalgeschichten im zeitlichen und personellen Umkreis in einer ihrer geschichtlichen Bedeutung ganz unangemessenen Weise in den Vordergrund gerückt sind, mutet dies um so peinlicher an, weil es bestätigt, wie nachhaltig der propagandistisch glänzende Einfall Hitlers gewirkt hat, die eigentliche Staatsstreichbrandfackel (die Notverordnung vom 28. 2. 1933 mit ihren unzähligen Konsequenzen) im Schatten des weithin sichtbaren, aber politisch und historisch belanglosen Feuers im Reichstag anzustecken.

Diese grundsätzlichen Überlegungen sollen kein Ausweichen „ins Allgemeine"

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein. Sie schienen uns jedoch nötig, um die Proportionen der aufgeblähten Reichstagsbrand-Debatte zurechtzurücken. Nach dem neuerdings in den FRANKFURTER HEFTEN (Mai/Juni 1960) vorgelegten Versuch, „in Sachen Reichstagsbrand" eine nüchterne Quellen- und Beweiswürdigung vorzunehmen, wird auch in dieser Zeitschrift auf eine konkrete Argumentation zum Thema Reichstagsbrand zurückzukommen sein, um Gewißheit zu schaffen, was von den vielerlei Kombinationen über die Hintergründe nunmehr als geklärt anzusehen und was noch immer offen oder zweifelhaft ist. – Wir sind durchaus der Meinung, daß sich auch die „zünftige" Zeitgeschichte der kriminalistischen Detailuntersuchung nicht enthalten soll, wenn dies zur Klärung der Fakten wichtig und nach den Gegebenheiten des Quellenstandes erfolgversprechend ist. Hierbei ist andererseits jedoch schon aus methodischen Gründen durchaus eine gewisse Zurückhaltung am Platze. Denn, wo die Forschung in reine Kriminaluntersuchung mündet und die Aufklärung und Argumentation mit psychiatrischen und pyrotechnischen Gutachten oder mit den Ergebnissen kriminalpolizeilicher Tatortbesichtigungen und ähnlichen Befunden zu tun hat, steht der Historiker bisweilen vor einer Grenze seines Faches. Er wird dann vor allem darauf zu sehen haben, daß keine Quelle möglicher Erkenntnis unberücksichtigt oder vernachlässigt bleibt, und er wird Kritik zu üben haben, wo apodiktische Urteile auf einer nicht wirklich gesicherten Beweisgrundlage aufgebaut werden.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ZUR INNERPOLITISCHEN LAGE IN DEUTSCHLAND IM HERBST 1929

Vorbemerkung

Am 28. 6. 1929 war im Reichstag die Verlängerung des Republikschutzgesetzes von 1922 gescheitert, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam. Mit frenetischem Jubel wurde diese Niederlage der Regierung Müller von der nationalsozialistischen und deutschnationalen sowie der kommunistischen Opposition begrüßt. Aber Reichsinnenminister Severing zögerte nicht, sofort neue gesetzgeberische Maßnahmen anzukündigen[1]. Schon wenige Monate später brachte er ein neues Republikschutzgesetz ein, in dem die verfassungsändernden Paragraphen fehlten, so daß eine Annahme mit den Stimmen der Koalitionsparteien möglich wurde. Zur Begründung seines Entwurfes legte er den Mitgliedern des 21. Ausschusses des Reichstages (Strafrechtsausschuß) die unten wiedergegebene Denkschrift vor, die er am 9. 12. 1929 ebenfalls allen Ländern zur Kenntnis gab[2].

In der kommentarlosen Aneinanderreihung von Beispielen exzessiver Agitation sowohl wie von Straßenschlachten entwarf Severing ein erschütterndes Bild der innerpolitischen Lage im Herbst 1929, in den Monaten der Auseinandersetzungen um den Young-Plan und am Vorabend der Weltwirtschaftskrise. Dabei erhob die Zusammenstellung keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium betonte vielmehr ihre Lückenhaftigkeit im Gegensatz zu allen Versuchen der Deutschnationalen, die Angaben im ersten Teil der Denkschrift als gelegentliche „Unmutsäußerungen kleiner Leute" zu verharmlosen[3].

Die Notwendigkeit eines Republikschutzgesetzes, dessen erklärtes Ziel die Gewährleistung demokratischer Spielregeln im Kampf um die Gunst des Wählers war, ließ sich kaum besser beweisen. Aber zugleich enthüllte die Denkschrift auch das völlige Scheitern einer siebenjährigen Republikschutzpolitik. Als man 1922 das erste

---

[1] Vgl. Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages Band 425, S. 3077.

[2] Ein Exemplar der maschinenschriftlich vervielfältigten Denkschrift mit Begleitschreiben Severings vom 9. 12. 1929 in den Akten des württembergischen Staatsministeriums. (Staatsarchiv Ludwigsburg E 131 N 9 Bd. 1 Nr. 306).

[3] Vgl. das Protokoll der 100. Sitzung des Strafrechtsausschusses vom 17. 12. 1929, S. 4f. Im preußischen Justizministerium prüfte man die Denkschrift und erwog Berichtsaufträge an einzelne Generalstaatsanwaltschaften; auf dem entsprechenden Aktenvortrag eines Referenten äußerte der Sachbearbeiter für das Ruhrgebiet in einer Randbemerkung vom 27. 12. 1929 Zweifel daran, ob sich diese Berichtsaufträge lohnten. „Schlägereien und Anrempeleien zwischen den Links- und Rechtsverbänden sind ja an der Tagesordnung; die Liste des Reichsministeriums des Innern ließe sich gewiß um hunderte von Fällen – und vielleicht sogar noch wirkungsvollere – vermehren." (Bundesarchiv Koblenz, Akten des preuß. Justizministeriums P 135/8478).

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Republikschutzgesetz schuf, da tat man es in der Absicht, die vollkommen vergiftete öffentliche Atmosphäre zu reinigen, dem Mißbrauch der Meinungs- und Redefreiheit zur „Schimpffreiheit" und zum offenen Appell an die Gewalt zu steuern. Jetzt bewies sich, daß dieser Versuch fehlgeschlagen war. Im Zeitalter der Massendemokratie, in dem die Grenzen des legalen freien Meinungskampfes fließend wurden und die Agitation zunehmend zur affektbestimmten Demagogie entartete, ließ sich – besonders in einem Land ohne demokratische Traditionen – mit einer Beschränkung nur auf den Schutz demokratischer Methoden die Republik nicht sichern, zumal wenn – wie beim Republikschutzgesetz – die Durchführung dieses Schutzes bei Staatsorganen lag, die dem bestehenden Staat vielfach ablehnend gegenüberstanden. Der Stil der radikalen Antirepublikaner auf der Rechten und Linken hatte sich gegenüber 1922 in nichts geändert, höchstens lag jetzt der Schwerpunkt weniger auf dem individuellen Terror, der mit dem Mord an Rathenau das Republikschutzgesetz ausgelöst hatte, als vielmehr auf dem Massenterror der Straßenschlachten zwischen Rotfront und SA.

Die Situation des latenten Bürgerkrieges, die sich in Severings Denkschrift eindrücklich schon für den Herbst 1929 dokumentiert, wird man daher auch als ein Ergebnis eines konsequent durchgehaltenen Bekenntnisses zur wertneutralen Demokratie auffassen können. Das wirft zugleich ein Licht auf das Scheitern der Demokratie, wie es im März 1930 mit dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition deutlich wurde. Das bürokratische Notverordnungsregime, das die republikanische Regierung Müller ablöste und im Rückgriff auf die Traditionen des autoritären deutschen Obrigkeitsstaates die allgemeine Staatskrise zu überwinden hoffte[4], war nicht nur das Produkt einer parlamentarischen Krise und persönlicher Intrigen, sondern war zugleich auch die Antwort auf die Lage in einem Staat, der nicht imstande war, seine eigene Autorität zu schützen, und der es dahin hatte kommen lassen, daß ihm radikale Demagogen seine Legitimität in den Augen der breiten Massen geraubt hatten. So schien der Rückzug auf eine überparteiliche Staatlichkeit der einzige Ausweg zu sein.

Gotthard Jasper

Dokument

Denkschrift des Reichsinnenministers Severing (Dezember 1929)

I.

Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird. Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Tiefpunkt erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinung ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Linken und auf der äußersten Rechten getrieben wird. Das Verhalten der

[4] Vgl. Besson, Waldemar, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Stuttgart 1959, S. 153ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KPD-Fraktion des Reichstages anläßlich der 1. Lesung des Republikschutzgesetzes am 4. 12. 1929 hat dem Hohen Hause einen lehrreichen Anschauungsunterricht über diese Aktionsmethode übermittelt. In folgendem wird eine Auswahl von Beispielen für die von rechts und links beliebte Hetze, die in den letzten Monaten durch kein Republikschutzgesetz gezügelt werden konnte, gegeben.

Der „Niedersächsische Beobachter" in Hannover (Folge 30) vom 27. 7. und „Das Landvolk" in Itzehoe (Nr. 102) vom gleichen Tage führten in einem Aufsatz „Volksheer oder Garde der Demokratie" folgendes aus: „Spuk in Berlin. Spät nachmittags auf dem Kurfürstendamm. Bars, Amüsierkneipen, Kokotten in Seide und Pelz, Negermusik aus drei Dutzend Kaffeehäusern . . . Die Nacht fällt ein. Hier aber wird es heller. Der Trubel wächst, Licht unzähliger Scheinwerferlampen macht die Augen, die Gesichter grell, maskenhaft, unheimlich. Alle Männer sehen aus, als könnte jeder sein: Minister, Schieber, Taschendieb, Börsianer, Bankier . . . Man sieht sich, kneift die Augen zusammen, denkt an den Begriff der „weißen Weste" und lächelt suffisant „Na ja" . . . Das ist das Gesicht des Staates von Weimar, den sich die Arbeiterschaft als Staat der ‚sozialen Demokratie' zu gestalten dachte."

In der gleichen Nummer des „Niedersächsischen Beobachters" fanden sich in einem Aufsatz „Republikschutzende" folgende Äußerungen: „Das Machwerk des Herrn Isidor Witkowski, das nachher von dem Juden Preuß überarbeitet wurde und als Weimarer Verfassung in der deutschen Geschichte einen nicht eben feinen Ruf behalten wird, es wurde zum Heiligtum erklärt... Diesen Staat zu bekämpfen, ist überflüssig. Wir brauchen nur zu sagen, was seine Oberhäupter tun . . ."

Die im Juli in Pyritz (Pommern) erschienene Folge 30 der Zeitschrift „Die Diktatur" brachte einen Aufsatz: „Die Flaggen am Tage von Versailles": „. . . Auch Schwarz-rot-gold, trotz geschmackloser und unheraldischer Zusammenstellung, wird fortleben als die Fahne ehrlicher Idealisten von 1848. Von den betrügerischen November-Verbrechern ist sie aber besudelt und beschmutzt worden, ein kläglicher Eiterfetzen auf den schwärenden Wunden des Volkskörpers, für die man nur durchweg Ekel empfindet, um so größeren Ekel, als sie aufgedrungen wird."

Die „Deutsche Zeitung" (Berlin) Nr. 181b vom 5. 8. machte in einem Aufsatz „Fahnenträger gesucht" folgende Äußerungen: „. . . Seitdem feiger Verzicht zum höchsten „Sittengesetz" erhoben wurde, ist auch die Fahne – des derzeitigen Staates – gewissermaßen zu einer geschäftlichen Angelegenheit geworden, zu einem Reklameschild aus der Grenadierstraße. So ungefähr wie das Aushängeschild eines Altkleiderhändlers oder der Anpreisung eines billigen Mittagstisches."

In der deutschnationalen „Niedersächsischen Zeitung" (Hannover) vom 9. 8. wurden in einem Aufsatz „Schwarz-rot-gelbe Tücher blähen sich" die Reichsfarben als „schwarz-rot-gelbe Lappen und Fetzen" bezeichnet.

Dieselbe Zeitung bezeichnete in ihrer Nr. 187 vom 11. 8. in einem Aufsatz „Republikaner" die Reichsfarben als „Umrahmung für eine Gesinnung des Verrats".

Am 11. 8. äußerte sich in Krefeld der Anstreicher Paul Heckers öffentlich wie folgt über die Reichsfarben: „Beim nächsten Verfassungstage sind wir oben, und dann liegt Eure Fahne schwarz-rot-scheiße im Dreck."

Am 16. 8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung der National-Sozialisten in Wanne-Eikel (Westfalen) die Republik als einen „Sau- und Schweinestall".

In einem Aufsatz „10 Jahre Judenrepublik" des „Westdeutschen Beobachters" (Köln) Nr. 19 vom 18. 8. wurde am Schluß ausgeführt: „Eine traurige Bilanz fürwahr: 10 Jahre Judenrepublik. 10 Jahre Volksbetrug. 10 Jahre Börsengaunerei. 10 Jahre erbitterter Kampf gegen diese Halunken und Verbrecher, die im Jahre 1918 der deutschen Front den Dolch in den Rücken stießen und uns an die internationale Judenhochfinanz verkauften und verrieten (um) des schnöden Mammons willen."

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei einer Werbeveranstaltung der „Roten Hilfe" in Siegburg (Rheinprovinz) am 18. 8. sprach der Bezirksleiter und Reichstagsabgeordnete Kollwitz von den „schwarz-rot-mostrichen" Farben.

Bei einem öffentlichen Sprechabend der Ortsgruppe Krefeld der NSDAP am 23. 8. erklärte der Vorsitzende, Bankbeamter Willi Burath, folgendes: „Zwischen den Augusttagen von 1914 und den Augusttagen von 1929 liegt die Gründung und das 10jährige Bestehen der Saurepublik von heute."

In der im August in Pyritz (Pommern) erschienenen Folge 33 der Zeitung „Diktatur" wurde Reichskanzler Müller als „Reichskanzler der Börsenkolonie" bezeichnet.

In der gleichen Nummer dieser Zeitschrift befand sich eine Notiz „Aus der Gesellschaft": „Großes Lob gebührt auch der Frau eines Kunsthändlers in Prerow, die der dortigen Abortfrau die Anbringung von schwarz-weiß-roten Fähnchen in strengen Worten zum Vorwurf machte. An ein Klosett gehören nur die Farben der derzeitigen Republik, schon um die Vergangenheit des Reichskanzlers Müller zu ehren."

Gelegentlich des Stahlhelmtages in Brandenburg am 31. 8. bezeichnete der Landwirt Oswald Herter die Reichsfarben öffentlich als „schwarz-rot-scheiße".

Die in Wiesbaden im August als 2. Augustausgabe erschienene Folge 32 der Zeitschrift „Nassauer Beobachter" brachte in einem Aufsatz „Das Werk von Weimar" folgende Ausführungen: „. . . Wenn man die dummdreiste Lüge dieser Judenrepublik, die ganz konsequent die Fortsetzung der Revolte ist, des näheren beschaut, dann glaubt man den Geist eines betrügerischen Börsenmaklers zu verspüren, und hinter diesem Verfassungsbüchlein steigt dann der Hugo Preuß empor als Symbol eines Staates, der von Juden geschaffen und gestützt wird und darum auch in dem Augenblick fallen muß, wo der Deutsche erwacht!"

Der Gauleiter der NSDAP, Otto Telschow, führte in einer öffentlichen Versammlung dieser Partei am 31. 8. in Lüneburg unter anderem aus, die SPD wäre längst erledigt, wenn sich nicht deutsche Staatsmänner in den Dienst dieser verfaulten und verdreckten Republik stellten.

Eine Nummer der in Pyritz erscheinenden Zeitschrift „Die Diktatur" leitete eine Anfrage an das deutsche Außenministerium wie folgt ein: „An den alljüdischen Vollstreckungsbeamten mit dem Titel Reichsaußenminister, Bruder Freimaurer Dr. Gustav Stresemann". Eine Anfrage an den Reichswehrminister wurde wie folgt eingeleitet: „An den ehemaligen Königlichen General, jetzigen alljüdischen Vollstreckungsbeamten mit dem Titel Reichswehrminister, Bruder Freimaurer Groener."

Bei einem Stahlhelmumzug am 1. 9. in Brandenburg sangen mehrere Zugabteilungen ein Lied, dessen Strophen mit den Worten endeten: „Die Reichsfarben schwarz-rot-scheiße".

Der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Goebbels führte in der Zeitschrift „Der Angriff" vom 2. 9. 1929 aus: „Ist es denn ein Wunder, daß wir gegen diesen Irrsinn zu Felde ziehen, den aktiven Aufstand gegen dieses verbrecherische System mit allen Mitteln organisieren und dem Aufschrei eines gepeinigten Volkes zum Durchbruch verhelfen. Pflanzt die Fahnen des Widerstandes und des Aufruhrs auf! die Straße frei!"

In der „Gladbacher Zeitung" Nr. 207 vom 5. 9. hieß es: „. . . Zugegeben, daß die republikanischen Machthaber von heute die Bahn im politischen Spiel der Gegenwart frei haben. Wollen sie aber weiter als Landvogt Geßler durchs Land reiten, so kann ihnen nur eins gesagt werden: Für die Rolle des Wilhelm Tell wird sich schon eine passende Besetzung finden."

Bei der Stahlhelmtagung am 8. 9. in Lüneburg durchzog ein Trupp Stahlhelmleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: „Wir scheißen auf die Republik!"

In einer öffentlichen Versammlung im Rheinland am 10. 9. sagte der Nationalsozialist Willi Veller aus Barmen über die Reichsflagge, man müsse die Fahne schwarz-rot-gold als Fahne der Schande, des Meineids und des Verrats bezeichnen.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einer öffentlichen kommunistischen Versammlung in Freiheit (Kreis Osterode, Reg.-Bez. Hildesheim) am 14. 9. rief der Arbeiter Schubert in bezug auf die Minister Severing und Wissell: „Hängt sie an den Baum!"

Am 18. 9. führte Freiherr von Bodungen in einer öffentlichen Versammlung der Landvolkbewegung in Neumünster u. a. aus, Stresemann wäre ein Verräter am deutschen Volk und ein Verbrecher, der ins Zuchthaus gehöre. Die Versammlung quittierte mit Zwischenrufen wie „Aufhängen" und „Totschlagen".

Bei einem Zusammensein von Stahlhelmangehörigen im Ratskeller in Langenberg (Rheinprovinz) am 22. 9. nach der bekannten militärischen Übung wurde von mehreren Stahlhelmleuten ein Lied gesungen, dessen Refrain schloß „Schwarz-rot-mist".

In einer Versammlung der NSDAP am 25. 9. in Wiesbaden bezeichnete der Redner Gustav Staebe die Verfassung als Judenverfassung und nannte die Republik eine Geldsackrepublik, weil die führenden Männer der heutigen Regierung sich die Taschen füllten und ein Prasser- und Schlemmerleben führten. Die Reichsfahne nannte er einen Fetzen von „Schwarz-Rot-Mostrich".

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hauptmann a. D. Wilhelm Loeper führte in einer öffentlichen Versammlung in Mannheim am 26. 9. unter anderem aus: „Der eine Teil des Volks verlangt die Monarchie, der andere die Republik. Auf der einen Seite steht das schwarz-weiß-rot angestrichene Bürgertum, auf der anderen Seite die schwarz-rot-goldene Mostrich-Republik."

„Der Donau-Bote" (Ingolstadt) Nr. 228 vom 3. 10. brachte im Anschluß an die Nachricht vom Tode des Reichsaußenministers Stresemann folgende Bemerkungen: „Deutschlands Außenminister Gustav Stresemann, Inhaber des Kontos S. Gustav, wurde, wie an den Telegrammtafeln heute früh zu lesen war, vom Schlage getroffen. Stresemann war in den Augen aller Pazifisten, der Sozialdemokraten und aller Stiefellecker der „glorreichste" Außenminister, der es verstanden hat, das ganze Deutsche Volk zu versklaven und Deutschland selbst zu einer Kolonie der Siegerstaaten zu machen. Ein Aufatmen geht durch das national denkende Deutsche Volk, daß Stresemann nicht mehr ist und daß Gott so viel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner fluchwürdigen Tätigkeit jäh herauszureißen. Wir als Nationalsozialisten haben nur zu bedauern, daß es uns nicht mehr vergönnt war, ihn, den Volksverschacherer vor die Schranken eines Staatsgerichtshofes zu schleppen, um ihm die verdiente Lektion zu erteilen, die ihn so fühlbar getroffen hätte wie seine Außenpolitik das ganze deutsche Volk."

Der NS-Reichstagsabgeordnete Wagner führte in einer Versammlung in Köln am 6. 10. folgendes aus: „Wir holen aus zum letzten Schlage, seht euch vor, verteidigt euch. Über das Dritte Reich soll dieser Regierung das Genick abgedreht werden, und es könnte eines guten Tages heißen: „Draußen steht Standarte I, abtreten!"

Der Nationalsozialist Terboven äußerte in einer Versammlung in Essen am 7. 10.: „Die heutigen Regierungsvertreter haben auch für ihre Handlungen in der Vergangenheit dem deutschen Volk und insbesondere den Nationalsozialisten gegenüber mit ihren Köpfen zu haften."

In einer öffentlichen Versammlung in Friedburg (Baden) am 13. 10. äußerte sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Feder: „Eine Fratze, die deutsche Republik, eine Fratze, die so schnell wie möglich beseitigt gehört."

In einer öffentlichen Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller im Oktober führte der Nationalsozialist Julius Streicher aus: „Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan, er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher. Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist,

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle."

Der Reichstagsabgeordnete der NSDAP Dreher verglich in einer öffentlichen Rede in Freiburg (Baden) am 16. 10. die Republik in ausladender Breite mit einer Hure.

In einer Rede am 22. 10. äußerte der Gauleiter der NSDAP Telschow: „Im Kampf gibt es Leichen, wenn es gegen den jüdischen Janhagel geht, schreiten wir auch über Gräber. Es kann sein, daß manche Mutter ihren Sohn verliert."

Der Redakteur und Schriftsteller Mossakowski aus Berlin hielt am 24. 10. in Stettin in einer Versammlung der Nazis eine Rede, in der er folgende Wendungen gebrauchte: Die Regierungen seit dem Umsturz seien eine Rotte von Kleinbürgern und ein Geschlecht der Kastraten. Nach einem Sieg der nationalsozialistischen Sache würden sie (die Nationalsozialisten) die Minister nicht nur auf die Schultern klopfen und freundlichst auffordern, von den Sesseln herunterzugehen, oder sie bloß in den Hintern treten, sondern sie würden sie herunterholen und vor ein Gericht stellen, und dann werde es heißen, Auge um Auge und Zahn um Zahn. Das Volk müsse heute seine eigenen Sklavenaufseher bezahlen, die sich dann Herr Reichspräsident und Herr Reichskanzler nennten. Die Parole der gegenwärtigen Regierungsleute sei: „Bereichert Euch schamlos und schnell". Wenn die Klärung erfolgt sei, wer international, und wer national sei, würden sie (die Nationalsozialisten) die anderen ächten und boykottieren; sie hätten noch andere Mittel, die er aber nicht weiter bezeichnen wolle. Im Volksbegehren habe sich auch die Intelligenz in ein Für und Wider gespalten; wer zurückfinde, solle willkommen sein, aber „die anderen werden unsere Faust zwischen die Augen bekommen".

Der sächsische Landtagsabgeordnete der NSDAP Killinger führte Anfang November aus: „Hüten Sie sich davor, daß wir Ihnen nicht den Fehdehandschuh eines Tages hinwerfen und zwar, um mit Danton zu reden, nicht in Form eines abgeschlagenen Hauptes eines Königs, sondern wir werden Ihnen den Fehdehandschuh hinwerfen in Form von abgeschlagenen Köpfen Eurer Oberbonzen."

In einem Lied der Nationalsozialisten heißt es:

„In München war die erste Schlacht / mit unserm braunen Heer,
wer weiß, wann uns die zweite Schlacht / ruft wieder ins Gewehr.
. . .
und wenn die Handgranate kracht, / das Herz im Leibe lacht."

Die NSDAP kündigte in Leipzig für den 13. November mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels als Redner eine Versammlung über das Thema an: „Republik, dein Name ist Sklarek!"

II.

Die Folge solcher beschimpfenden, verhetzenden Äußerungen, deren Steigerung nicht mehr mit Mitteln der Sprache, sondern nur noch mit denen der Gewalt möglich ist, ist eine Aufwühlung der politischen Leidenschaften, die dann letzten Endes in der Begehung von Gewalttätigkeiten ihre Entladung findet. Eine keineswegs lückenlose Zusammenstellung von Zusammenstößen in der letzten Zeit mag als Beweis dafür folgen:

Am 25. Juli kam es in Wiesbaden zwischen Angehörigen der NSDAP und einem von einem Platzkonzert kommenden Reichsbannerzug zu einer Schlägerei, bei der sich die Nationalsozialisten der verschiedenartigsten Schlagwerkzeuge bedienten. Die Nationalsozialisten waren dem Reichsbannerzuge gefolgt und hatten die Angehörigen des Reichsbannerzuges beschimpft und tätlich angegriffen.

Anläßlich der Antikriegskundgebung der Kommunisten am 1. 8. in Berlin entstand in der Skalitzerstraße zwischen Reichsbannerangehörigen und Mitgliedern der KPD

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Messerstecherei, bei der zwei Mitglieder des Reichsbanners durch Messerstiche verletzt wurden.

Am 2. 8. kam es in Nürnberg gelegentlich des nationalsozialistischen Parteitags in einer Wirtschaft zwischen mehreren Nationalsozialisten und Andersdenkenden zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf die Nationalsozialisten mit Biergläsern und Flaschen warfen.

Auch in einer ganzen Reihe übriger Fälle wurde festgestellt, daß während des Nürnberger nationalsozialistischen Parteitages (1.–4. 8.) Nationalsozialisten über dritte Personen herfielen und sie durch Drohungen oder Mißhandlungen nötigten, ihre politischen Abzeichen – zumeist handelte es sich um Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold – abzunehmen.

Gelegentlich der Verfassungsfeier und der Reichsbannerkundgebung am 10. und 11. 8. 1929 kam es in Berlin wie auch schon an den Tagen vorher verschiedentlich zu Ausschreitungen. Die Schuld traf in acht Fällen Mitglieder der KPD, in drei Fällen Mitglieder des Stahlhelms, in einem Fall ein Mitglied des Bismarckbundes.

Am 11. 8. ereignete sich in Berlin in der Schönhauser Allee ein Zusammenstoß zwischen Anhängern der NSDAP, welche die Angreifer waren, und Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Aus einer anfänglichen Anpöbelei wurden tätliche Beleidigungen.

Am 21. 8. überfielen an der Südbrücke in Köln Kommunisten Angehörige der „Lützow-Jugend", wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

Am 25. 8. wurden in Essen vier von einer Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kommende Mitglieder dieses Verbandes auf ihrem Heimwege von Nationalsozialisten überfallen. Die Nationalsozialisten rissen ihnen die Abzeichen des Reichsbanners ab und zerfetzten zum Teil ihre Kleidung. Die mitgeführten Musikinstrumente wurden zertrümmert; ein Reichsbannermitglied erhielt mit einem Schlagring einen Hieb über den Kopf.

Am 1. 9. 1929 überfielen in Köln einige Kommunisten zwei der Hitlerjugend angehörende junge Leute und verletzten einen durch Messerstiche in die Hand.

Am gleichen Tage veranstaltete der Stahlhelm in Hamburg einen Umzug nach dem Sportplatz in Lokstedt. An der Hamburger Grenze hatten sich etwa 500 Kommunisten angesammelt, die über die Stahlhelmmitglieder mit Stöcken, Totschlägern und Gummischläuchen herfielen. Den ganzen Tag wurden auch in der übrigen Stadt von Kommunisten Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende begangen, die teilweise schwer verletzt wurden. Zwei Stahlhelmmitglieder wurden in einer Straßenbahn von drei Kommunisten mißhandelt. Auf dem Soigny-Platz wurden aus einem Kraftwagen von Jungkommunisten Selterflaschen gegen die Teilnehmer eines marschierenden Stahlhelmzuges geworfen.

Am 6. 9. wurde in Köln ein Angehöriger der Lützow-Jugend von Kommunisten schwer mißhandelt.

Am gleichen Tag kam es in Oranienburg zu einer Schlägerei zwischen 25 Nationalsozialisten, die in ein von der KPD benutztes Versammlungslokal einzutreten begehrten, und Anhängern der KPD. Dabei fanden Messer, Spaten und andere gefährliche Werkzeuge Verwendung, so daß verschiedene Personen verletzt wurden.

Am 8. 9. wurden in Berlin am Wittenberg-Platz jüdisch aussehende Passanten von Anhängern der NSDAP überfallen und geschlagen.

Am 11. 9. überfielen in der Wohldorferstraße in Hamburg vier Kommunisten zwei Mitglieder des Reichsbanners.

Am gleichen Tage überfielen Kommunisten in Köln an der Süd-Brücke Mitglieder der „Lützow-Jugend" und der Vereinigung „Kreuzfahrer". Die Kommunisten hatten sich im Dunkel verborgen und auf die Angehörigen der „Lützow-Jugend" gewartet. Bei dem Überfalle wurden drei Personen schwer verletzt.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 15. 9. wurden in Berlin auf dem Kurfürstendamm jüdisch aussehende Personen von Nationalsozialisten angepöbelt und geschlagen.

Am 22. 9. schlugen auf einem Berliner U-Bahnhof mehrere von einer Demonstration zurückkehrende Nationalsozialisten auf ein Mitglied des Reichsbanners ein.

Am 24. 9. versuchten Kommunisten eine nationalsozialistische Versammlung in Hamburg zu stören. Am selben Tage kam es in der Borgfelderstraße in Hamburg zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Am gleichen Tage kam es auch in Berlin an der Ecke der Neuen Friedrichstraße und der Schicklerstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Nationalsozialisten und eine unbekannte Person wurden verletzt. Die Zusammenstöße setzten sich nach der Holzmarkt-Straße fort, wo ein Mitglied der NSDAP einen Bauchschuß erhielt.

Am 26. 9. sollte in Neumünster in der Turnhalle eine öffentliche Versammlung der NSDAP stattfinden. Die Ortsgruppe der KPD hatte durch Handzettel zu einer Gegendemonstration aufgefordert. Teilnehmer der KPD drangen in das Versammlungslokal der NSDAP ein, griffen Angehörige der NSDAP an, raubten die Kasse mit dem Wechselgeld und zerstörten einen Bücherstand mit Zeitungen und Zeitschriften.

Am 27. 9. griffen auf einer in Schweidnitz von dem ADGB und anderen republikanischen Verbänden veranstalteten öffentlichen Jubiläumsfeier Mitglieder der SA der NSDAP aus Schweidnitz, Breslau, Waldenburg, Striegau und Freiburg die Versammlungsteilnehmer tätlich an. Sie mißhandelten die Anwesenden, insbesondere auch Frauen, mit Tisch- und Stuhlbeinen, Biergläsern und dergleichen, um so die Versammlung mit Gewalt zu sprengen.

Am 1. 10. überfielen im Anschluß an eine Versammlung in Berlin-Tegel Nationalsozialisten Angehörige der KPD und verletzten sie. In dem von den Nationalsozialisten benutzten Versammlungsraum wurden neun Totschläger, neun Schlagringe, sechs Dolche, zwei Messer und sechs Pistolen gefunden.

Am gleichen Tage wurden in Berlin in der Wienerstraße Angehörige der KPD ebenfalls von Nationalsozialisten überfallen und geschlagen.

Am 3. 10. wurde ein Kaufmann jüdischer Konfession in Herne in Westfalen von einem Mitglied der NSDAP ohne jede Veranlassung mit einem Holzstempel über den Kopf geschlagen, so daß er eine Gehirnerschütterung davontrug.

Am 12. 10. kam es in Düsseldorf zwischen Angehörigen der Hitlerjugend und Mitgliedern der KPD zu einem Zusammenstoß.

Am 13. 10. kam es wiederum in Düsseldorf zwischen Angehörigen der Hitlerjugend und der KPD zu einer Schlägerei, bei der vier Personen verletzt wurden.

Am gleichen Tage wurde ebenfalls in Düsseldorf ein Nationalsozialist beim Betreten einer kommunistischen Wirtschaft von Angehörigen der KPD als Nationalsozialist erkannt und mit einem Stock über den Kopf geschlagen.

Am 14. 10. kam es gelegentlich einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten und auf dem Rückmarsch von dieser in Hannover-Linden zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden. Bei der Durchsuchung verschiedener Gruppen nationalsozialistischer Versammlungsteilnehmer wurden drei Totschläger, neun Gummiknüppel, vier feststehende Messer, ein schwerer Messingmörserstampfer und eine Tüte Pfeffer gefunden.

Am 15. 10. überfielen nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung in Sagebiel bei Hamburg etwa 100 Kommunisten mit Knüppeln, Gummistäben usw. die Versammlungsteilnehmer.

Am gleichen Tage kam es in Nürnberg bei einer öffentlichen Versammlung, zu der der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei eingeladen hatte, zu Tätlichkeiten zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Eine Anzahl von Leuten aus beiden Lagern erhielten Schlag- und Stichverletzungen. Bei Entleerung des Saales nach

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schluß der Versammlung erneuerten sich die Tätlichkeiten, wobei durch Biergläser und andere Gegenstände wiederum Personen verletzt wurden. Ein anscheinend versprengter Teil der Nationalsozialisten traf später mit einem Trupp von Reichsbannerleuten zusammen mit dem Ergebnis neuer Tätlichkeiten. Hierbei erhielten sieben Reichsbannerleute Verletzungen durch Schläge und einer durch eine Stichwunde. Die Gesamtzahl der Verletzten betrug 32. Vom gleichen Tage wird aus Düsseldorf eine Schlägerei zwischen ehemaligen Stahlhelmmitgliedern und Kommunisten gemeldet.

Ebenfalls an diesem Tage kam es in Essen im Zusammenhang mit einer Versammlung der Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schlägereien mit Kommunisten.

Am gleichen Tag überfielen in Berlin-Treptow mehrere Nationalsozialisten einen Kommunisten und verletzten ihn.

Am 16. 10. wurde in Berlin-Schmargendorf in der Mecklenburgischen Straße ein Trupp Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mit Steinen beworfen. Zu einem weiteren kommunistischen Überfall kam es in der Nähe der Breitenstraße. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch einen Messerstich verletzt. Der Überfall der Kommunisten war planmäßig vorbereitet.

Am 18. 10. wurde in Leipzig im Anschluß an eine Jungwähler-Versammlung der Nationalsozialisten die Ruhe durch eine Schlägerei zwischen Versammlungsteilnehmern und jugendlichen Linksradikalen gestört.

Am gleichen Tage kam es im Anschluß an eine Versammlung über das Volksbegehren in Duisburg zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten, ehemaligen Stahlhelmmitgliedern und Andersdenkenden. Ein Führer der Nationalsozialisten wurde derart schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb.

Am 19. 10. wurden in Essen zwei Bergleute jüdischer Konfession von einem Mitglied der NSDAP und einem ehemaligen Angehörigen dieser Partei überfallen. Den Bergleuten wurden mit Dolchmessern erhebliche Verletzungen beigebracht. Die gleichen Täter schlugen am selben Abend eine weitere Anzahl jüdischer Kaufleute.

Auf dem Kranoldplatz in Berlin-Lichterfelde wurden am 20. 10. fünf Mitglieder des „Stahlhelm" von Personen, die angeblich keiner Partei angehörten, mit Stuhlbeinen und Biergläsern angegriffen. Die Mitglieder des „Stahlhelm" wurden als Strolche, Lumpen, Gesindel und Bluthunde beschimpft. Als Mitglieder des „Stahlhelm" versuchten, in einen Straßenbahnwagen einzusteigen, schlugen die Täter auf das Fahrpersonal, die Fahrgäste und die Mitglieder des „Stahlhelm" wahllos ein.

Am 21. 10. fand in Leipzig eine nationalsozialistische Versammlung mit dem Thema „Schwarz-rot-goldener Sklarekgeist" statt. Dazu hatten sich gegen 900 Besucher, zur Hälfte Kommunisten, eingefunden. Beim Einmarsch der uniformierten SA-Leute fiel ein Schimpfwort von Seiten eines Kommunisten. Als sich einige SA-Angehörige gegen den Zwischenrufer wandten, entwickelte sich im Saal sofort eine Schlägerei, bei der mit Stühlen und Biergläsern zugeschlagen wurde. Verletzt wurden 28 Personen beider Parteien, davon 3 schwer.

Nach einer Versammlung im Kollosseum Hoheluft in Hamburg am 23. 10. wurden Jungstahlhelmleute von Kommunisten überfallen und mit Stöcken und Totschlägern mißhandelt.

Am 29. 10. fand in Düsseldorf eine Versammlung der NSDAP statt. Die kommunistische Zeitung „Freiheit" hatte ihre Anhänger zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert. Zahlreiche Kommunisten waren der Aufforderung gefolgt. Es kam zu Zusammenstößen, wobei die streitenden Parteien mit Stühlen aufeinander einschlugen. Beim Rücktransport auswärtiger Ortsgruppen der NSDAP auf Lastkraftwagen wurden diese Wagen mit Pflastersteinen beworfen.

Im Anschluß an eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialisten in Köln am 30. 10. kam es zwischen heimkehrenden Versammlungsteilnehmern und Kommu-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisten zu einer Schlägerei, bei der ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt wurde. Nach den getroffenen Feststellungen liegt die Vermutung nahe, daß es sich um einen von den Kommunisten planmäßig vorbereiteten Überfall gehandelt hat.

Nach einer Versammlung der Nationalsozialisten am 1. 11. in Chemnitz entstand zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der KPD, die der Versammlung beigewohnt hatten, eine Schlägerei. Vier Nationalsozialisten wurden verletzt, davon einer schwer.

Am 3. 11. wurde gelegentlich eines Umzugs der Nationalsozialisten in Berlin-Steglitz ein Reichsbannermitglied von einem Nationalsozialisten geschlagen.

Am 4. 11. wurde in Koblenz ein von einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold kommender Angehöriger dieses Verbandes von mehreren Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen.

Am 8. 11. wurde in Berlin-Schöneberg ein Mitglied der KPD von Nationalsozialisten überfallen und durch Messerstiche verletzt.

Am 14. 11. kam es vor einem in Berlin-Charlottenburg gelegenen Lokal, in dem eine Versammlung der Nationalsozialisten stattfand, zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Hierbei wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Nationalsozialisten wurden als Angreifer festgestellt.

Am gleichen Tage wurden ebenfalls in Berlin-Charlottenburg im Anschluß an eine Versammlung des Stahlhelms Mitglieder der kommunistischen Jugend von Angehörigen des Stahlhelms überfallen und geschlagen.

Am 15. 11. überfielen Nationalsozialisten in Berlin-Karlshorst mehrere von einer Demonstration heimkehrende Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Am 16. 11. kam es in Berlin zwischen Klebekolonnen der NSDAP und der KPD zu einer Schlägerei.

Am 17. 11. wurden Mitglieder der SPD in Breslau, als sie die auf den Bürgersteigen für ihre Partei angebrachten und von den Kommunisten abgeänderten Wahlaufschriften wiederherstellen wollten, von etwa 30 Kommunisten angegriffen. Der Sozialdemokrat Fischer wurde dabei mit einem Kalkpinsel in das Gesicht geschlagen und der Kellner Schröter durch einen Tritt vor den Leib so schwer verletzt, daß er später daran starb.

Am gleichen Tag kam es in Wirnitz (Krs. Breslau) zu einer Schlägerei zwischen Mitgliedern des „Stahlhelm" und andersgesinnten Personen.

Ebenfalls am gleichen Tag überfielen in Berlin Nationalsozialisten ein Mitglied der kommunistischen Jugend und verletzten es durch Messerstiche.

Auch in München ist es in den letzten Wochen gelegentlich von Versammlungen wiederholt zu Schlägereien zwischen Anhängern entgegengesetzter politischer Richtungen gekommen.

Dieser hier skizzierte Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden. Ein Mittel – sicherlich nicht das nachhaltigste und wirkungsvollste – bietet der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens. Gewiß werden durch ein solches auf rasche und naturgemäß äußere Wirkungen eingestelltes Zeitgesetz nicht die tieferliegenden Ursachen des beklagenswerten Zustandes mit einem Schlage beseitigt. Das Gesetz ist aber unentbehrlich, weil die naturgemäß langsam reifenden Wirkungen der staatlichen Aufbauarbeit nicht abgewartet werden können und die Bestimmungen des geltenden Straf-, Vereins-, Versammlungs- und Presserechts wie auch die auf einen Dauerzustand eingestellten Bestimmungen der entsprechenden Entwürfe in dieser erregten Zeit nicht ausreichen. Der akuten Erkrankung muß sofort mit Mitteln entgegengetreten werden, die eine weitere Ausdehnung erschweren.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIE GRÜNDUNG DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE 1945

Vorbemerkung

Am 10. Juni 1945 wurde durch Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD) die Bildung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen in der Sowjetischen Besatzungszone zugelassen[1]. Zu diesem frühen Zeitpunkt – einen Monat nach der deutschen Kapitulation und fünf Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz – hatte niemand mit einer derartigen Maßnahme gerechnet; selbst die Anfang Mai in Berlin eingetroffenen KPD-Spitzenfunktionäre der „Gruppe Ulbricht" wurden davon erst kurz vorher in Kenntnis gesetzt[2]. Die Motive des sowjetischen Vorgehens sind zwar nur zu vermuten, mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch waren sie „gesamtdeutscher" Natur: die in der alten Reichshauptstadt lizenzierten Parteigruppen erhielten nicht nur zugleich die Funktion von Zonenvorständen für die SBZ, sondern sie sollten auch die Führung der in Westdeutschland zu erwartenden Parteibildungen übernehmen.

Es ist nicht eindeutig zu sagen, welche Vorstellungen die sowjetische Besatzungsmacht von einem neuen deutschen Parteiensystem hatte. Mit der Wiedergründung des Zentrums neben KPD und SPD scheint man fest gerechnet zu haben, ließ es aber offen, welche anderen bürgerlichen Parteien zugelassen würden[3]. Allerdings dürfte mindestens eine weitere Partei dringend erwünscht gewesen sein. Dem kam die Entwicklung in Berlin entgegen. –

Der Befehl Nr. 2, durch Presse[4] und Anschlag bekanntgemacht, traf auf eine völlig unvorbereitete deutsche Öffentlichkeit. Berlin hatte sich in der Weimarer Republik durch ein reges gesellschaftliches Leben ausgezeichnet[5], von dem sich einige Clubs und „Gesellschaften" auch in der Zeit des Dritten Reiches halten konnten und als „schweigende Opposition" (Rothfels) das Ende des Regimes erwarteten. Im Chaos der letzten Monate und Wochen vor der Kapitulation waren jedoch die meisten dieser Verbindungen unterbrochen worden – nicht zuletzt wegen der schwierigen Verkehrsverhältnisse. Aber auch danach dauerte es noch lange bis zu einer Normalisierung. Die am 16. Juni 1945 von Reichsjustizminister a. D. Eugen Schiffer und seinem Schwiegersohn Dr. Waldemar Koch in dessen Haus geladene erste Versammlung der Parteigründer war darum sehr zufälliger Zusammensetzung: mit dem Kaufmann und Journalisten Albert-Willy Meyer (früher DDP), dem Reichsinnenminister a. D. Dr. Wilhelm Külz, dem Schrift-

[1] Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland; Berlin 1946, S. 9f.

[2] Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder; Köln und Berlin 1955, S. 389ff.

[3] Der KPD-Gründungsaufruf spricht von „der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer".

[4] „Berliner Zeitung" vom 10. Juni 1945.

[5] Helmut Weidmüller, Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik; masch.schriftl. Diss., Berlin 1956.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

steller Franz Xaver Kappus und dem TH-Professor Dr. Wilhelm Eich fand sich ein Kreis von sechs Leuten aus der persönlichen Bekanntschaft von Schiffer und Koch, der verkehrsmäßig günstig zueinander wohnte[6].

Die Sechs handelten ganz aus eigener Initiative und ohne zu wissen, ob nicht eventuell bereits andere bürgerliche Politiker ähnliches vorhatten. Angesichts der aktiven KPD, die bereits am 11. Juni mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit getreten war, tat Eile not: um, wie es Külz formulierte, „wenigstens der Kommunistischen Partei gegenüber einen Anfang zu einer nichtkommunistischen Parteibildung zu schaffen[7]".

„Ich bin überzeugt, daß einen größeren Widerhall in Deutschland diese Parteigründung nicht finden wird, weil sie ihn eben einfach nicht finden kann. Erst, wenn wieder der Verkehr einigermaßen über ganz Deutschland hinweg und vor allem auch in Berlin in Ordnung kommt, läßt sich hier auf breiterer Grundlage arbeiten. Bis dahin sind solche Gründungen lediglich ein Signal, oder, wenn man will, eine Fahne, die man als Wahrzeichen kommender Möglichkeiten hißt"[8].

Auf der Grundlage einer von Koch vorgelegten und allgemein gebilligten Satzung konstituierten sich die Anwesenden als Hauptausschuß der „Deutschen Demokratischen Partei"; „Sitz der Partei ist Berlin-Wilmersdorf". Unbestrittener Erster Vorsitzender wurde Waldemar Koch[9]: einmal weil er einer der Initiatoren des Treffens war; zum anderen war er der Schwiegersohn Schiffers, der in diesem Kreise zunächst über die größte Autorität verfügte, sich aber zum Vorsitzenden zu alt dünkte; schließlich aber auch, weil Koch ein intaktes Büro zur Verfügung stellen konnte. Zweiter Vorsitzender wurde Wilhelm Külz. Aus praktischen Gründen verzichtete man zunächst auf jede Programmdiskussion, Koch und Külz wurden jedoch beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen. –

Am 20. Juni[10] wandte sich Koch – unsicher, ob die Registrierung bei der Stadtverwaltung oder der Besatzungsmacht vorzunehmen sei – an die nächste Kommandantur, Halensee, von wo er zur übergeordneten Bezirkskommandantur Wilmersdorf gebracht wurde.

„Oberst Zaitzew stellte einige Fragen, z. B. ob wir nur in Wilmersdorf zu arbeiten gedächten. Dies habe ich verneint. Ferner fragte er, ob wir viele Mitglieder hätten. Ich habe erklärt, daß wir zunächst absichtlich nur Vorstand und Hauptausschuß besetzt, uns im übrigen aber der Werbung von Mitgliedern enthalten hätten. Er erwähnte auch, daß möglicherweise bereits eine Partei gleichen Namens gegründet hätte. [sic] Dieser Punkt wurde aber nicht weiter erörtert."

[6] Zeitweilig anwesend ohne sich zu beteiligen waren Dr. Max Roscher, Paul Bourdin, Gustav Noske. (Eigene Information.)

[7] Aufzeichnung zur Gründungssitzung (ohne Datum); Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

[8] ebd.

[9] Koch hatte sich außer als Vorsitzender des Bürgerrates von Groß-Berlin 1918/19 politisch nicht betätigt, stand jedoch der Gruppe um Treviranus nahe. 1930 wurde er Dozent an der TH Berlin, 1934 wurde ihm die Lehrbefugnis wieder entzogen.

[10] Die folgende Darstellung verwertet, sofern nicht anders angegeben, die Aktennotizen von Prof. Koch, die er unmittelbar nach seinen Unterredungen aufsetzte. Er war so liebenswürdig, sie mir zur Verfügung zu stellen.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Tage zuvor, also drei Tage nach der Gründungssitzung, hatte man über Külz erstmals Kontakt zu anderen politischen Gruppen bekommen. Koch notierte am 20. Juni:

„Herr Reichsminister Dr. Külz erwähnte gestern, daß er soeben gehört hätte, daß von anderer Seite ein demokratischer Zusammenschluß erörtert würde. Als Personen wurden Prof. Spranger, Lemmer, Ersing, Prof. Sauerbruch genannt. Ob hierhinter wirklich etwas steckt, ist nicht zu sagen."

Tagelang blieb man über die Vorgänge bei anderen Gruppen völlig im Unklaren und war auf Gerüchte angewiesen. Am 22. notierte sich Koch:

„Ich hörte, daß in Zehlendorf Unterhaltungen über die Gründung einer ‚Demokratischen Aufbaupartei' schweben. Beteiligt sind hierbei Hermes, Ersing, Kaiser, Schreiber, Friedensburg, Lemmer, Sauerbruch, Spranger, Brammer. Den letzteren hätten Dr. Külz und Dr. Roscher gelegentlich der Beerdigung von Präsident Saenger getroffen und ihm wohl von unserer Arbeit berichtet."

Am selben Tage, einem Freitag, sprach Koch wieder bei der Kommandantur Wilmersdorf vor, wo er von Major Plaksin empfangen wurde:

„Ich habe Plaksin gesagt, daß es sich um einen Zusammenschluß der verschiedenen bürgerlichen Parteien handelt, nicht etwa nur um einen solchen der früheren demokratischen Partei. Er sagte, daß, wenn es sich um eine Betätigung in Wilmersdorf handle, die Angelegenheit von ihm entschieden werden könne. Nachdem dies nicht der Fall sei, was ich unterstrich, liegt die Entscheidung bei einer höheren Stelle. Er will sich mit dieser unverzüglich in Verbindung setzen."

Inzwischen war die „Deutsche Demokratische Partei" am 21. Juni in Wilmersdorf ins Vereinsregister eingetragen worden; da dazu sieben Mitglieder nötig waren, unterschrieb der von Külz eingeführte Arthur Lieutenant nachträglich das Gründungsprotokoll.

Einen Tag später nahm der von der Besatzungsmacht eingesetzte Bürgermeister von Steglitz, Schwarz, durch einen Mittelsmann, den früheren Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Trucksaess, Verbindung zu Koch auf. Schwarz, früher Berliner Fraktionsvorsitzender der DVP, wollte eine „Liberale Partei" für Kreise aus der DDP und DVP gründen. Am 23. kamen Schwarz und Trucksaess gemeinsam zu Koch. Schwarz berichtete, daß er Persönlichkeiten aus der DVP, dem Zentrum und aus Kreisen der Konservativen habe, die zwar gern eine gemeinsame Partei gründen wollten, aber keinesfalls unter dem Namen DDP.

„Viele würden fernbleiben, weil sie unter der neuen Partei eine Fortsetzung dessen vermuten, was früher in der Demokratischen Partei vereinigt war."

Schwarz schlug deshalb vor, das Wort „liberal" im Namen zu verwenden und berichtete, daß in Steglitz eine solche liberal-demokratische Partei bereits gegründet und registriert sei, an deren Spitze Dr. Hamel, aus einem Kreis um den 20. Juli stammend, stünde. Die Dringlichkeit der richtigen Namensgebung unterstrich Trucksaess noch mit einer von Marschall Shukow berichteten Äußerung, daß die Kennzeichnung „demokratisch" sich für jede Partei von selbst verstünde. Schwarz wußte weiter zu berichten, daß bei der SPD, zu der er über Dahrendorf

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beziehungen hatte, der dringende Wunsch nach einer baldigen Konstituierung der bürgerlichen Parteien herrsche. Außerdem werde das Auftreten der Russen die Sympathien für die KPD keineswegs wachsen lassen, und schließlich glaubte er zu wissen, die Russen würden sich nicht nur auf die Unterstützung der KPD konzentrieren. Aber auch wegen des Kampfes um die Posten in der Verwaltung sei es erforderlich, bald als Partei „dazusein". – Als der Hauptausschuß mit Mehrheit beschloß, den Namen DDP beizubehalten – eine „liberale Partei" würde die Katholiken fernhalten! – sagte Schwarz seine Beteiligung ab in der Erwartung, daß eine solche auf jeden Fall entstünde[11].

Erst zwei Wochen nach der Gründungssitzung, am 29. Juni, kam der erste direkte Kontakt zur CDU-Gruppe zustande, indem Koch Walther Schreiber aufsuchte, den langjährigen preußischen Minister aus der Demokratischen Partei, der mit Andreas Hermes dann bis zum Dezember 1945 den Vorsitz der CDU innehatte.

> „Dieser empfing mich einigermaßen kühl. Er verlas auf meinen Wunsch den Aufruf, von dem er sagte, daß er vielleicht heute schon zu lesen sein würde[12]. Ich sagte ihm, daß mir der Name der Partei untragbar erschiene. Wenn man auch der Ansicht sein könne, daß Namen nicht entscheidend sind, so sei hier der Name doch ein ausgeprägtes Banner. Minister Schreiber sagte, daß der Name von ihm vorgeschlagen worden sei als ein Kompromiß; welcher andere Name dann ginge. Ich sagte z. B. ‚Demokratische Volkspartei'. Dies war von ihnen auch schon erörtert worden, aber augenscheinlich nicht durchgedrungen."

Die Möglichkeit eines Zusammengehens der beiden Gruppen war damit von vornherein ausgeschlossen. Für Hermes und Schreiber kam zumindest zu diesem Zeitpunkt nur noch der Anschluß der Liberalen an die CDU in Frage, da diese mit der Veröffentlichung des Gründungsaufrufs faktisch bestand. Bis dahin hatte man die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen durchaus gesucht und es auch erreicht, daß z. B. eine National-Demokratische Partei auf ihre Gründung zugunsten der Mitarbeit bei der CDU verzichtete[13]. Das Zusammengehen mit der profilierten Gruppe der Liberalen jedoch hätte einen echten Kompromiß erforderlich gemacht, und zwar in jedem Falle auf Kosten des Wortes „christlich" im Parteinamen – dazu aber war man nicht bereit. Die Koch-Külz-Gruppe dagegen hatte ihrerseits so viel Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit in der Abschätzung ihrer politischen Aussichten, daß auch ihr an einem Zusammengehen mit der Gruppe Hermes/Schreiber niemals ernsthaft gelegen war; zudem sah man in der CDU, wie es Külz in einem Brief an Johannes Dieckmann vom 25. Juli 1945 ausdrückte[14],

> „ein getarntes Zentrum mit demokratischem Anhängsel, bei dem diese Tarnung offenbar nicht gemerkt worden ist; sie ist aber zweifellos da. Genau so, wie 1918 das Zentrum sich vorübergehend christlich-soziale Volkspartei nannte, so etabliert es sich jetzt als christlich-demokratische Union. Das Schwergewicht der Union liegt

[11] Später ging die Gruppe Schwarz in Steglitz in die LDP ein, führte aber noch lange als „Gruppe West" ein Eigenleben.

[12] Erstmals in „Berliner Zeitung" vom 29. Juni 1945.

[13] Eigene Information.

[14] Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganz klar erkennbar beim Zentrum. Wir beabsichtigten unsererseits, die von uns gegründete Partei ganz schlicht und einfach Deutsche Demokratische Partei zu nennen, als aber die Christliche Union mit ihrer Namensgebung hervortrat, haben wir bewußt unsere Abgrenzung gegen diese Christliche Union Liberal-Demokratische Partei genannt."

Die Bildung der beiden Parteigruppen war somit völlig selbständig und ohne Eingriffe seitens der Besatzungsmacht erfolgt. Allerdings konnte diese den Lizenzierungszwang zur Steuerung und Beeinflussung der Vorgänge benutzen.

Nach seinem Antrag vom 22. Juni in Wilmersdorf bemühte sich Koch in den folgenden Tagen vergeblich um eine Auskunft. Als am 26. noch immer kein Bescheid vorlag, schlug er dem Major Plaksin vor, selbst nach Karlshorst zu fahren:

„Ich fragte ihn, ob er mir einen Wagen zur Verfügung stellen könnte. Dies verneinte er. Er könne dies deshalb nicht tun, weil ihnen sonst der Wagen womöglich weggenommen würde. Sie würden einen Durchlaßschein erst in zwei Tagen erhalten."

Während man Koch so völlig im Unklaren ließ, waren Hermes und Schreiber in diesen Tagen erfolgreicher: sie führten in Karlshorst ihre Verhandlungen, die zur Veröffentlichung des Gründungsaufrufs am 29. Juni führten. Ob die von den sowjetischen Offizieren wie auch von Ulbricht den LDP-Gründern gegenüber gemachte Aussage richtig ist, daß Hermes bei seinen Besprechungen versichert habe, die LDP werde nicht gegründet[15], läßt sich nicht mehr genau nachprüfen. Es ist aber durchaus denkbar, daß solche Bemerkungen – sei es aus Unkenntnis, sei es, um diese Gründung zu verhindern – gemacht worden sind. Daß die damit verbundene Aussicht auf eine einzige bürgerliche Partei insbesondere die Führungsgruppe der KPD in Unruhe versetzte, ist bekannt und führte zu deren Initiativen, Kräfte für eine liberale Partei zu mobilisieren[16]. Tatsächlich aber hatten diese Bemühungen auf die Bildung der LDP keinerlei Einfluß, und zu ihrer Gründungsgruppe bestanden nicht einmal lose Beziehungen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß auch die dafür zuständigen sowjetischen Offiziere in diesen Tagen ihre Fühler ausstreckten nach den sonst noch vorhandenen politisch aktiven oder aktivierbaren Gruppen und Kräften. Welche das waren, läßt sich heute nicht mehr ausmachen – etwa eine Gruppe wie die der Steglitzer Liberal-Demokraten dürfte jedoch sehr wahrscheinlich darunter fallen. Am 30. Juni wurde Koch von einem sowjetischen Journalisten zu einem sondierenden Gespräch aufgesucht, dem ganz überraschend am 1. Juli eine Einladung der Gründungsgruppe zu einer Besprechung nach Karlshorst folgte. Damit war seitens der SMAD die Entscheidung zugunsten des Koch-Külz-Kreises als Kern einer vierten Partei gefallen; es läßt sich mit Sicherheit vermuten, daß sie sich für diese und keine andere Gruppe entschied, weil unter den Antragstellern neben zwei Habilitierten (Koch und Eich) zwei Reichsminister a. D. (Schiffer und Külz) waren. Wie es aus den Fragen der sowjetischen Offiziere deutlich hervorging, kam es der

[15] S. u., Protokoll der Besprechung vom 1. Juli 1945.

[16] Vgl. Leonhard (Anm. 2), S. 402ff.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SMAD sehr auf den repräsentativen Charakter dieser Parteigründung an, sollten doch alle ähnlichen Gründungen in ganz Deutschland diese Berliner Gruppe als ihre natürliche Führung anerkennen.

Die drei Protokolle (Dok. 1–3) stammen aus dem Privatbesitz von Professor Dr. Waldemar Koch, der auch die oben wiedergegebenen Aktennotizen liebenswürdigerweise zur Verfügung stellte. Es handelt sich dabei um Aufzeichnungen, die unmittelbar nach den Besprechungen mit der SMAD angefertigt wurden, zwei von Koch selbst und eine von Arthur Lieutenant, dem Geschäftsführer der LDP.

Ihre Bedeutung liegt nicht nur in der anschaulichen Schilderung der Art und Weise dieser Besprechungen, sondern auch und vor allem darin, daß hier manches von den Motiven und den Zielen der sowjetischen Besatzungspolitik sozusagen „authentisch" geäußert wird. Daß etwa die in Berlin zugelassenen Parteien in allen Zonen tätig sein sollten, geht aus den Fragen Garbatoffs und Semjonows indirekt, aus der zornigen Bemerkung Shukows sehr deutlich hervor. – Die Anwesenheit des KPD-Sekretärs Walter Ulbricht bestätigt nur einmal mehr dessen besondere Vertrauensstellung bei der Besatzungsmacht. Im übrigen bedeutete der von ihm gesprächsweise gemachte Vorschlag, „Fragen in einem Kreise der verschiedenen Parteien zu besprechen", den Auftakt zum „Einheitsblock"[16a]. – Aber auch die Offenheit, mit der Koch und Külz die Grundsätze ihrer Partei den Besatzungsoffizieren gegenüber darlegten, sollte nicht übersehen werden.

Man geht fehl in der Annahme, daß durch die rasche Bildung einer Zentrale in Berlin die Ausbreitung der LDP über das Gebiet der SBZ ausschließlich auf Initiativen „von oben" zurückging. Vielmehr sind drei Arten von Gründungen außerhalb Berlins zu unterscheiden: solche, die direkt von der „Reichsleitung" organisiert wurden; solche, die unabhängig von ihr aber erst auf den „Startschuß" der entsprechenden Pressemeldungen hin zustande kamen; und schließlich autonome Gründungen unter eigenen Namen. Von den letzteren sollen hier einige vorgestellt werden. Zwar sind nur relativ wenige dieser Fälle bekannt geworden, aber es ist anzunehmen, daß es sehr viel mehr solcher Ansätze gegeben hat, die zumindest deutlich machen, daß die Trennung des liberalen vom christlich-demokratischen bzw. Zentrums-Flügel nicht auf einen Eingriff der Besatzungsmacht zurückgeht. –

In Netzschkau, einer Ortschaft von 10 000 Einwohnern in der Nähe von Reichenbach i. V., wurde am 10. Juli eine „Deutsche Demokratische Einheitspartei" gegründet, die mit einem Aufruf im „Netzschkauer Tageblatt" an die Öffentlichkeit trat[17]. Die Bezeichnung der Einheitspartei als „Zusammenfassung aller Stände

[16a] Vor der offiziellen Konstituierung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien" am 14. Juli hatten KPD, SPD und LDP eine informelle Besprechung am 4. Juli. KPD und SPD kritisierten dabei scharf einige Punkte des vorgesehenen LDP-Aufrufes, welcher dann auch entsprechend abgeändert erst am 5. Juli endgültig unterzeichnet wurde. (Eigene Information.)

[17] S. u. Dokument 4; Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Berufe zu tatkräftiger Aufbauarbeit" bezeugt ihren ausgesprochen bürgerlichen Charakter, der auch in der gleichzeitigen Frontstellung gegen „Unternehmerwillkür" wie gegen „Klassenhaß" zum Ausdruck kommt. Letzteres aber ist zugleich Beweis einer gewissen Eigenständigkeit gegenüber der sehr wahrscheinlich bereits bestehenden KPD, was auch an der Erklärung zugunsten der NSDAP-Mitläufer deutlich wird – in Berlin wäre das gar nicht möglich gewesen. – Der Vorsitzende der Einheitspartei machte Mitte Juli einen Besuch bei Külz und bat um die Herstellung der Verbindung mit Dresden; das geschah dann auch.

In Dresden war am 6. Juli eine „Demokratische Partei Deutschlands" gegründet und noch am 16. Juli von der Kommandantur genehmigt worden[18]. Erst am 15. Juli wurde den Gründern in Dresden etwas von der LDP in Berlin bekannt, woraufhin sich einer von ihnen, Johannes Dieckmann, an Külz wandte und ihm mitteilte:

> „Da wir bis zu der vorerwähnten Radiomeldung vom 15. ds. Mts.[19] von keiner Seite aus dem Reich über etwa beabsichtigte Gründungen einer antifaschistischen demokratischen nichtmarxistischen Partei etwas gehört hatten, haben wir hier die Initiative ergriffen und die hiesige Gründung als Keimzelle für das ganze Reich gedacht."

Wie Dieckmann weiter mitteilte, stand ein programmatischer Aufruf unmittelbar vor der Veröffentlichung, und man hoffte, auch eine eigene Tageszeitung herauszubringen[20]. Die führenden Leute kamen aus der alten Demokratischen Partei, teilweise aber auch aus der Volkspartei:

Prof. Dr. Kastner	(DDP) 1. Vorsitzender
Ernst Scheiding	(DDP-Generalsekretär für Sachsen)
Dr. Uhle	(DDP)
Dr. Menke-Glückert	
Dr. Thürmer	(DVP)
J. Dieckmann	(DVP)[21]

In Görlitz hatten sich ebenfalls einige alte Demokraten zusammengetan und am 5. Juli die „Deutsche Demokratische Partei" ins Leben gerufen, unterstützt vom neuen Oberbürgermeister, selbst Demokrat und auch jetzt wieder Mitglied. Erst auf die Nachricht vom Stand der Dinge in Berlin wurde ein Bote zu Külz gesandt mit der Bitte um Werbematerial, was ihm auch gegeben wurde[22].

In Weimar hatte sich bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner

---

[18] Brief Johannes Dieckmanns an Wilhelm Külz vom 17. Juli 1945; Külz-Nachlaß 74, Bundesarchiv Koblenz.

[19] Es handelt sich vermutlich um eine Übertragung oder einen Bericht von der ersten Kundgebung der „Einheitsfront" in Berlin am 14. Juli.

[20] Der Aufruf war nicht mehr zu beschaffen.

[21] Dieckmann war, entgegen seinen heutigen Behauptungen, nie enger Mitarbeiter oder gar Sekretär Stresemanns: er war DVP-Geschäftsführer im Kreise Oldenburg, wo Stresemann sich einmal zur Wahl gestellt hatte.

[22] Brief von Paul Henke an Wilhelm Külz vom 25. Juli 1945; Külz-Nachlaß 74; Bundesarchiv Koblenz.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am 12. April um Leonhard Moog, den späteren thüringischen Minister, eine Gruppe von Parteifreunden aus der Demokratischen Partei gefunden, die – allerdings noch ganz im Stillen – die ersten Vorarbeiten für den thüringischen Landesverband einer neuen DDP leistete. Sobald die amerikanische am 4. Juli durch die sowjetische Besatzung abgelöst worden war, wurde dieser auch tatsächlich am 9. Juli gegründet, nachdem sich bereits verschiedene Ortsgruppen aufgetan hatten. Getragen wurde diese Gründung zunächst ausschließlich von alten DDP-Mitgliedern:

Leonhard Moog	1. Vorsitzender
Alphons Gaertner	1. Stellvertreter
Hermann Becker	2. Stellvertreter

Hier wie an verschiedenen anderen Orten wurde der Wechsel der Besatzungsmächte durchaus zunächst mit einem gewissen Optimismus zur Kenntnis genommen. Während die Amerikaner die Deutschen – entsprechend ihren Anweisungen – zumeist wie Unmündige behandelt und deren Initiativen soweit als möglich untersagt hatten, nahmen die Russen die Deutschen sofort politisch ernst und erreichten es, deren schlechte Erfahrungen mit ihren Vorgängern zur Schaffung einer guten Anfangsatmosphäre zu verwerten; sie erklärten, daß vier Parteien – KPD, SPD, das Zentrum „und eine demokratische Partei" – zugelassen seien, welche Position dann die Gruppe um Moog sofort einnehmen konnte[23].

Auch in Halle bildete sich noch unter amerikanischer Besatzung im Geheimen ein kleiner Kreis alter Demokraten um den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Carl Delius. Man traf sich außerhalb der Stadt und arbeitete ein vorläufiges Programm für eine „Demokratische Volkspartei" aus, für das auch bereits Unterschriften gesammelt wurden, so daß die Partei bereits bestand, als die Rote Armee einmarschierte. Delius selbst schreibt darüber[24]:

> „Die ersten Vorarbeiten für den Zusammenschluß bei uns hatten die sogenannten Possedisten, also die ehemaligen Konzentrationäre, politische Häftlinge und sonstigen Opfer des Faschismus geleistet. Damit galt für uns auch das Programm der neuen Partei, wobei wir uns darüber klar waren, daß die Partei nicht als eine Fortsetzung der nicht gerade rühmlich geendeten Deutschen Demokratischen Partei zu betrachten sei . . ."

Man wollte sich statt dessen vielmehr „uneingeschränkt auf den Boden einer wahrhaften Demokratie" stellen[25], in der neue Verhältnisse auch neue Einstellungen verlangten: „Mit alten Formalien und Methoden war in der Gegenwart mit ihren gewaltigen Anforderungen keine erfolgreiche Politik zu treiben." Darum lehnten die Gründer es ab, „eine sogenannte bürgerliche Partei zu sein"[26] und erwarteten von einer Volkspartei die Vereinigung aller Schichten und Stände, die „keine Fortsetzung alter, jetzt überlebter Ziele und Methoden" sei. Die Sorge davor, rückschrittlich, konservativ, nicht mehr zeitgemäß zu sein, war hier fast

[23] Eigene Information.
[24] Liberal-Demokratische Zeitung, Halle, 26. Januar 1946.
[25] ebd.
[26] Delius a. a. O., 26. Juni 1946.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon zu einem ideologischen Komplex geworden: „In der Zeit, wo eine radikale, politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltung sich vollzogen hat, wäre es mehr als unverständlich, wenn man an das Vergangene anknüpfen wollte[27]." Die Gründer der Volkspartei entstammten jedoch durchweg der Demokratischen Partei[28].

In Leipzig sind die Vorgänge besonders bemerkenswert, da hier der Versuch zur Bildung einer großen nichtsozialistischen Partei zunächst tatsächlich erfolgreich zu sein schien[29]. Auch hier war unter amerikanischer Besatzung jegliche politische Tätigkeit untersagt; ebenso wie eine kommunistische Widerstandsgruppe „Nationalkomitee Freies Deutschland" verboten wurde[30], konnte auch ein im Juni aus etwa fünfzig Kommunisten und Sozialdemokraten sowie zehn Bürgerlichen gebildeter Antifa-Block nicht an die Öffentlichkeit treten[31]. Das änderte sich mit dem sowjetischen Einmarsch am 2. Juli sehr schnell. Auf den durch Anschlag bekanntgemachten Befehl Nr. 2 hin trafen sich am 8. Juli eine Reihe von Persönlichkeiten des politischen Lebens der Stadt, um eine Partei „auf breitester Grundlage" zu bilden, für die man den Namen „Demokratische Partei Deutschlands" wählte. Ein Ausschuß wurde gebildet und die Ausarbeitung eines Programms beschlossen, das, von dem ehemaligen Zentrumspolitiker Karl Buchheim entworfen, am 21. Juli nach lebhaften Debatten angenommen wurde und durch Plakatanschlag als Aufruf veröffentlicht werden sollte[32]. Im „Block" arbeitete die DPD bereits als dritte Partei und mit einem Drittel der Sitze mit, ohne daß von der Besatzungsmacht oder der KPD der Versuch einer Spaltung des „bürgerlichen Lagers" gemacht worden wäre. Die Spannungen, die sich in der Partei einstellten, erwuchsen vielmehr aus dieser selbst, aus grundlegenden Differenzen zwischen dem liberalen und dem christlichen Flügel, so daß einige Gründer sehr bald zu der Überzeugung kamen, die Partei werde sich in dieser Form nicht halten lassen[33]:

> „Als man nämlich über die Kernpunkte eines Programms sprach, stellte man fest, daß es zwei Begründungen gab, auf denen aufgebaut werden konnte, eine weltliche oder eine christliche. Und sowie das in unserem Bewußtsein lebendig wurde, beschlossen wir, bei guter Gelegenheit den christlichen Flügel als besondere Partei selbständig zu konstituieren."

Das bot, wie man meinte, außerdem noch den taktischen Vorteil, den beiden marxistischen zwei bürgerliche Parteien gegenüber zu stellen. – Die „gute Ge-

---

[27] ebd.

[28] Carl Delius, Dr. Rexrodt (ehem. DDP-Hauptgeschäftsführer in Berlin), Walter Leuschel, Walter Kirst, Frl. Becker.

[29] Karl Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland; München 1953, S. 420ff.

[30] Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit; Bd. I, 1. Hbd., Berlin 1957, S. 52f. und S. 98.

[31] Eigene Information.

[32] S. u. Dokument 5; im Besitz von Prof. K. Buchheim, München, der auch brieflich so freundlich war, einige Mitteilungen über die Vorgänge in Leipzig zu machen.

[33] Ernst Eichelbaum, „Wie es in Leipzig begann"; in: Der Tag, Berlin, 25. Juni 1955.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legenheit" kam bereits sehr bald, indem die Kommandantur das Ankleben des bereits gedruckten Plakates mit dem Aufruf verbot und die auf den 29. Juli angesetzte öffentliche Kundgebung untersagte. Offensichtlich hatte sie inzwischen von den Berliner Vorgängen gehört und die Weisung erhalten, sich nach diesen zu richten. Die Vertreter der DPD bekamen nun gesagt: „Machen Sie was Sie wollen, aber schließen Sie sich einer der Berliner Gründungen an, die sind von Shukow genehmigt[34]." Daraufhin beschloß man, einen Vertreter, Dr. Hans Reif, mit Verhandlungsvollmachten nach Berlin zu schicken, um Klarheit zu gewinnen. Dieser sprach dort mit Külz und Kaiser und entschied sich schließlich für die LDP, wohin ihm auch die Mehrheit der Leipziger Gruppe folgte, während der etwas schwächere christliche Flügel sich der CDU anschloß[35]. –

In anderer Weise als in Berlin, aber jenen Vorgängen im Grundsätzlichen sehr verwandt, zeigte es sich auch in Leipzig, daß sich die sowjetischen Vorstellungen über das deutsche Parteiensystem und aus den deutschen Verhältnissen selbst erwachsende Bestrebungen weitgehend entgegenkamen und ergänzten. Beide Kräfte in ihrem Zusammenspiel waren es, die das Vier-Parteiensystem schließlich hervorbrachten.

Ekkehart Krippendorff

Dokument 1

Protokoll über die Besprechung bei der Sowjetischen Militärischen Administration am 1. Juli 1945.

Gestern Nachmittag erschien bei mir der Dolmetscher Gundlach in Begleitung des Oberstleutnant Martuso, um im Namen des Generalleutnant Bokow mich zu einer Besprechung betr. die DDP zu bitten. An dieser sollten aus dem Kreise von Vorstand und Hauptausschuß mindestens fünf Herren teilnehmen, die sofort zusammengeholt werden sollten, zu welchem Zwecke zwei Autos vorgefahren waren. Die Adressen hatte man bereits nach Möglichkeit aus dem Telefonbuch festgestellt.

Es war dann möglich, nachdem Herr Minister Dr. Külz zufällig in diesem Augenblicke mich aufsuchte, noch die Herren Lieutenant, Meyer und Dr. Schiffer anzutreffen. Wir fuhren zunächst zur Zentralkommandantur Alt-Friedrichsfelde 1, wo wir von dem früheren Reichstagsabgeordneten Ulbricht erwartet und begrüßt wurden, der heute Mitglied des Sekretariates der KPD ist. Er kannte die Herren Dr. Külz und Dr. Schiffer bereits aus dem Reichstage. Ferner war eine Dolmetscherin vorhanden. Wir fuhren dann nach Karlshorst weiter, wo uns nach einigem Warten der General Bokow in einem Gebäudekomplex empfing, der anscheinend eine frühere deutsche Militärische Offiziersakademie enthielt.

General Bokow, der ein Mann von etwa 40 Jahren ist und russisch sprach, sagte, daß es erwünscht sei, vor der Registrierung sich kennenzulernen. Zunächst mußten von den einzelnen Vertretern unserer Partei einigermaßen genaue Angaben über den Lebenslauf, die bekleideten Stellungen, die Stellungnahme zur NSDAP gemacht werden.

Es wurde weiter gefragt, wieviel Mitglieder die Demokratische Partei gehabt habe. Herr Külz gab an, daß nach 1918 die Partei 5,4 Millionen Stimmen auf sich vereinigt

[34] Eigene Information.

[35] Reif selbst blieb gleich als Geschäftsführer in Berlin.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte. Ich führte aus, daß wir keineswegs nur die zu vertreten beabsichtigten, die auf dem Boden der alten Demokratischen Partei gestanden hätten. Vielmehr wollten wir die bürgerlichen Parteien, die rechts von den marxistischen Parteien gestanden hätten, bei uns ansammeln mit Ausnahme des Zentrums. Allerdings würden deutschnationale Kreise bei uns ohne besonderen Einfluß auf die Parteipolitik sein. Mit Rücksicht auf den weiteren Kreis, den wir zögen, beabsichtigten wir auch, uns nicht – wie zuerst angegeben – Deutsche Demokratische Partei zu nennen, sondern Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

Es wurde gefragt, warum wir das Zentrum ausschlössen. Dazu habe ich erklärt, daß wir der Ansicht sind, daß das Zentrum jedenfalls in dem Gebiete, in dem es die Majorität hat, sich ohnehin selbständig konstituieren würde. Wir hielten einen unmittelbaren Zusammenschluß der Katholiken und der demokratischen Kreise für eine unnatürliche und nicht dauerhafte Ehe. Das Zentrum habe übrigens auch nach 1918 versucht, nachdem die Bezeichnung Zentrum nicht populär war, sich als Christlich-Soziale Partei zu bezeichnen und andere Kreise an sich zu ziehen, sei dann aber später zum Namen Zentrum zurückgekehrt.

Wir seien der Ansicht, daß man die Politik nicht mit der Religion verquicken solle, und daß man daher keine Partei auf der Grundlage eines religiösen Bekenntnisses zusammenschließen solle.

Herr Külz erklärte dazu noch, daß dies nicht etwa ein Gegensatz zu derartigen Parteien bedeutete, und daß wir sehr wohl mit derartigen Parteien zusammenarbeiten könnten.

Es wurde dann gefragt, wie wir uns zu organisieren beabsichtigten. Ich erklärte, daß wir den Wunsch hätten, daß in ganz Deutschland gegründet würde, indem diejenigen, die auf dem Boden unseres Programmes ständen, sich zusammenschlössen und mit uns zentral in Verbindung setzten.

General Bokow erwähnte, daß bisher nur zwei Parteien registriert seien, die KPD und die SPD. Die Partei der Christlich-Demokratischen Union sei bisher noch nicht registriert, weil man an diese ebenfalls noch Fragen hätte. Von dort aus sei ihm gesagt worden, daß die Deutsche Demokratische Partei nicht gegründet werden würde. Dazu habe ich bemerkt, daß es den Herren sehr wohl bekannt gewesen sei, daß wir uns bereits gegründet haben.

Ich wurde dann ersucht, mich über die Ziele der Partei zu äußern. Dies habe ich anhand des Programms getan. Insbesondere wurde auf die Einstellung der Partei zum Kriege eingegangen, wozu ich erklären konnte, daß wir diesen ablehnten.

Zu der gestellten Frage nach Wiedergutmachung erklärte ich, daß wir verständen, daß diese Forderung geltend gemacht würde, und daß eine solche am ehesten dann möglich sein würde, wenn man die deutsche Wirtschaft arbeiten ließe und sie nicht durch Maßnahmen hemmt.

Es wurde auch die Frage der Einstellung zum Großgrundbesitz aufgeworfen. Hier seien Reste des Feudalismus vorhanden. Ich fragte zunächst noch, ob denn Deutschland Großgrundbesitzungen verblieben wären. Dazu wurde erwidert, daß dies zur Zeit der Fall sei. Ich habe dann erklärt, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Deutschland wie in Rußland Getreideüberschüsse lieferten, die von den kleinen und mittleren Betrieben nicht zu erwarten seien. Auch Herr Dr. Külz machte darauf aufmerksam, daß man unterscheiden müsse zwischen dem Großgrundbesitz als Typ des Wirtschaftsbetriebes und als Erscheinungsform des Feudalismus. Von dem letzteren sei in Deutschland nichts übrig geblieben.

Ich wurde ferner gefragt, wie wir uns zu den Unternehmern stellten, die Pg seien oder die geflohen wären.

Ich habe erklärt, daß ich nichts dagegen hätte, wenn vorgeschrieben würde, daß Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder nicht Pg gewesen sein dürften. Seien sie Unter-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmer gewesen, so könne hier wie auch sonst das Eigentum evtl. dazu benutzt werden, die Lasten des Krieges in erster Linie auf die Schultern derjenigen zu legen, die den Krieg verschuldet hätten, welch letzteres ja nach unserem Programm zu betreiben sei. Soweit Unternehmer ihre Betriebe verlassen hätten, müßte untersucht werden, aus welchem Grunde dies geschehen sei. Es schiene nicht zweckmäßig, Betriebe in Staatsbetriebe umzuwandeln, die sich nicht eigneten. Wohl aber seien auch wir dazu zu haben, daß z. B. Versorgungsbetriebe wie überhaupt kommunale Betriebe kommunalisiert würden.

Herr General Bokow erklärte, daß die Unterzeichnung durch Marschall Shukow gefällt werden würde, und daß diese in zwei bis drei Tagen vorliegen dürfte.

Auf meine Frage bat er, ihm die neue Bezeichnung der Partei schriftlich zu erklären und auch das Programm in seiner endgültigen Form beizufügen, das wir ja evtl. noch auf Grund der Aussprache abändern könnten. Er wollte mir heute zwei Uhr einen Wagen schicken, der mich zur zentralen Kommandantur bringen sollte.

Wir wurden dann noch eingeladen, ein Essen im Offizierskasino einzunehmen, an dem auch Herr Ulbricht teilnahm, der bei der ganzen Unterhaltung anwesend gewesen war, ohne sich aber an ihr zu beteiligen. Augenscheinlich wird die KPD in dieser Weise ins Bild gesetzt. General Bokow unterhielt sich auch vor der Besprechung mit ihm. Bei Tisch warf Ulbricht die Frage auf, ob wir bereit seien, Fragen in einem Kreise der verschiedenen Parteien zu besprechen. Dies wurde von mir und auch von Herrn Dr. Külz ausdrücklich bejaht. Ulbricht erwähnte, daß Hermes die Mitteilung gemacht hätte, daß wir die Gründung der DDP nicht durchführen würden. Den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union hätte die KPD nicht gebracht, weil die Registrierung noch nicht vorlag. Wenn diese vorläge, wollten sie beide Aufrufe gleichzeitig veröffentlichen.

Ich habe den Eindruck, daß auf Grund der Mitteilung von Hermes die Russen unseren Antrag zunächst haben liegen lassen. Sie haben dann aber schließlich am 30. 6. zunächst einmal den Vertreter der Moskauer Zeitung Krasnaja Swesda (Zeitung der Roten Armee) zu mir geschickt, der mit mir an meinem Bett eine längere Unterhaltung führte, in der ich ihm erklärt habe, daß wir uns von der anderen Partei getrennt halten werden. Vielleicht ist daraufhin gestern plötzlich die Besprechung durch General Bokow angesetzt worden.

Berlin, den 2. Juli 1945 Koch

Dokument 2

Berlin, den 10. Juli 1945

Auf Einladung der russischen Hauptkommandantur fand in deren neuem Sitz – Tierärztliche Hochschule Luisenstraße – eine Besprechung über den Registrierungsantrag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands statt. Es nahmen teil

von der Hauptkommandantur
Herr Generalmajor Baranoff, als Versammlungsleiter
Herr Generaloberst Garbatoff
Herr Gesandter Semenow, als Dolmetscher
Herr Oberst Jelisarow, als stellv. Versammlungsleiter
von der Lib.-Dem. Partei Deutschlands
Herr Dr. Waldemar Koch, Vorsitzender der Partei
Herr Minister a. D. Dr. Külz
Herr Minister a. D. Dr. Schiffer
Herr Bürgermeister a. D. Lieutenant, Geschäftsführer der Partei.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Generalmajor Baranoff teilte mit, daß unsere Partei nunmehr registriert worden sei.

Herr Dr. Koch spricht seinen Dank aus.

Herr Dr. Schiffer spricht von den großen Rechten, die uns aus der Registrierung erwachsen, weist aber auf die ernsten Pflichten hin, die uns die Arbeit am deutschen Volke bringt. Vor allen Dingen müsse Vorsorge getroffen werden, daß sich nicht reaktionäre Elemente unter einem Deckmantel in die Partei einschleichen und die Arbeit sabotieren.

Herr Lieutenant weist darauf hin, daß die Dem. Partei bereits Verhandlungen mit den anderen bereits registrierten Parteien aufgenommen habe. Die Hauptarbeit dieses Blocks werde die Verhinderung irgendwelcher versteckter faschistischer oder militaristischer Arbeit sein.

Herr Dr. Külz betont, daß die Liberal-Demokratische Partei keine Nazis als Mitglieder aufnimmt. Alle Partei-Mitglieder ständen in der Arbeit gegen die Faschisten zusammen. Die Frage der Wiedergutmachung müsse in engster Zusammenarbeit mit den Siegerstaaten geregelt werden.

Herr Generaloberst Garbatoff fragte, wo die Partei ihre Arbeit aufnehmen wollte.

Herr Dr. Koch erwiderte, daß das Arbeitsgebiet ganz Deutschland sei, sobald die Verkehrs- und postalischen Verhältnisse dies erlauben.

Herr Generaloberst Garbatoff fragte weiter, in welchen Zonen die größten Schwierigkeiten eintreten werden.

Herr Dr. Koch hofft, daß auch die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden zu gegebener Zeit in ihren Zonen die Arbeit der Parteien erlauben werden.

Herr Gesandter Semenow weist auf die großen Aufgaben hin, welche den Parteien erwachsen, die nicht nur in der Bekämpfung des Faschismus liegen. Er erinnert z. B. an die Ernte, an die Ingangsetzung des Verkehrs u. a. Wenn auch Deutschland militärisch besiegt sei, so sei doch die militaristische und faschistische Ideologie aus dem deutschen Volke zu beseitigen. Es werde noch lange Zeit versteckte Anhänger dieser Ideologie geben, denn zu große Kreise des Volkes seien blinde Anhänger des Faschismus gewesen.

Herr Dr. Koch konnte diese Ansicht nicht unwidersprochen lassen. Aus seiner Kenntnis seien auch unter Hitler weite Kreise Gegner des Systems gewesen.

Herr Lieutenant sieht die Hauptarbeit auf dem Gebiete der Jugenderziehung, denn die deutsche Jugend sei von der hitlerischen Theorie des Rassenwahns verseucht und könne nur mit schärfsten Methoden wieder zu wirklicher demokratischer Auffassung erzogen werden.

Herr Gesandter Semenow hält den Drang der Deutschen nach Osten und Westen seit Jahrzehnten für falsch; das deutsche Volk müsse sich an andere Ziele, als Eroberungen gewöhnen. Es gäbe so viel wichtige Aufgaben eines Volkes, die mit dem Faschismus absolut nichts zu tun haben.

Herr Dr. Külz weist auf unsere Programmpunkte hin, in denen es deutlich heißt, ein neues deutsches Volk und ein neues Deutschland.

Herr Gesandter Semenow fragt, ob die Demokr. Partei bekannte Persönlichkeiten im Ausland habe.

Herr Dr. Koch nennt einige Namen.

Herr Dr. Schiffer glaubt, daß die Partei sich mehr an die nackten Tatsachen halten müsse, um ersprießliche Arbeit zu leisten. Es gäbe so viel dringliche Aufgaben, die das deutsche Volk zu erledigen habe, daß keine Zeit zu Polemik bleibe, sondern es hohe Zeit sei, an die Arbeit zu gehen.

Herr Dr. Koch sagt, der Erfolg der Arbeit der Partei wird von den Möglichkeiten abhängen, die die Besatzungsmächte dem deutschen Volk zu erfolgreicher Arbeit lassen. Vorbedingung ist die Wiederingangsetzung von Verkehr und Wirtschaft.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Gesandter Semenow will unsern Antrag auf Genehmigung einer parteieigenen Zeitung prüfen und stellt einige Fragen, wie z. B. Auflage. Es wurde ihm erwidert, daß an eine Auflage von 100 000 gedacht sei. Es wurden weitere Wünsche von uns geäußert, wie Auto, Papier für die Zeitung, Geschäftsräume.

Herr Oberst Jelisarow sicherte uns weitgehendste Unterstützung zu. Wir sollten uns mit allen Fragen an die Hauptkommandantur wenden. Allerdings sei erwünscht, daß immer dieselbe Persönlichkeit in der Hauptkommandantur erscheine. Hierfür wurde Herr Lieutenant genannt.

Herr Dr. Koch fragte nach Genehmigung eines Rundfunkvortrages. Auch hierfür sollte ein schriftlicher Antrag vorgelegt werden.

Auf Anfrage des Namens unserer geplanten Zeitung nannte Herr Dr. Koch: Neues Deutschland. Als Herausgeber wurde Herr Minister Dr. Külz genannt.

Damit schloß die Besprechung.

Lieutenant.

Dokument 3

Aktennotiz 5. 9. 1945

Betrifft: Besprechung bei Marschall Shukow

Ich wurde um etwa 15.30 Uhr telefonisch aufgefordert, zum General Bokow zu kommen, wo 17.30 Uhr eine Besprechung sein solle. Ich wünschte, lieber morgen zu kommen, da ich eine Vorstandssitzung angesetzt hätte. Darauf wurde erklärt, daß dies nicht möglich sei. Ich habe dann um Entsendung eines Wagens gebeten, der um 17.30 Uhr ankam. Auf diese Weise hatte ich dreißig Minuten Zeit gehabt, die Frage der Landreform im Vorstande zu besprechen. Man war einstimmig der Meinung, daß die Zustimmung zur Enteignung des gesamten Besitzes über 100 ha abgelehnt werden solle. Dagegen sei eine organische Siedlung gutzuheißen.

In Karlshorst waren Dr. Hermes und Dr. Schreiber bereits anwesend, dgl. Herr Ulbricht und dessen Frau, die dolmetschte. Wir wurden zu Marschall Shukow geführt; außerdem nahm General Bokow teil.

Shukow nahm zunächst mich vor und fragte, was unsere Partei mache. Ich erzählte ihm von ihrer Ausdehnung, der Gründung von Landesgruppen in Thüringen, Sachsen usw. Er meinte, daß es zu langsam ginge, worauf ich auf die Schwierigkeiten des Verkehrs hinwies. Telegramme und Briefe seien nicht möglich.

Hierauf bemerkte Shukow, daß er vor vierzehn Tagen einen Befehl unterzeichnet habe, wonach den Parteien Briefe, sogar vertrauliche Briefe, (gemeint sind wahrscheinlich verschlossene Briefe) erlaubt seien.

Shukow kam dann auf die Einheitsfront zu sprechen. Er fragte, warum ich die Junker verteidige. Diese seien die Träger des Militarismus gewesen und hätten den Krieg gewollt. Ich sagte ihm, daß die Großgrundbesitzer, die ich kenne, keine Militaristen und keine Junker seien. Er fragte, welche Gutsbesitzer ich kenne. Ich sagte ihm, sogar ostpreußische entsprechende Grundbesitzer. Über solche zu reden, lehnte er ab, da Ostpreußen nicht mehr zu Deutschland gehöre. Er verlangte dann, weitere zu wissen, und ich nannte ihm Gebersdorf.

Shukow beklagte sich dann über die Haltung beider Parteien in der Einheitsfront. Mit der KPD und der SPD sei er zufrieden, mit der LDP und der CDU dagegen nicht. Besonders die letztere unterscheide sich in ihrer Presse nicht mehr vom Faschismus. Er selbst aber fände jedes Körnchen Faschismus aus jedem Zeitungsinhalt heraus. Die Einheitsfront solle friedlich zusammenarbeiten. Sie stände jetzt vor einer

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ernsten Prüfung. In der Provinz seien die Ortsgruppen der Einheitsfront für eine Bodenreform. Die Führung der Einheitsfront zeige aber nicht das gleiche Einverständnis. Dadurch handle man auch gegen die Beschlüsse der Provinzialregierungen. Man solle auf die Sowjets hören.

Shukow hielt dann Dr. Schreiber den Inhalt einer Rede vor, die dieser kürzlich in Wittenberg gehalten hat. Er hätte gesagt: ‚Die deutschen Soldaten haben für eine gerechte Idee gekämpft. – Das deutsche Volk könne weder moralisch noch wirtschaftlich die Verantwortung für die Folgen des Krieges tragen . . . Die Bodenreform müsse zur Verelendung des Volkes führen.' Dies alles sei faschistisch.

Dr. Schreiber stritt derartige Äußerungen ab. Vielmehr seien seine Worte verdreht wiedergegeben worden.

Shukow wies darauf hin, daß der Inhalt stenographisch aufgenommen worden sei (lt. Schreiber hat die Versammlung im Freien stattgefunden, wo eine Gelegenheit zum Stenographieren nicht vorhanden war. Es hat sich jemand Notizen gemacht. Die KPD-Leute waren wütend, weil sie in der Diskussion nicht zugelassen wurden).

Shukow erklärte, sie könnten diejenigen Parteien liquidieren, die ihnen nicht gefielen. Das beabsichtigten sie jedoch nicht. Sie hätten auch Regierungsorgane geschaffen, wo alle Parteien vertreten seien. So gingen sie politisch voran. Die Amerikaner und Engländer müßten ihnen folgen. Die Russen nehmen die Großindustrie als Reparationen fort und würden nur die Industrie lassen, die dem friedlichen Leben dient.

Wir sollten friedlich miteinander leben. Die Bodenreform wird durchgeführt werden und zwar von unten her. Man solle diese aber nicht von oben her stören. Politiker müßten Konzessionen machen. Je schneller die Junker fortkämen, um so schneller würde die faschistische Ideologie verschwinden.

Dr. Hermes wies darauf hin, daß die Einheitsfront die Angelegenheit noch gar nicht behandelt hätte sondern nur ein Unterausschuß. Er selbst hätte Siedlungen durchgeführt. Bei Enteignungen müßten Entschädigungen gezahlt werden, aber nicht an Kriegsverbrecher.

Shukow wies darauf hin, daß die Truppen eine halbe Million ha bearbeiteten, die von den Besitzern verlassen worden seien. Die Geflüchteten bekommen ihre Güter nicht zurück. Man müsse jetzt die Bodenreform beschleunigen. Es sei dies eine Prüfung für die Einheitsfront.

Dr. Hermes erklärte noch, daß der Block die Prüfung bestehen werde.

Shukow: Schreiber und die Neue Zeit seien eine ernste Gefahr. Diese Zeitung behandle viel Kriegsprobleme.

Shukow fragte im Anschluß an Ausführungen die ich machte, ob wir Wünsche hätten. Ich erklärte, daß wir die Genehmigung von Zeitungen in Potsdam und Leipzig beantragt hätten. Shukow antwortete, daß die Papierversorgung schwierig sei. Wenn Papier von den neuen Papierfabriken zur Verfügung stehen würde, so würde er einverstanden sein. Er fragte ferner, ob wir nicht 30–50 000 Exemplare an die Provinz liefern könnten. Ich sagte, daß wir dazu in der Lage sein würden, wenn die Auflage auf 150 000 erhöht würde. Shukow sagte hierauf zunächst 50 000 Exemplare zusätzlich zu. Davon sollten wir dann Potsdam und Leipzig befriedigen. Dazu habe ich dann wieder bemerkt, daß wir diese beiden extra genehmigt und versorgt zu haben wünschten. Dazu äußerte sich Shukow zustimmend aber wohl für den Zeitpunkt, wo hinreichend Papier vorhanden ist.

Dr. Hermes berichtete dann von den Landesverbänden der CDU in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Pommern. Auch seien Ortsgruppen in Köln, Bochum gegründet, ferner in Greifswald, Magdeburg und Burg. Fernerhin seien Gründungen in Süddeutschland vorbereitet.

Dazu fragte Shukow, ob die Engländer und Amerikaner einverstanden wären,

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

was bejaht wurde. Die Genehmigung dazu ist aber nicht von Berlin sondern örtlich eingeholt worden.

Ich fragte ihn, ob er uns Ausreisegenehmigungen in die englisch-amerikanische Zone geben würde. Er sagte, daß dieses in Zukunft möglich sein werde.

Dr. Hermes erbat sich noch drei Autos, die ihm auch zugesagt wurden. Ferner wünschte er Telefon. Eine Telefonliste soll unter Angabe von Ort und Person an General Bokow gegeben werden.

Auch uns wurde die Namhaftmachung weiterer Telefonanschlüsse zugebilligt.

Andererseits verlangte Shukow, daß der Redakteur der Neuen Zeit entlassen würde. Dr. Hermes bat, ihm noch einmal Gelegenheit zu geben. Doch sagte Shukow, daß es besser wäre, wenn er abträte. Man könne ihn ja anders beschäftigen. Solange er dort sei, würde die Zeitung kein zusätzliches Papier bekommen. ‚Ihre Zeitung ist schlechter als die von Koch.' Dr. Hermes führte dann aus, daß es seine entschiedene Überzeugung sei, daß nicht alle Deutschen schuldig sind, worauf Shukow erwiderte, wir wollen nicht alle über einen Kamm scheren.

Über meine eigenen Ausführungen habe ich naturgemäß keine Notizen machen können. Man kann sagen, daß die erste Viertelstunde ein Dialog zwischen Shukow und mir war, die nächste halbe Stunde ein solcher insbesondere mit Dr. Schreiber, darauf mit Dr. Hermes.

Der Schluß der Unterhaltung war friedlich, gefördert durch einige Gläser Rigaer Bier, das in Römern serviert wurde.

Berlin, den 5. September 1945 Koch

Dokument 4

Aufruf! Netzschkauer Tageblatt, 70. Jg., Nr. 5, 14. Juli 1945

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Ihr habt durch Tatsachenmaterial, das uns die Siegermächte in lückenloser Form unterbreitet haben, erfahren, mit welchen brutalen und verwerflichen Mitteln das Deutsche Volk während der Naziherrschaft vergewaltigt und in den Krieg getrieben worden ist.

Ihr wißt jetzt, daß dieser in der Geschichte einmalige Opfergang unseres im Kern seines Wesens friedliebenden Volkes vergeblich war. Durch Ströme von Blut, durch die Trümmer der Städte und Dörfer wurde der deutsche Soldat sinnlos über das europäische Festland und in die afrikanische Wüste gehetzt.

Eingeschüchtert, mit der Faust der Gestapo im Nacken, stand der Rüstungsarbeiter zwölf Stunden und länger an der Werkbank, wurden deutsche Frauen und Kinder unter bitterster Not von Ort zu Ort getrieben, angeblich um den Schrecken des Luftkrieges zu entgehen, der sie an dem neuen Aufenthaltsort in den meisten Fällen um so härter packte.

Jetzt, nachdem die Waffen ruhen, ist es unsere Pflicht, Einkehr zu halten und uns zu fragen, warum mußte das sein und warum mußte alles so kommen?

Der Größenwahn und die maßlose Überheblichkeit einer faschistischen Führerschicht haben dem deutschen Volke Ideen eingehämmert, die als national und sozialistisch gepriesen wurden, in Wirklichkeit aber nichts mit nationalem Selbstbewußtsein und noch viel weniger mit sozialistischen Idealen zu tun hatten.

In beispielloser Anmaßung wurden weltliche und religiöse Anschauungen, die jahrhundertelang die Grundpfeiler deutschen Wesens bildeten, mit rücksichtsloser

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewalt ausgerottet und die geistige Freiheit des Volkes in die Zwangsjacke eines sogenannten „Mythos des 20. Jahrhunderts" gepreßt.

Der Gott der Juden und der Christen wurde von den Nazi-Herrschern beurlaubt und erst, nachdem das ganze Volk bis in den Hals in ein Meer von Blut und Tränen getrieben war, als „Vorsehung" aus dem Urlaub zurückgerufen mit dem Ersuchen, dem am Ende seiner Kunst angelangten genialen Feldherrn Adolf Hitler zu helfen.

Diese einmalige Erdrosselung der geistigen und persönlichen Freiheit eines großen Volkes wurde als Einigung des Deutschtums in allen seinen Stämmen ausposaunt, während in Wirklichkeit unter der dünnen Oberfläche trügerischer Einigkeit ein abgrundtiefer Klassenhaß entstand und laufend genährt wurde.

Den faschistischen Raubrittern genügte aber nicht die Versklavung des eigenen Volkes – nein – das Schlagwort „Mangel an Lebensraum" bildete den Deckmantel für die Eröffnung von Feindseligkeiten gegen fast alle Länder Europas und die Entfesselung des furchtbarsten aller Kriege.

Mit beispielloser Frechheit wurden uns bewußt erlogene Greuelmärchen über die Zustände bei anderen Völkern aufgetischt, und besonders die Staatsform sowie die inneren Verhältnisse der Sowjetunion wurden in Grund und Boden verdammt.

Diese Urteile und Kritiken erlaubten sich sogenannte faschistische Politiker, denen fremde Länder und Sitten nur aus Geschichtsbüchern bekannt waren und die aus eigener Anschauung, aus eigenem Erleben und Wissen nicht die leiseste Ahnung von Art und Wesen fremder Völker hatten.

Jetzt sind uns die Augen geöffnet worden!

Wir wissen jetzt, daß dieser Krieg in jedem Falle hätte vermieden werden können, wenn die Führung unseres Volkes in den letzten 12 Jahren nicht in den Händen von Männern gelegen hätte, deren einziges Rüstzeug Größenwahn und Militarismus waren.

Männer mit tiefverwurzelter demokratischer Gesinnung, mit gründlicher Kenntnis fremder Völker und Sitten wären als Lenker des deutschen Schicksals mit Sicherheit fähig gewesen, nicht nur einen völlig sinnlosen Krieg zu vermeiden, sondern auch die Zeit zu nutzen, um Brücken zu anderen Völkern zu bauen und unser Volk zu einem angesehenen, gewichtigen und glücklichen Mitglied einer friedlichen europäischen Völkerfamilie zu machen.

Jeder mit Vernunft begabte Mensch muß sich heute zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß nur eine Regierungsform auf breiter, demokratischer Grundlage absolute Gewähr bietet zur Vermeidung von künftigen Kriegen und für die gedeihliche Entwicklung der Völker zur Freiheit, zu innerer Einigkeit und zum Glück.

Jede Diktatur, jede Klassenherrschaft muß mit unvermeidlicher Konsequenz zu neuem Völkermorden, zur inneren Zersetzung und schließlich zum restlosen Untergang führen.

Das deutsche Volk steht heute in seiner Geschichte auf dem tiefsten Punkt in Schmach und Elend.

Trotzdem wird die Großmut der Siegermächte uns die Möglichkeit geben, zu einem neuen Anfang und zu neuem Aufstieg – aber es wird dies unsere letzte Chance sein!

Nicht nur die Gelegenheit zur eigenen, ehrlichen und restlosen Bereinigung unseres Volkskörpers von allem faschistischen Dreck werden uns die Besatzungsmächte geben, sondern sie werden tatkräftige Hilfe leisten, sobald sie von der Aufrichtigkeit unseres Wollens überzeugt sind.

Diese Überzeugung können sie aber nur gewinnen, wenn wir unsere vielfache Schuld bedingungslos anerkennen, unser eifriges Bemühen um eine Wiedergutmachung beweisen und zeigen, daß wir den Weg gehen wollen, der allein die spätere Zusammenarbeit mit anderen Völkern ermöglicht.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine Grundlage hierfür ist der Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte, ist die Ablegung eines politischen Bekenntnisses.

Die Kriegsfurie wäre nicht durch unser Land gerast, wir könnten heute froh, frei und glücklich sein, wenn wir dem Faschismus nicht vor 13 Jahren das Sprungbrett für die Machtergreifung aufgebaut hätten.

Die politische Zersplitterung unseres Volkes in unzählige Parteien und Gruppen und das Beiseitestehen der Feigen und Unentschlossenen gab den Nazis allein die Möglichkeit, die Macht an sich zu reißen.

Wir wollen und dürfen jetzt in der entscheidungsvollsten Stunde unseres Volkes nicht dieselben Fehler begehen!

Keiner darf abseits stehen!

Keine politische Zersplitterung darf eintreten!

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI ist die Zusammenfassung aller Stände und Berufe zu tatkräftiger Aufbauarbeit – sie wird keine Versprechungen machen, die sie nicht erfüllen kann.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI bekämpft den Klassenhaß und wird für eine gerechte Verteilung von Arbeit, Brot und Verdienst sorgen. Sie wird rücksichtslos gegen jeden Unternehmer vorgehen, der Arbeiter oder Angestellte unterdrückt oder ausnutzt, um seine eigenen Taschen zu füllen.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI wird in engster Fühlung mit den Siegermächten und den Besatzungsbehörden arbeiten, um eine Vertrauensbasis zu schaffen, die allein zu einer erträglichen Gegenwart und zu einer freien und glücklichen Zukunft führen kann.

Sie wird sich mit den anderen großen Parteien zum antifaschistischen Block zusammenschließen.

Die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI wird auch frühere Angehörige der NSDAP als Mitglieder aufnehmen, sofern sie nicht im faschistischen Sinne tätig waren und nur als irregeführte Mitglieder einwandfrei erkannt werden. Die Entscheidung über die Aufnahme früherer Parteigenossen der NSDAP trifft ein besonderer Vertrauensausschuß, der sich aus alten Antifaschisten zusammensetzt, die lange Jahre in der hiesigen Gemeinde ansässig sind.

Arbeiter – Angestellte – Beamte – Handwerker – Gewerbetreibende – Bauern – Unternehmer – Angehörige aller freien Berufe – deutsche Männer – deutsche Frauen aller Konfessionen – Konfessionslose und Parteilose – befreit Euch von der gefährlichen Unentschlossenheit.

Hinein in die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI!

Hinein in die PARTEI DER TAT!

10. Juli 1945

Demokratische Einheitspartei
Bezirk Netzschkau und Umgebung
A. Mundt

Formulare zur Anmeldung sind erhältlich:

Tageblatt-Geschäftsstelle, Wilhelmstr. 6
Oberingenieur Fuß, Goldenweg 14
Rathaus, Zimmer 2

und müssen ausgefüllt an eine der vorgenannten Stellen abgegeben werden. Flüchtlinge und Evakuierte melden sich hier und werden bei der Abreise an die Bezirksstelle ihres Heimatortes überwiesen.

Vorläufiger Meldeschluß: 25. Juli 1945

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 5

Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig.

Männer und Frauen in Stadt und Land! Deutsche Jugend!

Nach mehr als zwölf Jahren Gewissenszwang ist das deutsche Volk aufgerufen, sein durch wahnwitzige Machtpolitik zerstörtes Gemeinwesen von Grund auf neu zu bauen. Was uns hinterlassen wurde, sind Trümmer und Chaos: die Trümmer unserer Arbeitsstätten, Wohnungen und Kulturdenkmäler, und das Chaos des wirtschaftlichen und geistigen Lebens. Unsre Sache ist es, aus dieser entsetzlichen Katastrophe wieder einen Weg zur Klarheit und Ordnung zu finden. Für den Krieg, den Hitler entfesselt hat, werden wir alle mit verantwortlich gemacht. Europa erwartet von uns, daß wir uns nicht fernerhin vom Völkerrecht ausschließen, sondern uns einfügen in eine Welt, die sich auf der Grundlage des Bundes der Vereinten Nationen erneuern und befriedigen will. Der Hebel, mit dem der Nationalsozialismus das Bestehende zum Einsturz brachte, war die schrankenlose und willkürliche Diktatur seiner Partei. Die Grundbedingung des Neuaufbaus ist also die Absage an solche Diktatur und die Wiederherstellung der natürlichen Kräfte der politischen Willensbildung. Diese natürlichen Ströme fließen zusammen in der Gesamtvertretung der antifaschistischen Parteien. Unentbehrlich ist unter ihnen der Strom jener bewußt demokratischen Kräfte, die von den früheren republikanischen Mittelparteien herkommen. In dem Raume, den sie ausfüllten, darf keine Lücke bleiben, weil hier so viele lebendige Kräfte ihren Schwerpunkt haben, die Deutschland jetzt in seiner Not am wenigsten entbehren kann. Darum tritt an diese Stelle die

DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS.

In ihrem Namen rufen wir zu uns den Arbeiter, den Bauern, den Bürger, unsre altbewährten Mitkämpfer und die Jugend, die gewillt ist, sich von der oberflächlichen Romantik der Soldatenspielerei und der Denkfaulheit des Kadavergehorsams abzuwenden und dem leuchtenden Ideal der politischen Freiheit zuzustreben. Das Banner der Freiheit und Einheit des Reiches, für die im Jahre 1848 die Väter der Demokratie ihr Blut gaben, ist das unsere. Welches sind die Güter, die wir wiedererlangen und für immer festhalten wollen? Fragt euch, was ihr unter Hitlers Tyrannei habt entbehren müssen, dann werdet ihr selbst finden, was wir uns zu sichern haben. Vornehmlich sind es sieben Dinge: Freies Wort und sicheres Recht, gerechten Lohn und billiges Brot, kaufkräftiges Geld, einen friedlichen Staat und religiösen Geist.

Freies Wort: Zwölf Jahre war das Wort in Ketten geschlagen. Schon der Gedanke, ehe er ausgesprochen wurde, sollte in Uniform gepreßt werden. Jede selbständige Urteilsbildung durch Rundfunk oder Schriften wurde zum Verbrechen gestempelt. Nur das überlaute Mundwerk der Propaganda war frei, und schlimmer noch: das giftige Wort des Denunzianten. Vergeßt nicht, wie unsittlich und eines großen Volkes unwürdig dieser gegenseitige Verkehr im Flüsterton und mit scheuen Blicken nach rechts und links gewesen ist! Darum proklamieren wir wieder die freie Presse, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Freiheit des Forschens und Glaubens!

Sicheres Recht: Die verheerende Unsicherheit des Rechts unter der Naziherrschaft haben wir alle gespürt. Es war eine orientalische Despotie, in grellem Widerspruch zu germanischem Geist, den die Nazis anpriesen! Wir haben ein Leben der Furcht geführt, und die Greuel der Konzentrationslager haben uns vor aller Welt entehrt.

Gerechten Lohn: Der Nationalsozialismus prahlte mit „Schönheit der Arbeit"

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und „Kraft durch Freude". In Wirklichkeit kam es ihm nur an auf äußerste Ausbeutung für den Krieg. Man verteilte Zuckerbrot, um bald desto rücksichtsloser die Peitsche zu schwingen. Willkürliche Vergünstigungen sind kein gerechter Lohn. Sie demoralisieren den Arbeiter. Das neue Deutschland wird sozial sein. Es würde klare Ansprüche auf Entlohnung und Fürsorge anerkennen.

Billiges Brot: Wir dürfen uns nicht von der Weltwirtschaft abschließen, sondern müssen uns eingliedern und unser Volk an den Gütern der Welt teilnehmen lassen, soviel wir davon durch unsere Produktion einzutauschen imstande sind. Wir brauchen eine leistungsfähige bäuerliche Veredlungswirtschaft, die der Ernährung des Volkes besser dient als konkurrenzunfähige Getreidewirtschaft. Die Beseitigung der unproduktiven Kriegsrüstung wird unsre Wirtschaft ihren ureigenen Zwecken, der Erzeugung von Nahrung, Kleidung und Wohnungen wiedergeben.

Kaufkräftiges Geld: Durch verderbliche Inflation schon einmal ausgeplündert, sah unser Volk seit langem mit Schrecken die Entwertung seiner Ersparnisse. Daß eine gewaltige Verarmung eingetreten ist, wird jedem klar, der sich den Umfang der Zerstörungen an den Produktionsanlagen, Verkehrsmitteln, Wohnungen usw. vor Augen hält. Wir werden einen Mißbrauch der Währung zur Staatsfinanzierung nicht dulden, sondern arbeiten, um das Mißverhältnis zwischen Geld und Gütern zu überwinden und unsern Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Einen friedlichen Staat: „Im Namen unseres Volkes" wurden seit 1938 unsre sämtlichen Nachbarn überfallen oder mit Überfall bedroht. „Im Namen unsres Volkes" wurde der Krieg begonnen und totalisiert. Es war für die andern Völker unmöglich, neben einem solchen Angreiferstaat zu leben. Nicht minder unmöglich war es im Grunde für uns, in ihm zu leben. Denn dieser im innersten Wesen unfriedliche Staat führte Krieg auch gegen seine eigenen Bürger. Er lebte von Ausbeutung und Vergewaltigung. Einen friedlichen Staat fordert nicht nur die Kultur, sondern auch alle kluge Politik. Darum verurteilen wir auch den von Preußen gezüchteten Militarismus, der das deutsche Bürgertum politisch korrumpierte und zuletzt Hitlers Steigbügelhalter und Mitschuldiger geworden ist.

Religiösen Geist: Hinter den Redensarten vom „Allmächtigen" und der „Vorsehung" die Hitler im Munde führte, verbarg sich in Wahrheit die Vergötzung seiner eigenen Person. Wenn er von „Verantwortung vor der Geschichte" sprach, meinte er in Wirklichkeit seine absolute Verantwortungslosigkeit. Der völkische Gedanke ist seinem innersten Wesen nach heidnisch, und der Rassenwahn ist der Ausdruck unmenschlicher Barbarei. Es konnte nicht anders kommen, als daß der Nazistaat immer stärker zur Religionsverfolgung überging. Aber die Kirchen haben sich als ein Hort der Freiheit erwiesen. Vergeßt nicht, deutsche Männer und Frauen, aus diesen Zusammenhängen eine Lehre zu entnehmen! Es gibt kaum ein anderes Volk, das sich in Geist und Leben so weit von den religiösen Bindungen gelöst hat, wie das unsre. Man kann sich aber nicht ungestraft aus der Verantwortung vor Gott ablösen.

DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS, Bezirk Leipzig

i. A.: Kaufmann Richard Pudor, Rechtsanwalt Dr. Freiherr von Stoltzenberg, Fabrikdirektor Dr. Ing. Müller-Bernhardt, Bez.-Leiter Paul Nowak, Volkswirt Dr. Hans Reif, Verlagsleiter Dr. Karl Buchheim, Rechtsanwalt C. G. Ruland und der Arbeitsausschuß.

Beitrittserklärungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle der Demokratischen Partei Deutschlands, Leipzig N 22, Montbéstr. 16 (Ruf 5 63 51).

Erste öffentliche Kundgebung am Sonntag, dem 29. Juli 1945, 10 Uhr, im „Capitol", Petersstraße 20

Eintritt nur gegen Karten.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungsbericht

HANS HERZFELD

INTERNATIONALER KONGRESS FÜR ZEITGESCHICHTE

München 24.—27. XI. 1959

Ein Rechenschaftsversuch

Der wissenschaftliche Kongreß ist auch in der Gegenwart ein ebenso unentbehrliches wie belastetes Instrument geblieben. Er soll nach wie vor der Selbstverständigung der Wissenschaft dienen, ist aber, bald leicht verschleiert, bald in voller Offenheit, auch zu einem notwendigen Hilfsmittel geworden, um den Kontakt zwischen der Wissenschaft und der für ihre Wirksamkeit unentbehrlichen breiteren Öffentlichkeit herzustellen. Diese Öffentlichkeit bedeutet für sie Belastung und selbst Gefährdung oder wenigstens erschwerende Verzögerung ihrer eigentlich produktiven Arbeit; ihre Resonanz kann aber auch als kritische Kontrolle des Geleisteten nützlich sein und einer zu bedenklicher Selbsttäuschung über das Erreichte führenden Genügsamkeit der Studierstube entgegenwirken, in der sich die gelehrte Arbeit zum ausschließlichen Selbstzweck wird, indem sie unbenutzte Foliantenberge auftürmt, die schließlich nicht einmal der Fachmann mehr produktiv bewältigt. In einer Epoche der Demokratie und zugleich der kostspielig gewordenen Spezialarbeit in großer Breite können weder der Idealismus des Mäzens und des einzelnen Forschers, noch die Amtsstuben der Regierungen die lebensfähige Fortentwicklung der Wissenschaft allein tragen. Sie kann sich der Forderung des Rechenschaftsberichtes nicht einfach entziehen, an dessen Echo sie abzumessen vermag, ob ihre Ergebnisse noch oder schon den sie rechtfertigenden Gehalt lebendigen Lebens besitzen. Denn dieser allein kann sie vor jener bedenklichen Blutstockung schützen, die immer wieder droht, wenn Kontinuität und Tradition, gewiß unentbehrliche Kräfte in der methodisch betriebenen Wissenschaft, allzu ausschließlich ihren Fortgang bestimmen.

Die Münchener Veranstaltung des November 1959 hat stattgefunden, ehe die erregten Debatten des Jahres 1960 die Arbeit der Zeitgeschichte in Deutschland überraschten und in das grelle Lampenlicht des öffentlichen Interesses und zum Teil sogar der Sensation rückten, über dessen Ergebnisse – unleugbare Befruchtung jenes Interesses, Beseitigung bisher hemmender Schwierigkeiten für ihre Breitenwirkung in Schule und Erwachsenenbildung, aber auch eine gelegentlich Bedenken erwekkende Überhitzung des Tempos – sich ein Urteil erst in einiger Zeit bilden lassen wird. München stellte zum Teil einen Appell gegen die unleugbare Apathie und das skeptische Mißtrauen dar, die vor diesen Ereignissen oft genug der gerade in Deutschland zu fordernden Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte hemmend im Wege standen. Dies Motiv bestimmte die äußere Form der vom

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der Münchener Volkshochschule e.V. und dem Institut für Zeitgeschichte gemeinsam veranstalteten Tagung: die Verbindung einer sparsam bemessenen Anzahl repräsentativer Vorträge mit einer Diskussion, die einer begrenzten Anzahl von deutschen und ausländischen Vertretern der wissenschaftlichen Zeitgeschichte, einer stattlichen Gruppe von Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Politikern und führenden Beamten der behandelten Epoche selbst wie der Gegenwart, aber auch maßgebenden Schulmännern vorbehalten war. Das Publikum, das sich durch vier Tage in der Aula der Münchener Universität, erfreulicherweise in steigender Zahl, versammelte, blieb dadurch allerdings zur Passivität verurteilt. Sein lebhafter Anteil wurde immer wieder im Gespräch deutlich, kam aber auch in dem verhältnismäßig breiten Echo der Presse weit über München hinaus zum Ausdruck.

Alles in allem genommen, konnte auch bei vorsichtiger Beobachtung festgestellt werden, daß die Absicht des Interesse und Anteil weckenden Appells erfüllt wurde. Vor allem das Münchener Institut für Zeitgeschichte, dessen Mitarbeiter in Anregung, Vorbereitung und Durchführung der Tagung hingebende Arbeit geleistet hatten, konnte den Verlauf des Kongresses als eine wohlverdiente Anerkennung und Bestätigung seiner manchmal unterschätzten, geduldigen Anstrengungen buchen. Ebenso deutlich sind aber natürlich auch die Schwierigkeiten, die sich dem Unterfangen entgegenstellten, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung von Qualität bewußt vor breitester Öffentlichkeit sich abspielen zu lassen, Gehalt und Ergebnis der Spitzenreferate der improvisierten, keineswegs gelenkten Diskussion einer im Grunde heterogenen Gruppe von Fachleuten, von Zeugen der behandelten Ereignisse, Kritikern wie Freunden der Zeitgeschichte zu unterbreiten. Die Hoffnung, dadurch die Atmosphäre der Lebendigkeit greifbar zu machen, in der sich die Arbeit der Zeitgeschichte bewegt, hat jedoch bei Schwächen im einzelnen – die auch hier gelegentlich mit der leidigen Neigung zusammenhingen, sich statt echter Diskussion in Monologe über die Bedeutsamkeit der eigenen Interessen zu verlieren – nicht getrogen. Zu der Konfrontierung ausländischer und deutscher, älterer und jüngerer Wissenschaftler kamen markante Diskussionsbeiträge von Wilhelm Hoegner, Max Güde, und am letzten Tage noch durch den Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier. Kritische Stimmen der Presse vermißten zwar – wie eigentlich stets bei Veranstaltungen der Wissenschaft – das handfeste, konkrete Ergebnis im einzelnen und meinten, daß eine „zarte, graue Wolke über dem Raum" gelegen habe (Die Welt; 30. XI.). Aber man wird dieser Kritik doch entgegenhalten können, daß dies unvermeidlich war, weil die Zeitgeschichte, wie jede andere geisteswissenschaftliche Arbeit, nun einmal eine „permanente, nie definitiv zu lösende Aufgabe" (R. Aron) stellt.

Bei der unbegrenzten Weite des Arbeitsfeldes mußte alles davon abhängen, daß der für die Tagung gewählte Ausschnitt genügende Repräsentanz für das Ganze ihres Arbeitsgebietes und zugleich genügende Anziehungskraft für jene Mehrzahl der Zuhörer besaß, die zwar durch persönliches Interesse, aber nicht durch systematische Vorbereitung auf die Gesamtproblematik der Zeitgeschichte zum Kommen

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestimmt waren. Die durch häufigen Gebrauch bedenklich zum Schlagwort werdende Formel von der Bewältigung der jüngsten deutschen Geschichte besitzt jedenfalls insofern ihre Gültigkeit, als bei einer solchen Diskussion auf deutschem Boden noch immer die Probleme der nationalsozialistischen Tragödie im Mittelpunkt stehen, wie dies auch durch die führende Rolle des Instituts für Zeitgeschichte natürlich gegeben war. Ebenso wichtig war es aber, daß man sich damit in München nicht begnügt, sondern in dem Beitrag des Soziologen Raymond Aron dafür gesorgt hatte, die Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart nicht nur unter dem negativen Aspekt der Kritik am Vergangenen zu schlagen, während der Jurist und Politologe Ernst Fraenkel sowohl nach der Seite der älteren historischen Bedingtheit der modernen Demokratie wie nach der Seite ihrer Bedeutung für die Gegenwart durch deren tiefere geschichtliche Voraussetzungen die ganze problematische Schwierigkeit zeitgeschichtlich-politologischer Arbeit besonders deutlich machte. Es war kein Zufall, daß das Echo auf diese Vorträge in Diskussion, Anteil des Publikums und Auseinandersetzung der Presse besonders lebhaft war. Die Reihe der drei Vorträge über Probleme des Nationalsozialismus von Trevor-Roper, Theodor Eschenburg und Helmut Krausnick hatte aber ebenfalls so markante Themen gewählt, daß die immer drohende Gefahr, die Problemdebatte vor einer breiten Öffentlichkeit zur Schaustellung herabsinken zu lassen, glücklich vermieden wurde.

Diese Gefahr verblaßte schon dank der Energie, mit der Trevor-Roper dem einleitenden Hitler-Thema durch seine Begrenzung auf die „Kriegsziele" Hitlers schärfste Konzentration und eine herausfordernde Zuspitzung gab. Die These der von „Mein Kampf" zum Angriff auf Rußland 1941 und zu dem Ende in der Reichskanzlei reichenden, konstanten Grundlinie der Ideen und Aktionen Hitlers war an sich nicht neu und ist durch die dokumentarische Arbeit des Münchener Institutes und der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte in den letzten Jahren ständig dichter unterbaut worden. Trevor-Roper führte das Problem auf seine einfachsten Grundlinien zurück, indem er sich ausschließlich auf die Selbstaussagen Hitlers in „Mein Kampf", in den Rauschning-Gesprächen der Jahre 1930–32 und in den Tischgesprächen der Kriegsjahre stützte. Es wirkte besonders erregend, daß er diese Reihe durch die damals dem deutschen Hörer noch unbekannten Gespräche des Jahresanfanges 1945 ergänzte, die inzwischen wenigstens in französischer Sprache zugänglich geworden sind. Mit größter Schärfe wurde dadurch die Bedeutung von „Mein Kampf" als im In- und Ausland lange zu Unrecht unterschätztes Leitmotiv profiliert; monolithischer und bewußter auch, als es bisher geschehen war, erschien die dynamische Einheit seiner ganzen verhängnisvollen Laufbahn. Trevor-Roper betonte, daß der Historiker Hitlers sich davor hüten müsse, Dynamik des handelnden Menschen und intellektuelle Beweglichkeit und Glätte zu verwechseln. Man mag die Terminologie nicht glücklich finden, mit der er bei Hitler eine „völlig durchkonstruierte politische Philosophie" finden wollte; seine Warnung – auch gegen englische Historiker wie Lewis Namier, Alan Bullock, Hinsley und A. J. P. Taylor gerichtet –, daß man nicht von „moralischem Tiefstand" auf „niedere Intelligenz" schließen und Hitler deshalb etwas „so Positives wie Denkschärfe" – in seiner Ebene –

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und „zielbewußtes Handeln" absprechen dürfe, ist jedoch berechtigt. Das Bild äußerster Geschlossenheit in der letzten, auf Eroberung des „Lebensraumes im Osten" zielenden Grundidee Hitlers ist jedenfalls besser geeignet, die eine Epoche bis in das Innerste erschütternde Dynamik des Diktators begreiflich zu machen, als Interpretationen, die übersehen, daß in „Mein Kampf" bereits eine „authentische Darstellung der wohlüberlegten und konkreten Kriegsziele" enthalten ist, von denen er seit 1924 niemals abgegangen ist – oder zu denen er immer wieder zurückkehrte.

Was an diesem Vortrag zunächst reizte und auch zu Fehldeutungen geführt hat – so der Ablehnung eines großen Blattes gegen das „fatale Hitlerbild" eines faszinierenden, aber vereinfachenden Historikers, dem daher mit greifbarem Mißverständnis unkritische Benutzung von Selbstaussagen Hitlers vorgehalten wurde –, war das bewußt wohl überbetonte Bild eines geradlinigen Weges, der alle konkurrierenden Überlegungen und Motive ignorierte. Typisch war der Protest gegen die Neigung, den Angriff auf Rußland als „größten Fehler" Hitlers zu bezeichnen, während er doch das Kernstück und den Höhepunkt seiner Laufbahn – bis zu der Wahl des jede Verspätung ablehnenden Zeitpunktes – dargestellt habe. Hitlers Motivierung, daß er Rußland angreifen müsse, um über England zu siegen, erschien etwa bei Trevor-Roper nur als taktisches Argument, um bedenkliche Mitarbeiter leichter in die Bahn seiner „systematischen Politik" hineinzuziehen. Er behauptet lapidar, „daß ihn weder England noch Frankreich interessieren". So berechtigt es nun erscheint, wenn er Hitler weder als Schlafwandler noch bloßen Opportunisten gesehen wissen will, noch zulassen möchte, daß er nur mit der „Scheinkonsequenz eines destruktiven Nihilisten" (Max Güde) gehandelt habe, so zweifelhaft bleibt, ob damit der vermutlich schrecklichste „Simplificateur" des 20. Jahrhunderts nicht doch seinerseits vereinfacht wird. Die Phasen in Hitlers politischer Laufbahn werden damit so radikal zugunsten ihrer Einheit kassiert, daß fragwürdig bleiben muß, ob sich diese Formel durchgehend bewähren wird. Es ist natürlich eindrucksvoll genug, daß Trevor-Roper sich für Hitlers Zusammengehen mit Rußland im Stalinpakt von 1939 auf die Vorhersage der – wohl mit gutem Grunde positiv gewerteten – Rauschning-Gespräche beruft, in denen Hitler bereits einmal vorweggenommen hatte, daß ihn seine Bahn auch über die Zwischenstation eines vorübergehenden, rein taktischen Bündnisses mit dem bolschewistischen Rußland führen könne, er werde aber diese Wendung auf jeden Fall zurücknehmen, weil nur die Eroberung des Ostraumes „die Pforte zur dauernden Herrschaft über die Welt aufstoßen" könne. Wenn also die These von der Geradlinigkeit seiner Kriegsziele modifizierbar oder zumindesten nuancierbar sein dürfte, wird der Kern, daß die Eroberung im Osten „der Traum seines Lebens, der Daseinszweck des Nationalsozialismus" gewesen ist, sich doch behaupten können.

Fritz Fischer berührte in der Diskussion ein anderes Problem: die Gefahr, daß die monumentale Stilisierung des „Führers" von der Frage der Verantwortung der Nation im ganzen und in ihren einzelnen Schichten ablenken könne und geeignet sei, die Untersuchung der Kräfte, die ihn vorbereitet und getragen hätten, zu

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lähmen. Er berührte damit eine Frage – das Verhältnis Hitlers zu den Kräften der Nation, die er brauchte und sich erfolgreich dienstbar machte –, der Trevor-Roper allerdings nicht etwa ausgewichen war. Er hatte sie in der Formulierung des mündlichen Vortrages sogar scharf provozierend formuliert, wenn er eine historische „Herrenschicht" Deutschlands, Adel, Großgrundbesitzer, Offiziere, Beamte und Wirtschaftsführer, zusammenfaßte und ihr in Bausch und Bogen vorwarf, dem Usurpator gefolgt zu sein, solange ihm der Erfolg treu blieb. Von einem ernsthaften Widerstand könne vor den im Winter 1941/42 beginnenden Rückschlägen in Rußland nicht die Rede sein. Damit forderte er sofort den Widerspruch heraus, daß diese soziologische Einheitskategorie trotz aller unleugbar vorhandenen Ansatzpunkte zu ihrer Bildung für das Deutschland des 20. Jahrhunderts, Weimarer Zeit wie Nationalsozialismus, doch eine schwere erträgliche Vereinfachung darstelle – ganz abgesehen von der schlichten Tatsachenfrage, ob man, die langsame Entfaltung des deutschen Widerstandes in vollem Umfange zugestanden, wirklich die Widerstandsversuche des Jahres 1938 und des Winters 1939/40 so großzügig kassieren kann, wie es mit dieser Formulierung geschieht.

Die in dieser Zeitschrift (Heft 2/1960) vorgelegte literarische Fassung hat denn auch diese These über die geschichtlich bedeutsame Unterstützung, die Hitler in den Spitzenschichten der ihn umgebenden deutschen Gesellschaft gefunden hat, verfeinert. Sie scheidet sehr sorgfältig zwischen der von ihm vertretenen „großen" – weltgeschichtlichen – Revolution und den restaurativ-konservativen Kräften, die sich in seinen Dienst stellten, weil sie bis in die ersten Kriegsjahre hinein glaubten, durch ihn das Deutschland der Großmacht von 1914 in einer durch den Anschluß Österreichs und der Sudetendeutschen erweiterten Grenze wiederherstellen zu können. Die Anklage, daß sie Hitler durch Verkennung seiner Dynamik und Gewaltsamkeit, durch Schwäche, Selbsttäuschung, auch durch Anfälligkeit gegen „Bestechung" Vorschub geleistet haben, wird sich so wenig widerlegen lassen, wie die Motivierung, daß hier das gesellschaftliche Interesse einflußreicher Gruppen – einer „Kaste" im eigentlichen Sinne doch kaum – von ihm benutzt werden konnte. Auch die Beobachtung, daß diese Kreise noch 1938 vielfach geglaubt haben, Hitler in dem Rahmen ihrer „kleinen Politik" festhalten zu können, stellt eine brauchbare Formulierung dar.

Für das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen Nationalsozialismus und Widerstand ist es leider auch zutreffend, daß diese ganze Gedankenwelt spätestens seit 1940 nur noch „akademisches Interesse" besessen hat. Auch in der neuen Formulierung bleibt aber bestehen, daß der Prozeß allmählicher Bildung des Widerstandes und die Stufen seiner Äußerung doch wieder untragbar verkürzt werden, wenn sie durch die Bindung an ein chronologisches Datum, den Beginn der militärischen Rückschläge in Rußland, einfach mit der Reaktion auf Erfolg und Mißerfolg Hitlers verkoppelt werden. Dabei ist die Bedeutung der schon 1934 beginnenden, 1938 greifbaren Gewissensauflehnung ebenso übersehen, wie die parallel sich entfaltende Kritik an der Deutschland in das Verhängnis führenden Maßlosigkeit seiner ehrgeizigen Ziele. Die Zeugnisse des Jahres 1938 können nicht mit dem Argument der Erfolglosigkeit einfach gestrichen werden. Es bleibt gegen die ganze Geschichte

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des deutschen Widerstandes auch eine übermäßige Vereinfachung, wenn hier eine einheitliche Masse des „konservativen" und nur konservativen Widerstandes angesetzt wird. Das Bild der deutschen Geschichte, wie es sich im Auslande formt, hat immer wieder seine lehrreiche Bedeutung als eine zur Vorsicht und Selbstkritik mahnende Instanz für die deutsche Forschung. Diese kann ihm gegenüber aber doch auch mit gutem Grunde den Anspruch erheben, daß die Ereignisse der nationalsozialistischen Revolution, die Unterstützung, die sie gefunden hat, wie die Widerstände, die sie wachrief, ein erhebliches Maß von Vertrautheit mit den Bedingungen jeder politischen Regung unter dem totalitären Zwangsdruck verlangen. Was im Auslande leicht als unzulänglicher Rettungsversuch abgelehnt wird, kann so erscheinen und kann sicher auch in diesem Sinne mißbraucht werden. Aber diese Möglichkeit dispensiert die historische Forschung nicht von der Aufgabe, der Summe von Entwicklungen nachzugehen, deren innere Bedeutsamkeit nicht von dem äußeren Erfolg her entschieden werden kann, und eine sehr sorgfältige Analyse der Quellen im Einzelnen durchzuführen. Auch der Diplomat v. Hassell ist etwa als Botschafter in Rom nicht ausschließlich nur „Diener" der nationalsozialistischen Politik gewesen, obwohl das allerdings eine nicht ganz einfache Interpretation seiner Berichte aus Rom verlangt. Es ist eine bestechend einfache Formel, wenn man von diesem Komplex des konservativen Widerstandes als dem „Alibi einer ganzen Gesellschaft" spricht; nur ist leider zu befürchten, daß die hier zugrundeliegende Formel dem komplizierten Krisencharakter der lange vorbereiteten, seit 1933 aber in vollem Gange befindlichen revolutionären Auflösung vergangener Gesellschaftsformen in Deutschland nicht gerecht wird.

Stellte Trevor-Roper die in der Tat zentrale Persönlichkeit Hitlers in berechtigter Wendung gegen jede Unterschätzung ihrer historischen Sprengkraft in den Mittelpunkt, so führten Theodor Eschenburgs elastischer formulierte, aber von lebendiger und vielfach anschaulicher eigener Erinnerung getragene Betrachtungen über die „Bedeutung persönlicher Entscheidungen für die Krise der Weimarer Republik" weiter in dieses Feld der Abwägung zwischen individuellen und allgemeinen Kräften der jüngeren deutschen Geschichte hinein. Sie berührten sich zum großen Teil mit jener Diskussion, die soeben durch Waldemar Bessons („Württemberg und die deutsche Staatskrise", 1928–1933. Stuttgart 1959) Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Brachers bekannter These über Machtverlust, Machtvakuum und Machtergreifung in der Auflösung der Weimarer Republik ausgelöst worden ist. Auch bei Eschenburg lag der Hauptakzent auf dem Problem der Regierung Brüning. Hatte Besson die These formuliert, daß sich das „Polygon" der in der Geschichte handelnden Persönlichkeiten, Ebert, Stresemann, Hindenburg, Brüning, Groener und Schleicher, nicht unter dem Schema einer strukturellen Einheit erfassen lasse, so konzentrierte sich Eschenburg auf die sehr individuellen Eigenheiten und Schwächen der Hindenburg, Brüning, Groener und Schleicher, die dazu geführt haben, daß die letzte Einheit der Regierung, die sich trotz der Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise noch bis Anfang 1932 behauptet hatte, zu Beginn dieses Schicksalsjahres in verhängnisvoller Weise zerbrach. Seine auf eigene Erinnerung ge-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützten Ausführungen scheuten nicht vor sehr entschiedenen Urteilen zurück, so in der mitleidlosen Kritik, die dem politischen Soldaten Schleicher im Ringen um das SA-Verbot, dem Mann der förmlichen Insubordination gegen den langjährigen Vorgesetzten und väterlichen Freund Groener, nur die Begabung eines Durchschnittsparlamentariers, keineswegs höhere, echt politische Qualitäten zugestehen wollte. Fesselnd war auch die Charakteristik Hindenburgs, die die repräsentative Autorität des alten, kommandogewöhnten hohen Offiziers – mit eindrucksvoller Berufung auf das Verhältnis zwischen ihm und Brüning – wesentlich stärker betonte, als es sonst für diese Spätzeit meist zugestanden wird. Überzeugend wirkte auch der Hinweis auf die Bindung des alten Reichspräsidenten an seine Standesgenossen im preußischen Adel, die sich so gut auf eine „dichte Integration" im gesellschaftlich-politischen Raum und auf den „Boykott" gegen abweichende einzelgängerische Persönlichkeiten verstanden hätten: „Davor hatte der Alte eine wahnsinnige Angst." Auch das Bild Brünings, des „sachgerechten" und sachkundigen Kanzlers, der aber im Grunde während der Krise seiner Entlassung zum Machtkampf mit der persönlichen Umgebung des Staatsoberhauptes gar nicht mehr gelangte, des typisch deutschen „unpolitischen Politikers", dem über der Höhe seiner überparteilichen Staatsidee die Realität schließlich entglitt, faszinierte und ergänzte lebendig das bisherige Ergebnis der Diskussion über den letzten bedeutenden Verteidiger des Weimarer Staates, den „Brillanten", den der intrigante Hasardeur Schleicher durch die „schlechte Glasimitation" Papen ersetzen wollte.

Eschenburg hat ausdrücklich hervorgehoben, daß er mit der Frage nach der Bedeutung des persönlichen Faktors methodisch bewußt den Weg einer durch Isolierung akzentuierenden und klärenden Betrachtungsweise gehen wollte. Der Erfolg des Vortrages sprach sicherlich für ihn. Trotzdem mußte sich aber die Frage stellen, ob bei aller Bedeutung des Individuellen und der Einzelverursachung gerade in dem breiten Massenstrom der Revolutionen und Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts nicht das Gewicht allgemeiner Ursachen und Kräfte dadurch zu weitgehend überschattet wird. Trägt nicht die bewußte Isolierung der Persönlichkeit und ihres Handelns die Gefahr in sich, zu verkennen, daß ihre historische Wirkung mindestens ebenso stark in ihrem Charakter als Repräsentanz allgemeiner Epochenkräfte wie in ihrer persönlichen Besonderheit begründet ist? Auf das Thema Eschenburgs angewendet: Wurde nicht Hindenburg 1925 der Nachfolger Eberts, weil der Feldherr des ersten Weltkrieges, der, seinem ersten Eid noch immer treu, im Grunde Diener der Monarchie geblieben war, bei der Wahl von 1925 jenen Brückenschlag zwischen deutscher Vergangenheit und Gegenwart versprach, der nach Inflation und Beginn einer aussichtsreichen Stabilisierung reif geworden zu sein schien? War der Hindenburg genehme Soldat Groener nicht nach dem Sturze von Seeckt und Gessler gerade der Reichswehrminister, von dem man eine mittlere Linie zwischen der Tradition des soldatischen Fachmannes und der Loyalität gegen die Republik, damit aber für die weitere Entwicklung eine Milderung der Spannungen zwischen der Reichswehr und den großen Parteien des Reichstages erhoffen konnte? Brüning wurde doch offensichtlich 1930 Kanzler nicht nur, weil ihn Schleicher vorschlug,

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern weil dieser relativ rechts stehende Zentrumsführer greifbar jener Rechtsströmung der öffentlichen Meinung entsprach, die nach dem Fiasko der großen Koalition die Stunde bezeichnete. Und die erregende Laufbahn Schleichers ist doch nicht nur mit seiner Befähigung für Kleinarbeit hinter den Kulissen zu erklären, sondern hängt sehr ernsthaft damit zusammen, daß ein politischer Soldat in der Reichswehr, die sich als „Staat im Staate" abkapselte und doch in der modernen Demokratie den Kontakt mit der Politik so notwendig brauchte wie das tägliche Brot, zumindest Seltenheitswert besaß. Eschenburg hat dieses Problem der Wechselwirkung von individuellen und allgemeinen Tendenzen bewußt ausgeklammert, aber auch sein Vortrag führte immer wieder auf diese unvermeidlichen Fragestellungen hin, ohne die sich eine befriedigende Lösung für das Problem der Tragweite des Individuellen in der modernen Geschichte doch wohl unmöglich finden läßt.

Auch der den Kongreß abschließende Vortrag Helmut Krausnicks über die „Stationen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems am Beispiel des Heeresproblems" wollte letzten Endes als Beitrag zu der gesamten Problematik des Totalitarismus gewertet werden. Er wandte sich daher nicht nur gegen das Mißverständnis, der soldatische Mensch sei als „besonders bildungswirksame Typenvorstellung der deutschen Männlichkeit" mit Recht vom Nationalsozialismus in Anspruch genommen worden. An den von ihm behandelten Stationen des Röhm-Putsches, der Fritsch-Krise und der nationalsozialistischen Überwältigung des Offizierskorps im zweiten Weltkrieg konnte er vielmehr zeigen, wie Roland Freislers berüchtigter Satz, Nationalsozialismus und Christentum hätten insofern etwas Gemeinsames, als beide den ganzen Menschen beanspruchten, schließlich sein programmatisches Gegenstück in der Formel der Parteikanzlei von 1944 erhielt, welche die Wehrmacht zur bloßen „Funktionsträgerin der Partei" degradierte, also auch dem Soldaten die Zumutung völliger Ausschaltung seines Gewissens nicht ersparte. Die im 20. Juli sichtbar gewordenen moralischen Energien und die innere Substanz der echten Soldaten hätten jedoch den Totalitätsanspruch der „pseudosoldatischen Partei" zurückgewiesen und als „widernatürlich" entlarvt. Krausnick hat die einzelnen Abschnitte dieser Entwicklung, ihre Anfänge vor allem, in der „Vollmacht des Gewissens" (1956, S. 175ff.) bereits so eingehend behandelt, daß stofflich Neues von ihm nur begrenzt zu erwarten war. Der Akzent seiner Ausführungen lag in der sorgfältig ziselierten Bewertung der Vorgänge, in der Kritik an der „Favoritenrolle", mit der sich die Wehrmacht durch das trügerische Angebot der „zwei Säulen" des Staates verlocken ließ, in der eingehenden Behandlung der Diskussion zwischen Hitler und Röhm vor dem 30. Juni 1934, in der erneuten Betonung der Grenzen des „unpolitischen Soldaten" Fritsch, der glaubte, der Problematik einer Revolution mit dem Verbot des „weltanschaulichen Kampfes innerhalb der Truppe" Herr werden zu können. Aber auch die Entwicklung der Kriegsjahre fesselte dadurch, daß die Darstellung der Katastrophe, in der die Partei über die „Freimaurerloge" des alten Offizierskorps endgültig siegte, immer wieder Bekanntes durch neue Einzelzüge lebendig zu machen verstand. Es war der am wenigsten diskutierte, aber doch ein wesentlicher Beitrag zum Ganzen der Tagung.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die dreifache Rechenschaftslegung über Aufstieg (Eschenburg) und Laufbahn (Trevor-Roper, Krausnick) des Nationalsozialismus wurde streng in den Grenzen der Zeitgeschichte als einer historischen Disziplin durchgeführt, obwohl die Diskussion bereits darüber hinaus die Fragen der Auswertung ihrer Ergebnisse – vor allem nach der schon damals oft angegriffenen und scharf beurteilten schulpädagogischen Seite – berührte. Die beiden Referate der „Nichthistoriker" im engeren Sinne machten dagegen sehr deutlich, daß sich die Arbeit der Zeitgeschichte heute der Verflechtung mit Soziologie und Wissenschaft von der Politik nicht entziehen kann, will sie nicht selbst einen überragend großen Teil des Kapitals von Interesse auf das Spiel setzen, das sie heute erweckt; sie kann sich ihr aber vor allem auch deshalb nicht entziehen, weil für sie das Ergebnis der Historismus-Debatte, die Unvermeidlichkeit des Ausganges historischer Fragestellungen vom gegenwärtigen Orientierungsort des lebendig fragenden Historikers mit besonderer Stärke gilt, wie dies schon in der Diskussion zwischen Trevor-Roper und den deutschen Teilnehmern der Tagung wieder unverkennbar deutlich geworden war. Nicht die Ausschaltung dieses Gesichtspunktes, sondern nur eine disziplinierte Nachprüfung dessen, wofür die Geschichte methodisch zuständig ist und wofür nicht, wird die Richtung der Antwort auf diese schwierige Frage bestimmen können.

Raymond Aron, der Verfasser des „Permanenten Krieges" von 1953, siedelte sich ebenfalls vom ersten Worte eines auf große Linien reduzierten Vortrages über den „Zerfall der Demokratie zwischen den Kriegen und seine Lehren" für die ganz unmittelbare Gegenwart auf dem umstrittenen Bereich einer espriterfüllten Gegenwartsanalyse an. Sie wollte seine Hörer mit suggestiv einfachen Grundlinien und gewinnendem Optimismus überzeugen, daß die Demokratie der Gegenwart ihre Aufgabe sehr viel besser, jedenfalls wesentlich erfolgreicher erfülle, als die gescheiterte Generation von 1914–1939. 1919 der Beginn mit einem illusionären Glauben an den Endsieg von Demokratie und allgemeinem Frieden, 1945 Aufnahme der Arbeit voll Skepsis und Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems der freiheitlichen Demokratie, um seit 1948 unter dem Druck der Ost-West-Spannung in eine zwar durch die Gefahr erzwungene, aber höchst erfolgreiche Stabilisierung einzutreten.

Auch die Aussicht auf Dauer der Prosperity und gezielte Vermeidung neuer weltwirtschaftlicher Krisen wurde mit einem im Augenblick faszinierenden Selbstbewußtsein unterstrichen. Das geschichtliche Bild der Zwischenkriegszeit wurde im Rahmen dieses Kontrastes allerdings nur in sehr großen Zügen umrissen. Entscheidend war, daß Aron – nicht ohne Kritik an dem gleichzeitig zu harten und zu milden Frieden von 1919 – als bestimmende Ursache des binnen 15 Jahren deutlichen Fiaskos der Demokratie nach 1919 beherrschende große Allgemeinkräfte, eine universale, vornehmlich am deutschen Beispiel erörterte Krise von Wirtschaft, Diplomatie und Verfassung ansetzte, der gegenüber der Historiker verstehen und nicht urteilen müsse. Er sei nicht Untersuchungsrichter, der Staatsmänner zu verurteilen habe, die die von ihnen geführten Gruppen nicht zu meistern vermochten. In deutlichem Gegensatz zu der bisher so oft betonten Bedeutung der Persönlichkeit

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Zwischenkriegskrise erschien hier also auch der Mißerfolg des Weimarer Staates als „klassisches Beispiel für den Zerfall eines demokratischen Regimes" durch das Versagen eines Parteisystems, das je länger, je mehr dem Druck der extremen Flügel von rechts und links nicht mehr gewachsen war. Die Unentbehrlichkeit des gemeinsamen Bodens in der Demokratie wurde knapp auch am Faschismus – siegreich durch die Anarchie der Parteien – und am Beispiel der national heterogenen Staaten Osteuropas beleuchtet. Indem das Versagen des Parteisystems vor der Aufgabe echter Kompromisse – donner et retenir ne vaut – den Abschluß dieser Kritik bildete, wurde bereits die Motivrichtung des Fraenkelschen Referates deutlich.

Die Einwände und Bedenken gegen die demokratische Gegenwart traten im Grunde hinter der Zuversicht zurück, mit der hier Not und Zwang der Weltlage als bisher solide, zuverlässige Gegenkräfte gefeiert wurden. Das galt vor allem für Deutschland nach der Disqualifizierung der extremen Rechten durch den Nationalsozialismus und nach der Bloßstellung der kommunistischen Linken durch ihre Bindung an das siegreiche Rußland Stalins. „Die Demokratie wurde von sich aus legitim, da kein anderes Regime zur Wahl stand." Sehr bezeichnend war nur die leise Warnung des Westeuropäers, daß diese erfolgreiche Konsolidation der westlichen Demokratie von deutscher Seite eigentlich nur durch den „legitimen, aber blinden Wunsch, Deutschland um jeden Preis, selbst um denjenigen der Freiheit, zu vereinigen", gefährdet werden könne.

In der Diskussion wurde diese leise Sorge über die Festigkeit der deutschen Orientierung allerdings nicht beachtet, weil alle Aufmerksamkeit durch die eindrucksvolle Entschiedenheit gefesselt war, mit der R. Aron – im November 1959 eine noch etwas schwierigere Aufgabe als heute – der naheliegenden Frage entgegentrat, wie der Gaullismus in Frankreich, die weitgehende Liquidation des Parlamentes nach einem nur allzusehr an das Beispiel von Weimar erinnernden Versagen, und auch die Schwierigkeiten des neuen Regimes in Algier mit dieser Zuversicht zu vereinigen seien, daß die Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg auf sehr viel festerem Boden als nach dem ersten Weltkrieg stehe. Die Konsequenz und Zuversicht, mit der der Redner geltend machte, daß das seit 1789 historisch gefestigte Fundament der Republikanischen Idee in Frankreich eine völlig andere Voraussetzung darstelle, als sie das Weimarer Deutschland von 1933 besessen habe, daß die Reform der Verfassung alle entscheidenden Freiheiten verschont habe, daß zwar die Parteien erniedrigt wurden, aber im Grundsatz „ein fast einwandfreier Liberalismus" gerettet sei, daß schließlich Frankreich mit de Gaulle anders als Deutschland in Hitler – „alles hängt von der Person des Retters ab" – die „Person des charismatischen Führers" gefunden habe, wirkte zum Teil ebenso überraschend wie bestechend. Wie kann man dem Esprit des Franzosen grollen, der erklärt: „Wir Franzosen haben allen Grund, uns zu beglückwünschen zu demjenigen, den uns die List der Vernunft – Hegel als Advokat für de Gaulle – geschenkt hat." Bei allem provozierenden Charakter dieses Feuerwerkes blieb doch zum Schluß auch der ernste Unterton mit der Frage, ob Europa und die westliche Welt den vom

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kalten Kriege bereitgestellten „Zement der Angst" wirklich bei der Lösung seiner schweren Aufgabe, die Einheit in Freiheit zu retten, entbehren könne.

Wenn in diesem Beitrag die Liebenswürdigkeit des Geistes auch die kritische Gegenfrage immer wieder bestach, so gehörten Ernst Fraenkels Ausführungen über „Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus" ebenfalls ganz in den Bereich, der die Wissenschaft von der Politik unmittelbar mit Kritik und Korrektur einer – in diesem Falle mangelhaften – Gegenwart verbindet. Im Hintergrund seines Themas stand jene permanente Malaise, die in Deutschland die konkrete Arbeit des Parlaments und der Parteien in der pluralistischen Massendemokratie der Gegenwart belastet. Die Energie, mit der er eine Lösung erstrebt, erinnerte an seinen Beitrag über: die Repräsentative und die Plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat (Recht und Staat, Heft 219/220; Tübingen 1958), der von einem anderen Ausgangspunkt her ebenso, wie es hier geschah, bereits die Frage aufwarf, ob eine unzureichende und nicht genügend stichhaltige Idealisierung von Staat und Demokratie in Deutschland nicht einen wesentlichen Grund ihrer so weit verbreiteten Anzweiflung darstelle. Kein Zweifel, daß, wie Max Güde in der Diskussion sofort erklärte, die Gedankengänge des Vortrages mit einer bewußt schockierenden Schärfe vorgetragen und „didaktisch überspitzt" formuliert waren. Die „klassische" Forderung des deutschen historischen Denkens, historische Phänomene zunächst aus sich heraus und dadurch weitgehend bejahend zu erforschen und zu interpretieren, wurde allerdings durch diesen Vortrag sehr fühlbar herausgefordert, der aus der Vorgeschichte der englischen und französischen Demokratie Maßstäbe zur Kritik an Werdegang und Ergebnis des parlamentarischen Systems in Deutschland gewinnen wollte. Er gelangte auf diesem Wege zu einer sehr energischen Wendung gegen wichtige Elemente von Staatsidee und Ideen des modernen Parlamentarismus in Deutschland.

Sicherlich waren dabei im einzelnen Punkte vorhanden, die noch sehr der Untersuchung bedürfen. So groß die Tradition und auch die Leistung des Parlamentes in England ist, bleibt doch zweifelhaft, ob nicht selbst hier die positive Bedeutung der „Korruption" als Vorschule des echten Kompromisses allzu herausfordernd angemeldet wurde. Wenn die Grundidee des Ganzen die Kontrastierung der auf Nüchternheit und Kompromiß des sachlichen Interessenausgleichs abgestellten Parlamentsarbeit Englands mit der auf dem anspruchsvollen, aber übersteigerten Begriff der Repräsentation des souveränen Volkes als Ausdruck eines fiktiven Gemeinwohles abgestellten kontinentalen Parlamentes war, bleibt zweifelhaft, ob die parlamentarische Korruption des Bürgerkönigtums in Frankreich wirklich so positiv gewirkt hat, wie es in dieser knappen Skizze angedeutet wurde. Die bis in die Gegenwart reichende, ungelöste Problematik von Parlament und Parteien in Frankreich scheint doch darauf hinzudeuten, daß die Formulierungen Fraenkels durch ihre Zuspitzung zwar an Schlagkraft gewannen, aber für den Historiker erst nach erheblicher Differenzierung volle Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument gewinnen werden.

Aber es scheint mir doch, daß die Hinweise des juristisch gebildeten Verfassungshistorikers auf sehr wichtige Bereiche des deutschen Verfassungslebens seit Bismarck

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht übersehen werden sollten: die Bedeutung des korruptionsfreien, sachgebundenen Beamtentums, die schädliche Wirkung der Absperrung des Reichstages von der Exekutive und von der intensiven Kontrolle der Exekutive, die Bedeutung der Tatsache, daß durch die Richtbegriffe der Staatshoheit und des theoretisch idealisierten Allgemeinwohls sehr bedenkliche Belastungen der deutschen Entwicklung entstanden sind. Dies alles scheint mir auch für den Historiker sehr fruchtbare Anregungen zu enthalten und das Stichwort für bedeutende konkrete Arbeit geben zu können. Jener Schlußsatz Fraenkels, der davon sprach, wie schön Politik in vergangenen Zeiten gewesen sei, „weil wir wirklich geglaubt haben, daß Prinzipien die Welt regieren", nahm seinem Ruf nach einer realistisch-pragmatischen Haltung zur Politik, seinem temperamentvollen Eintreten für offene Interessenparteien und zugestandenen Fraktionszwang, seiner Forderung „den Volksbegriff zu entmythologisieren und den Staatsbegriff zu entmystifizieren", im Grunde doch viel von dem Befremdenden, mit dem er zuerst auf viele Hörer wirkte.

Es läßt sich auch nicht leugnen, daß sein Ausgangspunkt von der auch in der Theorie bei Burke, Balfour, Barker und L. S. Amery „empirischen Grundhaltung" Englands zur Politik eine noch immer sehr heilsame Mahnung bedeutet; gerade der deutsche Historiker kann diese vergleichende Politologie doch vielfach auch sehr gut gebrauchen, um sich von traditionellen Bindungen zu befreien, die gar nicht einmal ausschließlich auf dem Boden der historischen Arbeit erwachsen sind, sondern sich ihr auch von Nachbardisziplinen her mitteilen, deren Einfluß der Entwicklung seiner eigenen Methoden und Fragestellungen nicht immer nur zugutegekommen sind.

Wenn Fraenkel schließlich seine ganzen Ausführungen unter die sehr umfassende These einer mißglückten Kopie des englischen Vorbildes auf dem Kontinent, besonders in Deutschland, stellte, und den Individualismus der Historiker noch übersteigernd, von der englischen Verfassung als einem „Zufallsprodukt" der englischen Geschichte sprach, so hat er sichtlich eine funkelnde Paradoxie als Mittel der belehrenden Aufklärung gebraucht, die als solche nicht zu buchstabenstreng genommen werden sollte. Es konnte gewiß nicht sein Ziel sein, ein deutsches Publikum vom Nutzen der Korruption zu überzeugen, wie es übertreibend war, in dem Reichstag der Bismarckschen Verfassung nur einen „ideologischen Diskutierklub" erblicken zu wollen. Aber der Ernst, mit dem hier die Folgerungen aus dem Pluralismus der modernen Demokratie gezogen wurden, und der Hinweis, daß diese Fragen nicht nur auf dem Boden nationalstaatlicher Geschichtsarbeit, sondern nur in entschlossener Einbeziehung universalgeschichtlicher Fragestellung gelöst werden können, die Mahnung, daß Verfassungsleben und Verfassungsgeschichte nicht ohne energische Auseinandersetzung mit ihrer soziologischen und wirtschaftlichen Grundlage zu verstehen sind, stellten in diesem Vortrage eine entschiedene Bereicherung der Tagung dar.

Sie hat deutlich gemacht, daß die Zeitgeschichte auf deutschem Boden, man möchte sagen zum Glück, noch weit entfernt von einer Fixierung ihrer Grenzen und Methoden ist. Selbst ihr zunächst und relativ am dichtesten bestelltes Arbeits-

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebiet befindet sich durchaus noch in der Phase eines Aufbaues, in dem aber nach den ersten Anstrengungen die Ergebnisse heute schneller hervorzutreten beginnen, als es in den mühsamen Anfängen der Fall war. Man sollte sie auch nicht auf gewiß sehr wichtige Teilbereiche, wie die so oft hervorgehobene Aufgabe der „moralischen Selbstreinigung" beschränken wollen, die nach der Klage der Süddeutschen Zeitung (8. XII.) auf der Münchener Tagung schließlich doch ausgeblieben sei. Selbst ihre Wirkung als „Zwangsfach Zeitgeschichte" im Unterricht wird letzten Endes davon abhängen, daß sie wirklich den ganzen ihr zukommenden Bereich der mit den Mitteln des Historikers angestrebten Orientierung des Menschen vor der Aufgabe von Gegenwart und Zukunft ausfüllt. Der Münchener Kongreß war jedenfalls ein Beispiel, daß der etwas unorthodoxe Appell an den Anteil breiterer Schichten schon heute nicht mehr an einer Verengung der Diskussion auf ein begrenztes Arbeitsfeld scheitert.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. H. G. Adler, Publizist, London W 2, 35 A, Linden Gardens.

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Hans Herzfeld, Professor für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Berlin-Zehlendorf, Quermatenweg 2

Dr. Gotthard Jasper, Tübingen, Hölderlinstraße 25

Peter Graf Kielmansegg, stud. jur., Koblenz-Pfaffendorf, Wilhelm-Leuschner-Straße 21.

Dr. Ekkehart Krippendorf, Ratingen, In den Birken 16.

Dr. Hans Roos, Mitarbeiter des Instituts für osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Univ. Tübingen, Wilhelmstraße 36.

Walter Stubbe, Legationsrat im Auswärtigen Amt, Bonn, Garréstraße 27.

Jahrgang 8 (1960), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte